MATERIALIEN ZUR BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT

Juliane Roloff

Mögliches Verhalten von Frauen in West- und Ostdeutschland bei einer ungewollten Schwangerschaft und die Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs - ein Zeitvergleich -

Ergebnisse des deutschen FFS 1992 und des Familiensurveys des DJI 2000

2004
Heft 113

ISSN
0178-918X

BiB **Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung**
beim Statistischen Bundesamt · 65180 Wiesbaden

Anschrift der Autorin

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden

Tel.: (+049) 0611 – 75 2614
Fax: (+049) 0611 – 75 3960
E-Mail: juliane.roloff@destatis.de
http://www.bib-demographie.de/

Inhalt

1.	Vorbemerkung	7
2.	Die Statistik der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2000 für die alten und neuen Bundesländer sowie für Berlin	8
3.	Mögliche Verhaltensweisen von west- und ostdeutschen Frauen bei einer ungewollten Schwangerschaft, 1992 und 2000	18
3.1	Allgemeiner Überblick zu möglichen Verhaltensweisen bei einer ungewollten Schwangerschaft	18
3.2	Mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen	20
3.2.1	nach dem Alter	20
3.2.2	nach der Partnerschaft	24
3.2.3	nach der Zahl bereits vorhandener Kinder	27
3.2.3.1	Ehefrauen	27
3.2.3.2	Nicht verheiratete Frauen ohne und mit Partner	29
3.3	Mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen	33
3.3.1	nach der Beteiligung am Erwerbsleben	33
3.3.2	nach der Einschätzung der finanziellen Lage	37
3.4	Mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nach der Religiosität	39
3.4.1	nach der Konfessionszugehörigkeit	39
3.4.2	nach der Wichtigkeit von Gott im persönlichen Leben	41
4.	Die Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen, 1992 und 2000	43
4.1	Allgemeiner Überblick	43
4.2	Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs vs. mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft	46
4.3	Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs und Alter	48
4.4	Nicht verheiratete und verheiratete Frauen und ihre Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs	50
4.5	Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs von nicht verheirateten Frauen nach der Partnerschaft und bereits vorhandenen Kindern	52
4.5.1	Nicht verheiratete Frauen ohne festen Partner	52
4.5.2	Nicht verheiratete Frauen mit festem Partner	54
4.6	Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs von verheirateten Frauen unter dem Aspekt des Vorhandenseins von Kindern und Anzahl der Kinder	56
4.6.1	Verheiratete Frauen ohne und mit Kindern	56
4.6.2	Verheiratete Mütter nach der Anzahl ihrer Kinder	58
4.7	Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs der Frauen nach ihrer Konfession und Religiosität	60
5.	Zusammenfassung	64
Literaturverzeichnis		66

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Schwangerschaften in den Bundesländern, 2000 9

Abb. 2: Schwangerschaftsabbrüche nicht verheirateter und verheirateter Frauen je 1 000 nichteheliche bzw. eheliche Schwangerschaften im Jahr 2000 - Deutschland, alte und neue Bundesländer sowie Berlin - 12

Abb. 3: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der vorangegangenen Lebendgeborenen der Frauen - Alte und neue Bundesländer sowie Berlin, 2000 - 13

Abb. 4: Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland nach Familienstand der Frauen und vorangegangenen Lebendgeborenen, 2000 15

Abb. 5: Schwangerschaftsabbrüche nach den im Haushalt lebenden minderjährigen Kindern, 2000 - Alte und neue Bundesländer sowie Berlin - 17

Abb. 6: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 20- bis 24-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 21

Abb. 7: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 25- bis 29-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 22

Abb. 8: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 30- bis 34-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 23

Abb. 9: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 35- bis 39-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000 24

Abb. 10: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von west- und ostdeutschen Hausfrauen, 1992 und 2000 33

Abb. 11: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von erwerbstätigen Frauen West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 34

Abb. 12: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von arbeitslosen Frauen West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 35

Abb. 13: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von Auszubildenden und Studentinnen, West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 36

Abb. 14: Allgemeine Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs in West- und Ostdeutschland, 1992 44

Abb. 15: Allgemeine Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs in West- und Ostdeutschland, 2000 45

Abb. 16: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs, verheiratete und nicht verheiratete Frauen - Westdeutschland 1992 und 2000 - 50

Abb. 17: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbtuchs, verheiratete und nicht verheiratete Frauen - Ostdeutschland 1992 und 2000 - 51

Abb. 18: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen - verheiratete Frauen ohne und mit Kindern in Westdeutschland 1992 und 2000 - 56

Abb. 19: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen - verheiratete Frauen ohne und mit Kindern in Ostdeutschland 1992 und 2000 - 57

Abb. 20: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen und Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben - Westdeutsche Frauen 1992 und 2000 - 62

Abb. 21: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen und Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben - Ostdeutsche Frauen 1992 und 2000 - 63

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Abbrüche der Frauen nach dem Alter und dem Familienstand, 2000 - Alte und Neue Bundesländer sowie Berlin - 10

Tab. 2: Abbrüche der Frauen nach dem Alter und dem Familienstand, 2000 - Alte und Neue Bundesländer sowie Berlin - 11

Tab. 3: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl vorangegangener Lebendgeburten und dem Alter der Frauen, alte und neue Bundesländer sowie Berlin, 2000 14

Tab. 4: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl vorangegangener Lebendgeburten und Familienstand der Frauen - alte und neue Bundesländer sowie Berlin 2000 16

Tab. 5: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 20- bis 39-jährigen Frauen in den alten und neuen Bundesländern 1992 und 2000 19

Tab. 6: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von Frauen mit und ohne festen Partner - West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 - 25

Tab. 7: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von verheirateten Frauen nach der Kinderzahl, West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 28

Tab. 8: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von nicht verheirateten Frauen ohne und mit Kindern und nach der Partnerschaft - West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 - 31

Tab. 9: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft und Einschätzung der finanziellen Lage der Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000 38

Tab. 10: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft nach der Konfessionszugehörigkeit der Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 40

Tab. 11: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft nach der Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben - Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 - 42

Tab. 12: Akzeptanz des Abbruchs vs. mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von west- und ostdeutschen Frauen - 1992 und 2000 46

Tab. 13: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs und Alter Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 48

Tab. 14: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs 1992 und 2000 von nicht verheirateten Frauen ohne festen Partner in West- und Ostdeutschland 53

Tab. 15: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs 1992 und 2000 von nicht verheirateten Frauen mit festem Partner in West- und Ostdeutschland 54

Tab. 16: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs 1992 und 2000 Verheiratete Frauen mit Kindern nach der Kinderzahl 59

Tab. 17: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs und Konfessionszugehörigkeit Frauen in West- und Ostdeutschland 1992 und 2000 61

1. Vorbemerkung

Am 1. Januar 1996 trat eine für West- und Ostdeutschland einheitlich neue gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch in Kraft. Diese hat erstens eine *Beratungsregelung* zum Inhalt. D.h., ein Schwangerschaftsabbruch, der ansonsten grundsätzlich strafbar ist, bleibt ohne Strafe, wenn die Schwangerschaft innerhalb der ersten 12 Wochen durch einen Arzt abgebrochen wird und zudem dem Arzt eine Bescheinigung über eine mindestens 3 Tage zurückliegende Schwangerschaftskonfliktberatung (nach § 219 StGB) vorgelegt wird. Die neue Gesetzgebung zum § 218 beinhaltet zweitens eine *Indikationenstellung*: Diese besagt, dass ein Schwangerschaftsabbruch bei einer medizinischen und bei einer kriminologischen Indikation nicht rechtswidrig ist.

Bis zu diesem neuen Gesetz wurde der Schwangerschaftsabbruch in West- und Ostdeutschland unterschiedlich gehandhabt (siehe auch Roloff 1997). Im früheren Bundesgebiet galt die *Indikationenlösung* nach dem § 218 in der Fassung vom 21. Juni 1976: Schwangerschaftsabbrüche waren nur straffrei bei kindlicher bzw. eugenischer, medizinischer einschl. psychiatrischer, kriminologischer und bei sozialer Indikation. In der ehemaligen DDR galt dahingegen die *Fristenlösung*, die auch nach der Wiedervereinigung zunächst beibehalten wurde: Ein Schwangerschaftsabbruch musste innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft im Krankenhaus erfolgen. Gesetzliche Vorgabe hierfür war eine gründliche Aufklärung über mögliche medizinische Folgen dieses Eingriffs. Ein Schwangerschaftsabbruch nach der 12. Woche war nur bei einer möglichen Gefährdung des Lebens der Frau oder anderen schwerwiegenden Umständen zulässig.

1992, also zu Zeiten einer noch in West- und Ostdeutschland unterschiedlichen Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch, wurden anhand von Interviews im Rahmen des deutschen „Fertility and Family Surveys“ (im Folgenden FFS-1992) mögliche Verhaltensweisen bei einer ungewollten Schwangerschaft sowie die Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen in West- und Ostdeutschland erhoben. Die Befragungsergebnisse unter unterschiedlicher Rechtslage wurden analysiert und miteinander verglichen. Diese umfangreiche Auswertung wurde in einem Sonderheft der Materialien zur Bevölkerungswissenschaft des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung veröffentlicht (Roloff 1997).

Acht Jahre nach dieser ersten Befragung, im Jahr 2000, hatte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (München) die Möglichkeit, in der 3. Welle einer repräsentativen Erhebung des DJI, dem Familiensurvey (kurz DJI-2000), die im FFS-1992 gestellten Fragen zum möglichen Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft und zur Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen mit aufnehmen zu lassen. Somit konnte anhand eines Zeitvergleiches untersucht werden, ob und inwieweit sich das mögliche Verhalten bei einer nicht geplanten, ungewollten Schwangerschaft und die allgemeine Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs unter dem jetzt einheitlich für West und Ost geltenden § 218 gegenüber den Bedingungen der bis 1995 geltenden Fristenlösung in den neuen Bundesländern einerseits und der Indikationenlösung in den alten Bundesländern andererseits verändert hat.

Der Einheitlichkeit halber wurden für die Analyse die Befragungsergebnisse von 20 bis 39 Jahre alten Frauen zugrundegelegt.[1] Unter Berücksichtigung einer Ost-West-Gewichtung betragen deren Fallzahlen im FFS-1992 3 872 (West) und 1 764 (Ost) und im Familiensurvey-DJI 2000 948 (West) und 423 (Ost).

---

[1] Im FFS-1992 waren nur diese Altersgruppen vertreten; im DJI-2000 wurden dagegen Frauen (und Männer) im Alter von 18 bis 55 Jahre befragt.

Die Analyse erfolgte, in Anlehnung an die des Jahres 1992, in Bezug auf die soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmale der befragten Frauen.

Der folgenden Analyse sollen Daten der amtlichen Schwangerschaftsabbruchsstatistik des Jahres 2000 für die alten und neuen Bundesländer sowie für Berlin[2] vorangestellt werden.

2. Die Statistik der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2000 für die alten und neuen Bundesländer sowie für Berlin

Vorab zu diesem Kapitel muss vermerkt werden, dass im Zusammenhang mit der oben beschriebenen neuen, für West- und Ostdeutschland einheitlichen Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch eine Neuregelung für die Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche in Kraft getreten ist. Diese Erhebung ist *als „zentrale Bundesstatistik angeordnet. Erhebung und Aufbereitung erfolgen anders als bei der Mehrheit der amtlichen Statistiken nicht in den statistischen Ämtern der Länder, sondern durch das Statistische Bundesamt. Die Erhebung ... umfasst fest vorgegebene Erhebungsmerkmale wie zum Beispiel die rechtlichen Voraussetzungen des Schwangerschaftsabbruchs, Familienstand und Alter der Schwangeren ... Auskunftspflichtig sind entsprechend die Inhaber der Arztpraxen und die Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden“* (Laue 2001: 1027).

Ein Vorteil der neugeordneten Statistik ist, dass nunmehr die Zuordnung des Schwangerschaftsabbruchs nicht nur nach dem Eingriffsort, sondern auch nach dem Wohnort der Schwangeren erfolgt.

„Im Rahmen der neuen Schwangerschaftsabbruchsstatistik kann bei regionalen Betrachtungen der Schwangerschaftsabbrüche neben dem Land, in dem die Frau ihren Wohnsitz hat, auch das Land, in dem der Eingriff erfolgt, ausgewertet werden. Bei Auswertungen nach dem Land, in dem der Eingriff vorgenommen wurde, ist jedoch zu beachten, dass es durch die Konzentration von entsprechenden Einrichtungen in Großstädten zu Verzerrungen kommt. Die kombinierte Analyse von Wohn- und Eingriffsland zeigt, dass im Jahr 2000 nur 5,5 % der Frauen in ein anderes Bundesland pendelten, um dort den Abbruch vornehmen zu lassen“ (Laue 2001: 1030).

Die folgende Auswertung wird sich ausschließlich auf die Schwangerschaftsabbruchsdaten der Länder des Wohnsitzes der betroffenen Frauen konzentrieren.

Aufgrund der neuen Erhebungsmethodik ist ein Zeitvergleich mit Jahren vor 1996, z.B. mit dem Jahr 1992[3], nur sehr bedingt möglich. Somit beschränke ich mich im Folgenden auf die Auswertung der Statistik über die Schwangerschaftsabbrüche des Jahres 2000.

Im Jahr 2000 wurden für Deutschland insgesamt 134 609 Abbrüche an das Statistische Bundesamt gemeldet, darunter für die alten Bundesländer 96 380, für die neuen Bundesländer 25 905 und für Berlin 11 955. 369 gemeldete Schwangerschaftsabbrüche wurden an Frauen mit ständigem Wohnsitz im Ausland vorgenommen.[4]

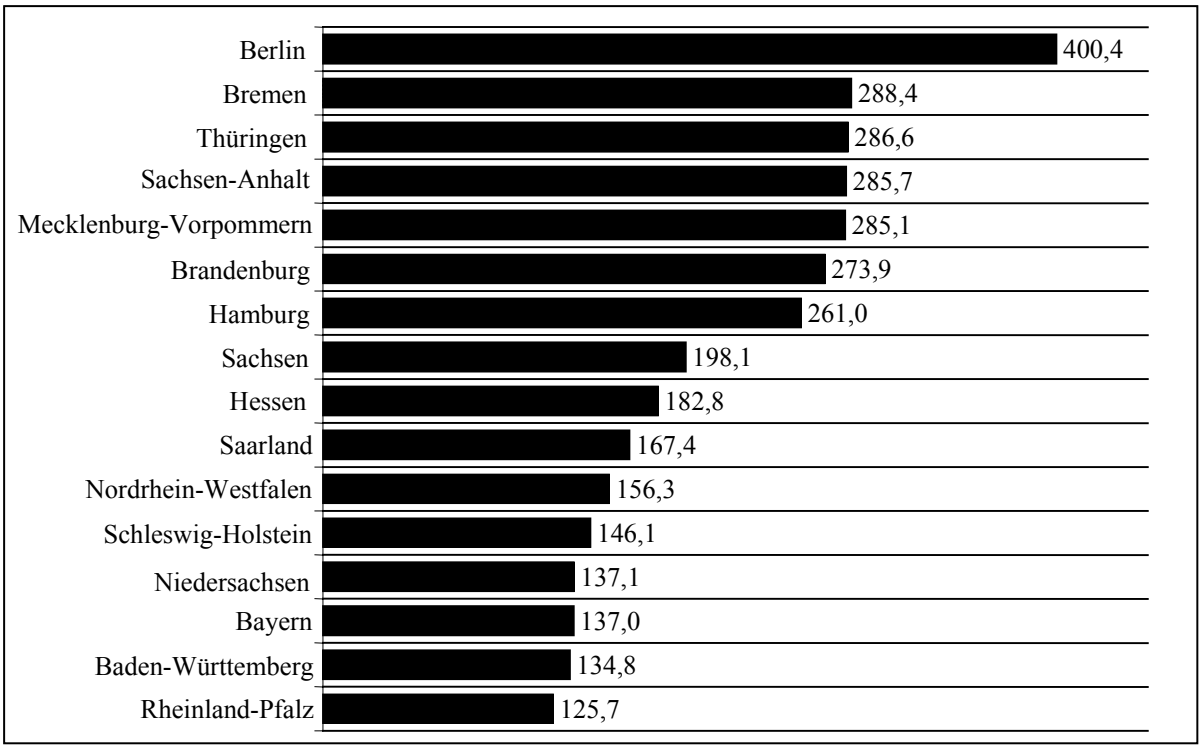
---

[2] Für Berlin sind seit dem Jahr 2000 die Daten über Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr nach West- und Ost-Berlin getrennt ausgewiesen.

[3] Hierzu *Roloff* 1997, Kapitel 6

[4] Diese sollen im Weiteren unberücksichtigt bleiben.

Abb. 1: Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Schwangerschaften in den Bundesländern, 2000



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Setzt man die absoluten Abbruchzahlen ins Verhältnis zu den Schwangerschaften[5] (international „abortion ratio“) im Jahr 2000, so wurden von 1 000 aller Schwangerschaften in Deutschland rd. 175 abgebrochen; darunter waren es im Durchschnitt der alten Bundesländer rd. 151 und im Durchschnitt der neuen Länder mit 255 um einiges mehr. Abbildung 1 zeigt die Länderhierarchie der Abbruchsintensität: Berlin ist mit 400,4 Abbrüchen je 1 000 Schwangerschaften mit weitem Abstand der „Spitzenreiter“. Nach dem Stadtstaat Bremen liegen die ostdeutschen Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg im oberen Level der Hierarchie dieser Quoten der Schwangerschaftsabbrüche. Sachsen weist unter den ostdeutschen Bundesländern mit 198,1 Abbrüchen je 1 000 Schwangerschaften den niedrigsten Wert auf; bei den westdeutschen Bundesländern ist es Rheinland-Pfalz mit einer Quote von 125,7 (Abbildung 1).

Im Folgenden beschränke ich mich auf die drei Untersuchungsgebiete alte und neue Bundesländer sowie Berlin.

In den neuen Ländern wurden fast zwei Drittel der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2000 in Krankenhäusern, darunter über ein Viertel stationär, vorgenommen. Inwieweit hier traditionelle Verhaltensweisen eine Rolle spielen (in der ehemaligen DDR mussten per Gesetz alle Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern erfolgen), lässt sich schwerlich feststellen. Doch liegt dies nahe, vergleicht man diese Daten mit denen der alten Bundesländer und Berlin. Hier wurden die Eingriffe mehrheitlich in gynäkologischen Praxen vorgenommen – 77,1 % bzw. 77,3 % aller Schwangerschaftsabbrüche in Westdeutschland bzw. in Berlin.

[5] Lebend- und Totgeborene

Tab. 1: Abbrüche der Frauen nach dem Alter und dem Familienstand, 2000 - Alte und Neue Bundesländer sowie Berlin -

von 100 der Frauen mit einem Schwangerschaftsabbruch waren:				
Von ... bis ... alt:	Ledig	Verheiratet	Geschieden	Verwitwet
		Alte Bundesländer		
15 - 17 Jahre	98,2	1,6	0,2	0,0
18 - 19 Jahre	92,4	7,3	0,3	0,0
20 - 24 Jahre	71,1	27,4	1,4	0,1
25 - 29 Jahre	41,0	53,5	5,3	0,3
30 - 34 Jahre	25,3	65,5	8,6	0,6
35 - 39 Jahre	14,5	74,7	10,0	0,7
40 - 44 Jahre	9,5	78,2	10,9	1,3
		Neue Bundesländer		
15 - 17 Jahre	99,8	0,2	0,0	0,0
18 - 19 Jahre	96,0	3,9	0,1	0,0
20 - 24 Jahre	81,0	17,5	1,3	0,2
25 - 29 Jahre	47,3	47,5	5,0	0,2
30 - 34 Jahre	22,9	66,0	10,6	0,5
35 - 39 Jahre	10,4	74,9	13,7	1,0
40 - 44 Jahre	5,7	79,7	13,4	1,3
		Berlin		
15 - 17 Jahre	96,6	3,4	0,0	0,0
18 - 19 Jahre	93,5	6,5	0,0	0,0
20 - 24 Jahre	77,0	21,6	1,4	0,0
25 - 29 Jahre	50,5	45,2	4,0	0,2
30 - 34 Jahre	30,8	60,3	8,6	0,3
35 - 39 Jahre	18,8	68,6	11,6	1,0
40 - 44 Jahre	14,5	73,9	10,0	1,6

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Im Folgenden werden zum einen die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nach dem Alter der Frauen in Abhängigkeit von ihrem Familienstand (A) (vgl. Tabelle 1), und umgekehrt, die Abbrüche nach dem Familienstand in Abhängigkeit vom Alter der Frauen (B) (vgl. Tabelle 2) etwas näher betrachtet.

A In allen drei Untersuchungsgebieten waren 2000 bei den unter 30-jährigen Frauen die Ledigen am stärksten am Abbruchsgeschehen beteiligt. Bei dieser Frauengruppe fällt des Weiteren auf, dass in den alten Bundesländern und Berlin, bei allerdings insgesamt niedrigen Prozentwerten, ein im Vergleich zu den neuen Bundesländern höherer Anteil an Verheirateten bei den 15- bis unter 18-Jährigen zu verzeichnen ist, 1,6 % bzw. 3,4 % gegenüber 0,2 %. Einer der wesentlichen Gründe hierfür dürfte in einem hohen Ausländeranteil verheirateter junger Mädchen in Westdeutschland und West-Berlin zu sehen sein.

Tab. 2: Abbrüche der Frauen nach dem Familienstand und dem Alter, 2000 - Alte und Neue Bundesländer sowie Berlin -

	Von 100 der Frauen mit einem Schwangerschaftsabbruch[1)] waren von ... bis ... Jahre alt:						
	15 – 17	18 - 19	20 - 24	25 - 29	30 – 34	35 - 39	40 - 44
Alte Bundesländer							
Ledig	9,1	14,7	35,3	20,5	12,9	5,4	1,3
Verheiratet	0,1	1,0	11,9	23,4	29,3	24,3	9,2
Geschieden	0,1	0,4	5,1	20,2	33,7	28,4	11,1
Verwitwet	0,0	0,0	7,6	14,1	30,7	26,7	19,1
Neue Bundesländer							
Ledig	12,0	13,7	34,4	21,3	11,9	4,3	0,8
Verheiratet	0,0	0,5	6,9	20,0	32,0	28,7	10,8
Geschieden	0,0	0,1	3,4	14,0	34,3	34,9	12,1
Verwitwet	0,0	0,0	6,8	8,5	23,7	39,0	17,8
Berlin							
Ledig	7,2	12,5	34,2	23,9	14,0	6,1	1,4
Verheiratet	0,3	1,0	10,7	23,9	30,7	24,7	7,8
Geschieden	0,0	0,0	5,4	16,9	35,1	33,4	8,4
Verwitwet	0,0	0,0	2,2	15,6	20,0	42,2	20,0

[1)] Auf die Gesamtzahl der Schwangerschaftsabbrüche des Familienstandes i bezogen

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Von den 30 Jahre und älteren Frauen mit einem erfolgten Schwangerschaftsabbruch ist in allen Untersuchungsgebieten die Mehrheit verheiratet, dabei weisen hier die Frauen in Berlin die vergleichsweise niedrigsten Prozentsätze auf. Waren z.B. von den 30- bis 34-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland 65,5 bzw. 66 % verheiratet, lag dieser Anteil in Berlin mit 60,3 % etwas darunter. Es ist zudem festzustellen, dass bei den ab 30-jährigen Frauen der Geschiedenenanteil mit zunehmenden Alter steigt. Und hier sind es die ostdeutschen Frauen, die etwas höhere Prozentsätze aufweisen – z.B. 13,4 % der 40- bis 44-Jährigen gegenüber 10,9 % (alte Bundesländer) und 10 % (Berlin). Verwitwete spielen hier so gut wie keine Rolle (Tabelle 1).

B Unter den ledigen Frauen waren im Jahr 2000 in den alten und neuen Bundesländern sowie in Berlin die 20- bis 24-jährigen Frauen am stärksten am Abbruchsgeschehen beteiligt, wobei ihr Anteil in allen drei Untersuchungsgebieten mit etwas über einem Drittel nahezu gleich hoch war. Auch in den übrigen Altersgruppen differieren die Prozentwerte zwischen den alten und neuen Bundesländern sowie Berlin nur unwesentlich.

Bei den Abbruchszahlen der Verheirateten weisen die zwischen 30 und 34 Jahre alten Frauen die höchsten Anteile auf; hier sind es die ostdeutschen Frauen, die etwas höhere Werte zu verzeichnen haben – 32 % gegenüber 29,3 % (Westdeutschland) und 30,7 % (Berlin).

Von den Geschiedenen mit einer erfolgten Interruption war in allen Untersuchungsgebieten über ein Drittel zwischen 30 und 34 Jahre alt. In Ostdeutschland und in Berlin sind es zudem die 35- bis unter 40-Jährigen, die einen ähnlich hohen Anteil aufweisen.

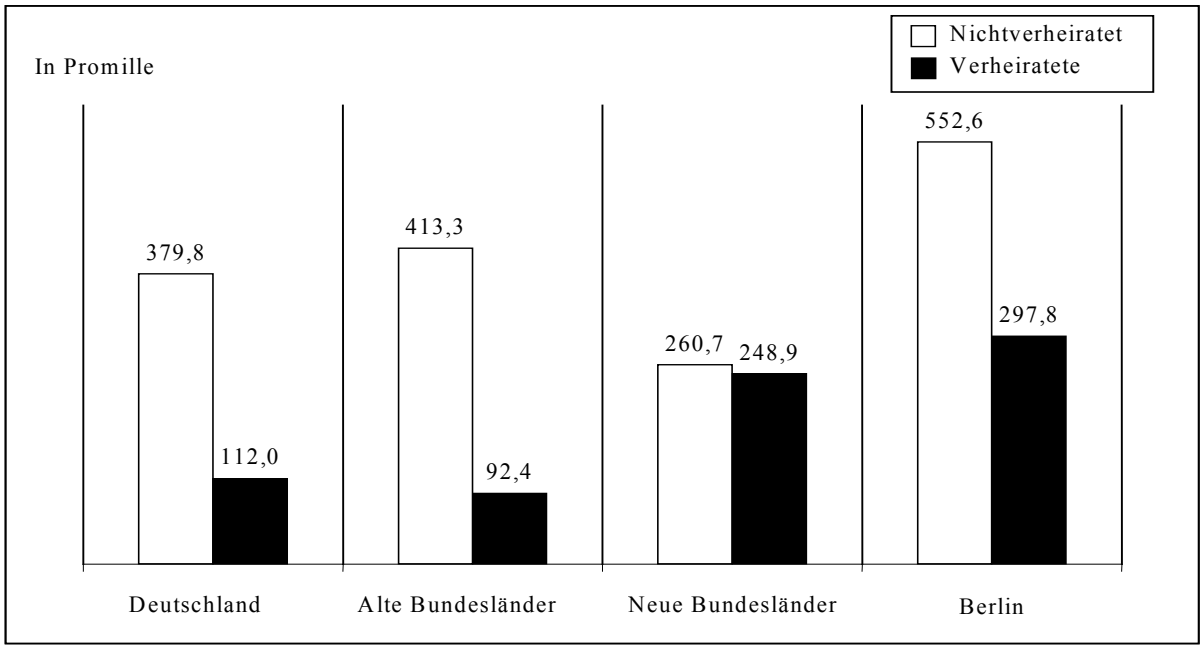
Wenngleich die Abbruchszahlen von verwitweten Frauen sehr gering sind, soll doch vermerkt werden, dass innerhalb dieses Familienstandes die zwischen 35- und 40-jährigen Witwen

sowohl in den neuen Ländern als auch in Berlin und die zwischen 30 und 35 Jahre alten Frauen in den alten Bundesländern prozentual am stärksten vertreten waren (Tabelle 2).

Die aufgezeigten Anteile der Altersgruppen und einzelnen Familienstände an der Gesamtzahl der Schwangerschaftsabbrüche machen zwar deutlich, mit welchen Frauengruppen die Beratungsstellen und Ärzte in einem höheren oder geringerem Maße zu tun haben, sagen aber nichts über die Häufigkeitsintensität der Interruptionen eines bestimmten Familienstandes, einer bestimmten Altersgruppe aus. Und hier ist insbesondere von Interesse, wie viele der verheirateten Frauen einerseits und der nicht verheirateten Frauen andererseits eine Schwangerschaft abgebrochen haben.

Abbildung 2 zeigt, dass die Quoten des Schwangerschaftsabbruchs nicht verheirateter Frauen bei weitem höher liegen als die der Ehefrauen. So haben im Jahr 2000 in Deutschland von 1 000 nicht verheirateten Frauen rd. 380 ihre nichteheliche Schwangerschaft durch Abbruch beendet; von 1 000 der verheirateten Frauen waren es dagegen nur 112. Überaus hoch ist die Abbruchsintensität nicht verheirateter Frauen in Berlin: Hier kamen im Jahr 2000 auf 1 000 nichteheliche Schwangerschaften rd. 553 Abbrüche. Vergleichsweise hoch ist diese Quote mit 413,3 auch in den alten Bundesländern, während sie in den neuen Ländern mit 260,7 am niedrigsten ausfällt. Auffällig ist in Ostdeutschland der vergleichsweise geringe Unterschied zwischen den Schwangerschaftsabbruchsquoten von nicht verheirateten und verheirateten Frauen; d.h. auf 1 000 Schwangerschaften in einer Ehe entfielen dort rd. 249 Schwangerschaftsabbrüche. Deutlich geringer ist dieser Wert in Westdeutschland: rd. 92 von 1 000 verheirateten Frauen beendeten ihre Schwangerschaft mit einem Abbruch. Auch hier ist in Berlin die Abbruchsintensität im Vergleich am stärksten: rd. 298 von 1 000 verheirateten Schwangeren unterzogen sich im Jahr 2000 einem Abbruch (Abbildung 2).

Abb. 2: Schwangerschaftsabbrüche nicht verheirateter und verheirateter Frauen je 1 000 nichteheliche bzw. eheliche Schwangerschaften, im Jahr 2000 - Deutschland, alte und neue Bundesländer sowie Berlin -



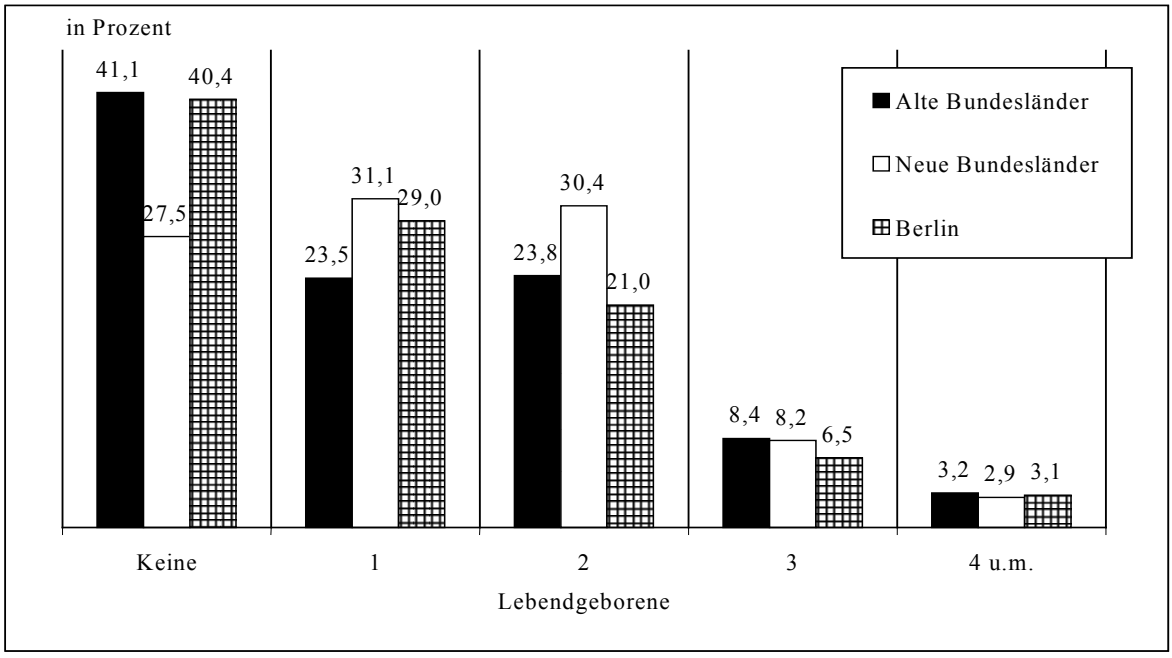
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Die Darstellung des Abbruchsgeschehens nicht verheirateter Frauen sagt jedoch nichts darüber aus, ob diese in einer festen Partnerschaft leben. M.E. kann man aber davon ausgehen, dass Frauen ohne einen festen Partner sich eher für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden als Frauen mit einem festen Partner, was sich allerdings anhand der amtlichen Statistik nicht nachweisen lässt.[6]

38,4 % der Frauen, die im Jahr 2000 in Deutschland eine Schwangerschaft unterbrachen, hatten noch kein Kind zuvor geboren. Rd. ein Viertel der Frauen mit einem Schwangerschaftsabbruch hatten bereits ein und anteilig fast gleich so viele zwei Kinder. Entsprechend geringer liegen die Prozentwerte der Schwangerschaftsabbrüche der Frauen mit drei (8,2 %) bzw. vier und mehr vorangegangenen Lebendgeborenen (3,2 %).

Abbildung 3 zeigt die regionalen Unterschiede der Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl vorangegangenen Lebendgeborenen der Frauen. So lässt sich für die neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern und Berlin ein auffällig geringerer Anteil der Frauen feststellen, die vor ihrem Schwangerschaftsabbruch noch keine Lebendgeburten hatten: waren es von den ostdeutschen Frauen 27,5 % aller Frauen, die im Jahr 2000 einen Abbruch hatten, waren es mit 41,1 % bzw. 40,4 % der westdeutschen und Berliner Frauen wesentlich mehr. Auch bei den ostdeutschen Frauen mit einer bzw. zwei der Interruption vorangegangenen Lebendgeburten liegen die Anteile gegenüber denen der westdeutschen und Berliner Frauen höher: 31,1 % bzw. 30,4 % gegenüber 23,5 % bzw. 23,8 % der westdeutschen und 29 % bzw. 21 % der Berliner Frauen. Nahezu identisch sind die Anteile der west- und ostdeutschen Frauen, die vor ihrem Schwangerschaftsabbruch bereits drei Kinder geboren hatten; nur die Frauen aus Berlin weisen hier einen etwas geringeren Prozentwert auf. Bei den Frauen, die bereits vier oder mehr Lebendgeburten hatten, sind kaum regionale Unterschiede gegeben (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der vorangegangenen Lebendgeborenen der Frauen - Alte und neue Bundesländer sowie Berlin, 2000 -



Da

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

[6] Dieser Frage soll etwas näher anhand der Analyse der Befragungsergebnisse des Fertility and Family Survey und des Familiensurvey nachgegangen werden.

Betrachtet man die Zahl der Abbrüche in Abhängigkeit von der Zahl vorangegangener Lebendgeborenen der Frauen unterschiedlicher Altersgruppen, so kann man Folgendes festhalten:

Für alle drei Untersuchungsgebiete gilt, und dies liegt auf der Hand, dass mit zunehmendem Alter der Anteil der Frauen, die vor dem Abbruch noch keine Kinder geboren hatten, stetig sinkt (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl vorangegangener Lebendgeburten und dem Alter der Frauen - Alte und neue Bundesländer sowie Berlin, 2000

	von 100 der Frauen hatten vor ihrer Interruption ... Lebendgeburten				
Altersgruppe	keine	1	2	3	4 und mehr.
		Alte Bundesländer			
15 – 17 Jahre	96,2	3,5	0,3	-	-
18 – 19 Jahre	87,5	11,1	1,3	0,1	-
20 – 24 Jahre	64,4	23,4	9,8	1,9	0,5
25 – 29 Jahre	37,3	28,6	24,4	7,4	2,2
30 – 34 Jahre	24,3	27,3	32,6	11,4	4,5
35 – 39 Jahre	14,7	23,4	39,4	15,8	6,7
40 – 44 Jahre	11,7	21,3	39,4	18,8	8,8
		Neue Bundesländer			
15 – 17 Jahre	96,2	3,5	0,2	-	-
18 – 19 Jahre	81,2	17,5	1,2	0,2	-
20 – 24 Jahre	50,8	35,5	11,1	2,0	0,7
25 – 29 Jahre	21,2	41,4	28,7	6,4	2,2
30 – 34 Jahre	7,4	37,2	41,7	10,3	3,4
35 – 39 Jahre	3,4	26,3	49,2	15,4	5,7
40 – 44 Jahre	3,0	19,0	53,0	18,3	6,6
		Berlin			
15 – 17 Jahre	92,3	6,3	1,4	-	-
18 – 19 Jahre	83,4	13,5	2,8	0,3	0,1
20 – 24 Jahre	62,2	27,0	8,4	2,1	0,3
25 – 29 Jahre	38,3	34,2	19,6	5,6	2,2
30 – 34 Jahre	23,7	34,8	28,7	8,8	4,0
35 – 39 Jahre	15,6	29,3	37,1	11,7	6,3
40 – 44 Jahre	10,6	25,6	37,0	17,9	8,9

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

In den alten und neuen Bundesländern sowie in Berlin hatte die überwiegende Mehrheit der **unter 20-jährigen** Frauen vor ihrem Abbruch noch keine Lebendgeburten; die regionalen Unterschiede sind hierbei unauffällig.

Wesentlich differenzierter ist dies Bild bereits bei den **20- bis 24-jährigen** Frauen: in den alten Bundesländern und in Berlin waren es 64,4 % bzw. 62,2 %, die noch keine Kinder geboren hatten, dagegen waren es in den neuen Bundesländern nur 50,8 %; um so höher liegen hier die Anteile der Interruptio-Patientinnen, die vor ihrem Abbruch bereits ein, zwei oder mehr Lebendgeburten hatten.

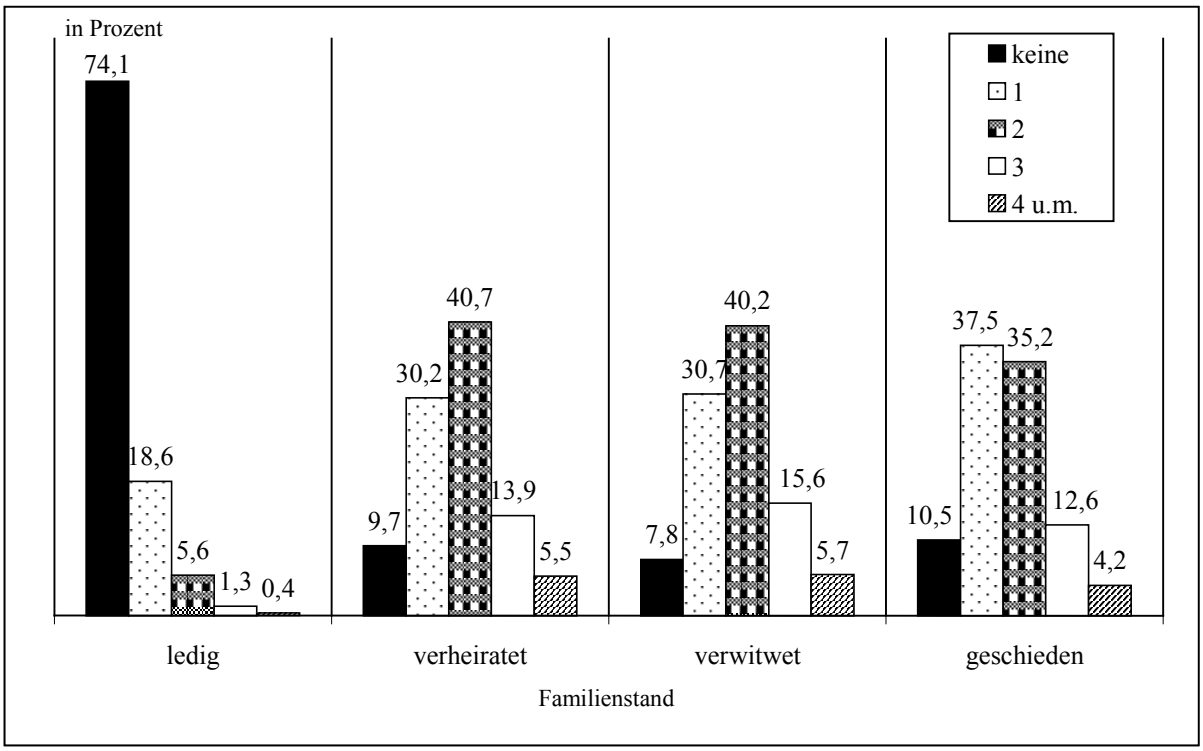
Auffällig niedrig im Vergleich zu den alten Bundesländern und Berlin sind die Anteile der ostdeutschen Frauen im Alter ab 25 Jahre, die noch keine Kinder geboren hatten: So hatten z.B. von 100 der zwischen 25 und 30 Jahre alten ostdeutschen Frauen rd. 21, von den gleichaltrigen westdeutschen und Berliner Frauen dagegen rd. 37 bzw. 38 noch keine Lebendgeburten vor ihrem Abbruch. Bei den beiden letztgenannten Frauengruppen sind dies zudem die höchsten Anteile innerhalb der 25- bis unter 30-Jährigen mit einem Schwangerschaftsabbruch, während in den neuen Ländern hier der Anteil der Frauen, die bereits ein Kind hatten, mit 41,4 % am höchsten ist.

Dies gilt ebenso für die 30- bis unter 35-jährigen Frauen in Berlin; d.h. von diesen hatte über ein Drittel bereits ein Kind geboren. Bei den westdeutschen und ostdeutschen Frauen dieser Altersgruppe weisen dagegen die mit zwei Lebendgeburten vor der Interruption den vergleichsweise höchsten Anteil auf, und zwar 32,6 % der westdeutschen bzw. 41,7 % der ostdeutschen Frauen. Dies gilt ebenso für die nachfolgenden Altersgruppen (hier wieder für alle drei Regionen): z.B. hatten 49,2 % der 35- bis 39-jährigen Frauen in Ostdeutschland vor ihrem Schwangerschaftsabbruch zwei Kinder geboren, in Westdeutschland betrug dieser Anteil 39,4 % und in Berlin 37,1 % (Tabelle 3).

Frauen, die vor ihrem Schwangerschaftsabbruch noch keine Kinder geboren hatten, sind in der überwiegenden Mehrheit ledig – insgesamt 85,9 % aller kinderlosen Frauen, die im Jahr 2000 in Deutschland einen Schwangerschaftsabbruch hatten.

Interessanter ist es aber m.E. zu wissen, wie viele von den Frauen der jeweiligen Familienstände vor ihrem Abbruch keine bzw. bereits Kinder geboren haben. Einen Gesamtüberblick darüber vermittelt für Deutschland im Jahr 2000 die Abbildung 4.

Abb. 4: Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland nach Familienstand der Frauen und vorangegangenen Lebendgeborenen, 2000



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

So haben 74,1 % der ledigen Frauen ihre erste Schwangerschaft abgebrochen. Auf die einzelnen Untersuchungsgebiete bezogen, betrug dieser Anteil in Westdeutschland 79,3 % und in Berlin 71 %; die ledigen Frauen in Ostdeutschland weisen hier mit 56,5 % den vergleichsweise niedrigsten Wert auf (Tabelle 4).

Tab. 4: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl vorangegangener Lebendgeburten und Familienstand der Frauen – Alte und neue Bundesländer sowie Berlin 2000

	Von 100 der Frauen hatten vor ihrer Interruption ... Lebendgeburten				
Familienstand	keine	1	2	3	4 und mehr
		Alte Bundesländer			
Ledig	79,3	15,0	4,3	1,0	0,3
Verheiratet	11,1	29,2	39,6	14,5	5,7
Verwitwet	10,1	31,7	40,3	13,1	4,8
Geschieden	12,5	38,7	33,7	11,6	3,5
		Neue Bundesländer			
Ledig	56,5	29,8	10,6	2,3	0,8
Verheiratet	4,1	31,9	47,3	12,5	4,2
Verwitwet	1,7	22,9	44,1	23,7	7,6
Geschieden	4,0	33,5	40,3	15,6	6,6
		Berlin			
Ledig	71,0	21,8	5,9	1,1	0,3
Verheiratet	10,1	35,6	36,3	11,9	6,0
Verwitwet	4,4	40,0	33,3	17,8	4,4
Geschieden	12,2	39,2	33,0	11,7	3,9

Datenquelle: Statisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Die deutlich höheren Anteile bei den westdeutschen und Berliner ledigen kinderlosen Frauen legen den Schluss nahe, dass bei einem (ersten) Kind eher geheiratet wird als dies bei den ostdeutschen Frauen der Fall zu sein scheint. Auf diese Verhaltensweisen deuten die in den alten Bundesländern und Westberlin bis dato relativ niedrigen Nichtehelichenquoten der Lebendgeborenen hin. So waren im Jahr 2000 von 100 der in Westdeutschland bzw. in Westberlin Lebendgeborenen rd. 18 bzw. rd. 32 nichtehelich; in Ostdeutschland und in Ostberlin waren es dagegen rd. 51 bzw. rd. 56 von 100 Lebendgeborenen.

Als ein weiterer Aspekt sei der in Ostdeutschland weitaus höhere Anteil an nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern genannt: Hatten im Jahr 2000 von 100 der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den neuen Ländern (einschließlich Ostberlin) rd. 49 Kinder, waren es im früheren Bundesgebiet (einschließlich Westberlin) „nur“ rd. 23.

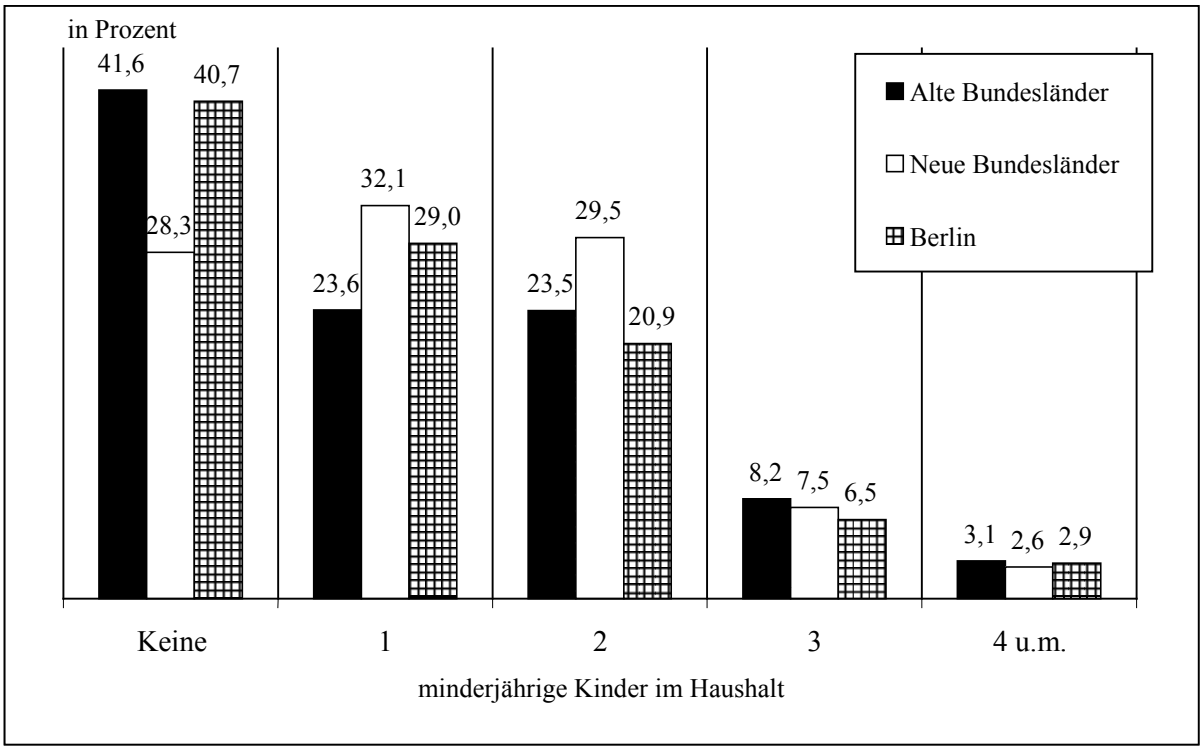
Betrachtet man nochmals die Daten in Abbildung 5 und Tabelle 4, so lässt sich des Weiteren feststellen, dass der größere Teil der verheirateten und verwitweten Frauen vor ihrem Schwangerschaftsabbruch zwei Kinder geboren hatte, je 100 dieser Frauen in Deutschland waren es rd. 41 bzw. rd. 40. Dabei weisen die ostdeutschen Ehefrauen und Witwen gegenüber denen in den beiden anderen Untersuchungsgebieten mit 47,3 % bzw. 44,1 % die höchsten Werte auf. Für Berlin lässt sich jedoch bei allerdings niedrigen Ausgangszahlen bei den Witwen mit einer Lebendgeburt vor ihrer Interruption der vergleichsweise höchste Wert feststellen – 40 % von ihnen hatten ein Kind, dagegen 33,3 % zwei Kinder geboren. Auch bei den Geschiedenen sind regionale Unterschiede gegeben: Während in Westdeutschland (38,7 %) und Berlin (39,2 %) die Mehrheit von ihnen vor dem Abbruch bereits ein

Kind geboren hatte, weisen die in Ostdeutschland mit zwei Kindern den höchsten Anteil auf (40,3 %) (Tabelle 4).

In der Bundesstatistik über die Schwangerschaftsabbrüche sind auch die Abbrüche nach der Zahl der von den Schwangeren in ihrem Haushalt zu versorgenden minderjährigen Kinder ausgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass, *„da hierbei nur nach der Zahl der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder gefragt wird, die Zahlen naturgemäß von denen der bisherigen Lebendgeburten abweichen. Abweichungen nach unten lassen auf nicht (mehr) im Haushalt der Mutter lebende evt. schon volljährige Kinder schließen, bei Abweichungen nach oben werden im Haushalt auch ‚fremde' Kinder, zum Beispiel die des Partner, betreut"* (Laue 2001: 1029).

Betrachtet man die Gesamtzahl der Abbrüche in Bezug auf die Zahl der von den Schwangeren zu versorgenden Kinder, so fällt auf, dass in den neuen Bundesländern mit 28,3 % ein vergleichsweise geringer Anteil derjenigen ausgewiesen ist, die keine Kinder zu versorgen haben, dagegen liegen diese Prozentwerte bei den Frauen in den alten Bundesländern und Berlin mit 41,6 % bzw. 40,7 % deutlich höher. Entsprechend seltener waren hier Schwangerschaftsabbrüche von Frauen mit Kindern. So betrug der Anteil an den Schwangerschaftsabbrüchen bei den Frauen in Westdeutschland, die ein Kind bzw. zwei Kinder zu versorgen hatten, 23,6 bzw. (nahezu identisch) 23,5 %; von den analogen Frauengruppen in Berlin sind es 29 % bzw. 20,9 %. In Ostdeutschland liegen diese Anteile höher: Bei 32,1 % der Frauen lebte ein Kind und bei 29,5 % zwei Kinder mit im Haushalt (Abbildung 5).

Abb. 5: Schwangerschaftsabbrüche nach den im Haushalt lebenden minderjährigen Kindern, 2000
- Alte und neue Bundesländer sowie Berlin -



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

In allen drei Untersuchungsgebieten sind die Anteile der Schwangeren, die drei oder mehr Kinder zu versorgen hatten, auffällig niedrig: So entfielen keine 10 % der Schwangerschaftsabbrüche auf

Frauen mit drei Kindern und keine 5 % auf Frauen mit vier oder mehr Kindern im Haushalt (vgl. Abbildung 5).

Die Analyse der Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der im Haushalt der Schwangereren zu versorgenden minderjährigen Kinder in Bezug auf deren Alter und/oder Familienstände führt zu ähnlichen Ergebnissen wie die Analyse der Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der vorangegangenen Lebendgeborenen, so dass an dieser Stelle auf eine nähere Interpretation verzichtet wird.

97,3 %, damit fast alle der im Jahr 2000 in Deutschland gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche erfolgten aufgrund der Beratungsregelung. Dabei gibt es zwischen den drei Untersuchungsgebieten nur nach dem Komma geringfügige Abweichungen: In den alten Bundesländern waren es 97,1 %, in den neuen Bundesländern 97,8 % und in Berlin 97,6 % aller Fälle. Eine kleine Rolle spielt noch die medizinische Indikation. Diese betraf in den alten Bundesländern 2,9 %, in den neuen Bundesländern 2,1 % und in Berlin 2,4 % aller Abbrüche. Die kriminologisch begründeten Schwangerschaftsabbrüche fielen kaum ins Gewicht. Ingesamt wurden hier in Deutschland 34 solcher Fälle registriert, davon in Westdeutschland 25, in Ostdeutschland 8 und in Berlin 1.

Aufgrund des fast 100%igen Anteils der Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung ist es m.E. müßig, auf eine tiefergehende Analyse nach dem Alter und dem Familienstand der Schwangeren einzugehen.[7] Es bleibt an dieser Stelle nur festzustellen, dass die rechtliche Begründung „nach der Beratungsregelung“ die bedeutendste Rolle innerhalb der Schwangerschaftsabbruchsstatistik spielt. Und diese Tatsache bietet somit die größte Angriffsfläche für immer wieder aufkommende Diskussionen um den § 218.

3. Mögliche Verhaltensweisen von west- und ostdeutschen Frauen bei einer ungewollten Schwangerschaft, 1992 und 2000

3.1 Allgemeiner Überblick zu möglichen Verhaltensweisen bei einer ungewollten Schwangerschaft

Auf die Frage hin „Angenommen, Sie würden ungewollt schwanger werden, was würden Sie dann vermutlich tun?“ hätten sich bei der Befragung 1992 64 % der westdeutschen Frauen dafür entschieden, das Kind zu bekommen und auch zu behalten; von den ostdeutschen Befragten war es hier mit 43,1 % noch nicht einmal die Hälfte. Bei Letzteren bestand dagegen eine im Vergleich zum Westen wesentlich höhere Bereitschaft, eine ungewollte Schwangerschaft vielleicht bzw. sicherlich abbrechen zu lassen, 40,9 % gegenüber 13,6 % der westdeutschen Frauen. Jedoch war bei den westdeutschen wiederum eine größere Verhaltenunsicherheit zu verzeichnen:[8] 20,7 % waren sich nicht im Klaren, wie sie sich bei einer ungewollten Schwangerschaft verhalten würden; von den ostdeutschen Frauen waren es mit 14,8 % nicht ganz so viele. Das Kind bekommen und dann zur Adoption frei geben –

---

[7] In allen drei Untersuchungsgebieten betragen die Anteile der aufgrund der Beratungsregelung durchgeführten Abbrüche sowohl in allen Altersgruppen als auch in allen Familienständen mehr als 90 %.

[8] 1992 hatten die Befragten bei der Frage „ungewollte Schwangerschaft – was tun?“ die Option, mit „ich weiß nicht“ zu antworten. 2000 war dies dagegen nicht der Fall; d.h. Frauen, die sich dazu nicht äußerten, wurden unter der Kategorie „keine Angaben“ ausgewiesen. M.E. ist es zulässig, die Antwortmöglichkeit „ich weiß nicht“ bzw. die Position „keine Angaben“ als (große) Unsicherheit bei dieser Fragestellung zu interpretieren. Somit werden diese in Tabellen/Abbildungen unter der Position „unsicher“ ausgewiesen.

Tab. 5: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 20- bis 39-jährigen Frauen in den alten und neuen Bundesländern, 1992 und 2000

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	FFS-1992	DJI-2000	FFS-1992	DJI-2000
Von 100 der Frauen würden				
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	64,0	78,2	43,1	56,5
- vermutlich das Kind bekommen und es dann zur Adoption geben	1,8	0,7	1,2	0,3
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	8,5	9,4	18,0	18,3
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	5,1	5,1	22,9	17,7
- sich unsicher sein	20,7	6,6	14,8	7,3
Insgesamt - in Personen	3 872	1 764	948	423

Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

dazu hätten sich sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern mit 1,8 % bzw. 1,2 % der Frauen nur sehr wenige entschlossen[9] (Tabelle 5).

Anhand der Befragungsergebnisse des Familiensurveys des DJI im Jahr 2000 (also acht Jahre später) ergibt sich nunmehr Folgendes:

Sowohl bei den west- als auch ostdeutschen Frauen, die zum Zeitpunkt der Befragung 2000 zwischen 20 und 39 Jahre alt waren, ist ein höherer Prozentsatz derer zu verzeichnen, die bei einer ungewollten Schwangerschaft das Kind austragen und auch behalten würden. So sind es jetzt von den westdeutschen Frauen 78,2 %, d.h. um 22,2 % gegenüber 1992 mehr, und von den ostdeutschen Frauen 56,5 %, d.h. mit um 31,1 % sogar etwas mehr.

Um 11,6 % ist bei den westdeutschen Frauen der Anteil derjenigen gestiegen, die vielleicht einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen würden, während der Anteil derjenigen, die dann einen Abbruch mit Sicherheit wollten, mit 5,1 % unverändert geblieben ist. Von den jetzt befragten ostdeutschen Frauen würden nur geringfügig mehr (um 1,7 %) vielleicht eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen lassen. Dagegen sind es jetzt anteilig um einiges weniger von ihnen (um 22,7 %), die sich sicherlich für einen Abbruch entscheiden würden.

Auffällig niedrig ist in der zweiten Erhebung sowohl bei den west- als auch ostdeutschen Frauen der Anteil der „Unsicheren" – 6,6 % bzw. 7,3 %. Inwieweit hier die zu Zeiten der Befragung 1992 wahrscheinlich noch größtenteils unklare individuelle Vorstellungen über die künftige Gestaltung des § 218 eine große Verhaltensunsicherheit bei den Frauen bewirkte, muss dahin gestellt bleiben.[10]

Es lässt sich an dieser Stelle bereits ganz allgemein feststellen, dass bei den im Jahr 2000 befragten ostdeutschen Frauen zwar eine geringere Abbruchsneigung als bei den acht Jahre zuvor Befragten zu verzeichnen ist. Doch liegt diese weiterhin erheblich höher als bei den westdeutschen Frauen, der

---

[9] Diese Frage soll aufgrund der zu geringen Repräsentativität ihrer Antworten im folgenden unberücksichtigt bleiben.

[10] Da der gesunkene Anteil der „Unsicheren", analysiert man die Frauen hinsichtlich ihrer soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmale, generell augenfällig ist, soll im Folgenden, außer bei großen Abweichungen, nicht mehr näher darauf eingegangen werden.

prozentuale Unterschied (Option für „vielleicht und sicherlich Abbruch“) macht jetzt 36 % zu 14,5 % aus (vgl. Tabelle 5).

3.2 Mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen

3.2.1 nach dem Alter

Betrachtet man die Frage des möglichen Verhaltens bei einer ungewollten Schwangerschaft unter dem Aspekt des Alters, so lässt sich als erstes ganz allgemein feststellen, dass west- und ostdeutsche Frauen, egal welchen Alters, in der Befragung 2000 eine höhere Bereitschaft gegenüber den im Jahr 1992 Befragten aufzeigen, ein ungewolltes Kind austragen zu wollen. Dabei weisen die ostdeutschen Frauen, mit Ausnahme der 35- bis 39-Jährigen, zum Teil auffällig höhere Prozentwerte auf.

Hinsichtlich der Fragen, „vielleicht Schwangerschaftsabbruch“ und „sicherlich Schwangerschaftsabbruch“ ergibt der Zeitvergleich ein zwischen den Altersgruppen unterschiedliches Bild:

Bei den westdeutschen Frauen ist die Neigung, sich vielleicht für einen Abbruch zu entscheiden, bei den 20- bis 24-Jährigen und 30- bis 34-Jährigen gestiegen, dagegen bei den 25- bis 29-Jährigen und 35- bis 39-Jährigen, obzwar nur geringfügig, gesunken. Bei den ostdeutschen Frauen sind es ebenfalls die 20- bis 24-Jährigen, die jetzt eher ein Kind vielleicht nicht bekommen wollen; dies trifft ebenso für die 35- bis 39-Jährigen zu. Dagegen wollten weniger 25- bis 34-jährige Frauen im Vergleich zu 1992 vielleicht einen Abbruch.

Der Anteil derjenigen, die mit Sicherheit ihre Schwangerschaft abbrechen lassen würden, ist bei allen ostdeutschen Frauen gesunken. Bei den westdeutschen Frauen trifft dies nur für die 25- bis 34-Jährigen, allerdings in sehr geringem Maße, zu.

Im Folgenden sollen die einzelnen Altersgruppen etwas genauer hinsichtlich möglicher Verhaltensänderungen bei einer ungewollten Schwangerschaft analysiert werden:

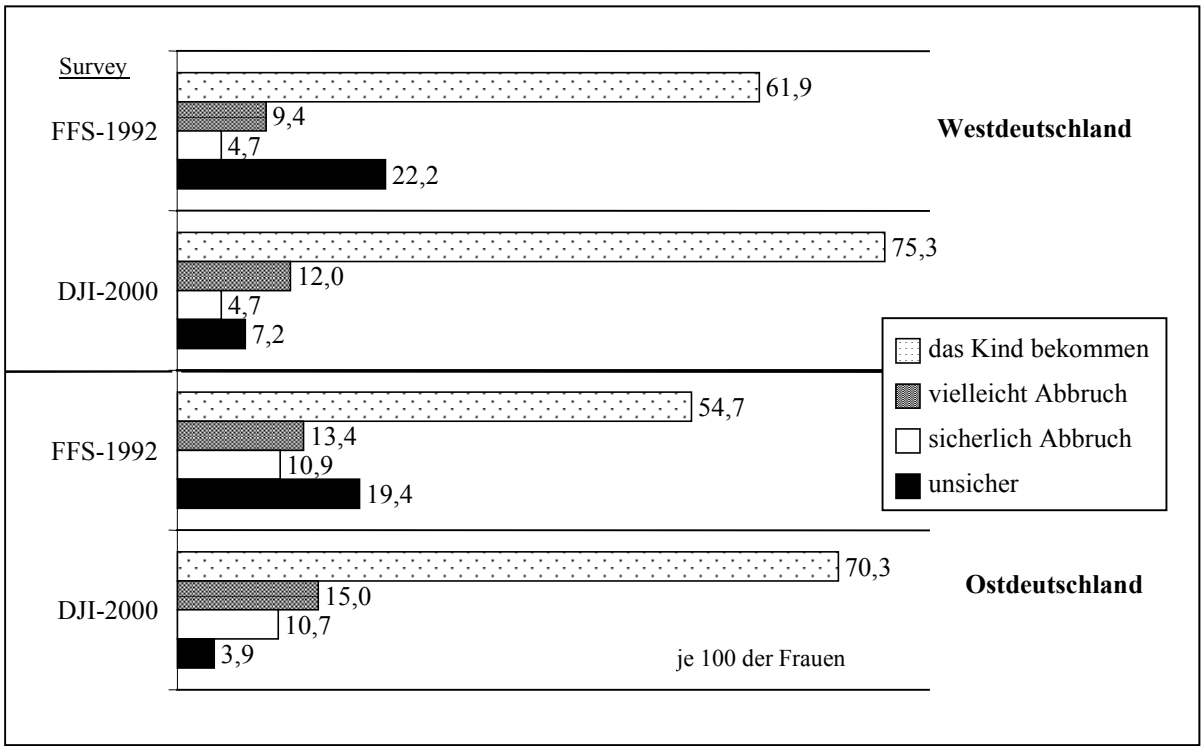
- **20- bis 24-Jährige**

  1992 wollten von den 20- bis 24-jährigen westdeutschen Frauen 61,9 % eine ungewünschte Schwangerschaft austragen. Dieser Anteil liegt bei den acht Jahre später befragten gleichaltrigen Frauen erheblich höher, d.h. 75,3 % würden das Kind bekommen wollen. Um 27,7 % ist jedoch auch der Anteil derjenigen gestiegen, die vielleicht einen Abbruch vorziehen würden. Unverändert geblieben ist der Prozentsatz (4,7 %) derjenigen mit einem sicheren Entscheid für einen Abbruch (Abbildung 6).

  Bei den ostdeutschen Frauen ist ebenfalls der Anteil derer, die eine ungewollte Schwangerschaft austragen würden, von 54,7 %, dies war 1992 der im Vergleich zu den übrigen Altersgruppen höchste Wert, auf 70,3 % gestiegen. Dem steht zum einen ein höherer Prozentsatz (um 11,9 %) derer, die vielleicht, und zum anderen allerdings ein geringfügig niedrigerer Prozentsatz (um 1,8 %) derer, die sicherlich einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen würden, gegenüber. Insgesamt ist die potentielle Abbruchsneigung[11] bei den 20 bis 24 Jahre alten ostdeutschen Frauen um 5,8 % gestiegen; bei den westdeutschen Frauen liegt dieser relative Anstieg mit 18,4 % um einiges höher (Abbildung 6).

[11] Hier und im Folgenden „vielleicht und sicherlich ein Schwangerschaftsabbruch“.

Abb. 6: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 20- bis 24-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000



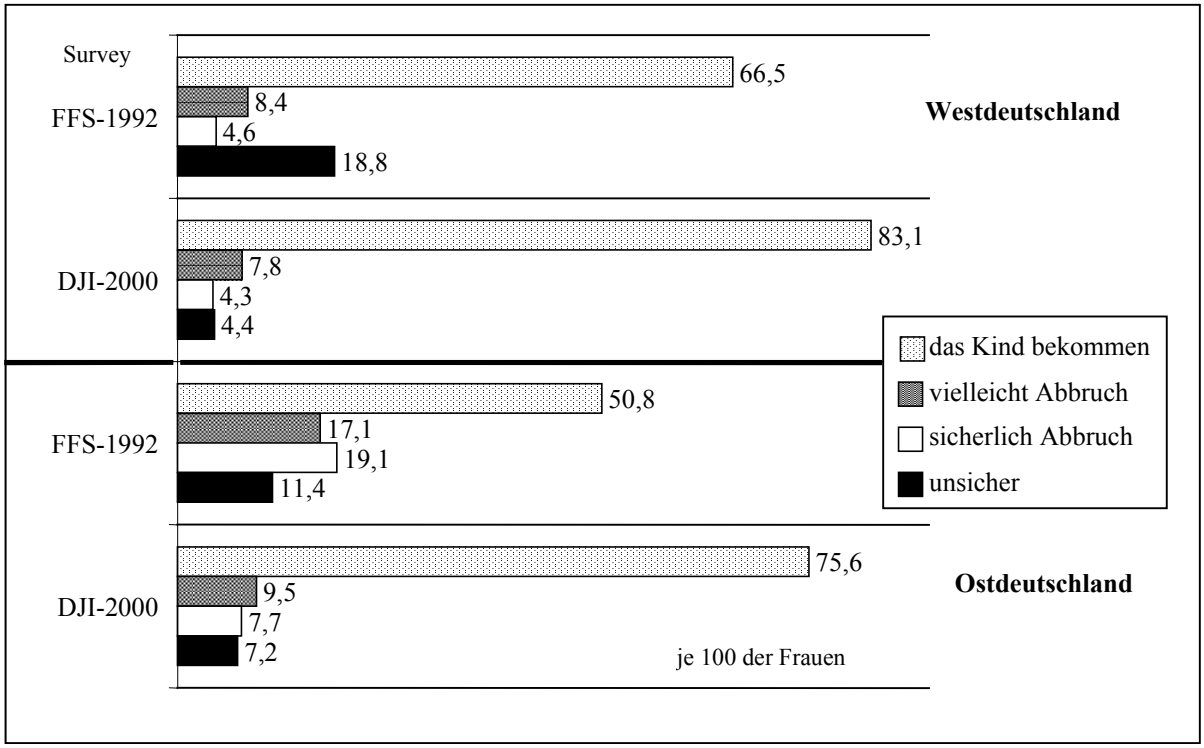
Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Vorab lässt sich feststellen, dass diese jüngste Altersgruppe im Vergleich zu den älteren die stärkste Annäherung der Verhaltensweisen bei der Frage „ungewollte Schwangerschaft“ zwischen West- und Ostdeutschland erfahren hat. Jedoch ist dies insofern nicht sehr verwunderlich, da gerade diese Frauen zum Zeitpunkt der Befragung 1992 noch Kinder bzw. Halbwüchsige waren und nunmehr im Erwachsenenalter unter den gleichen gesellschaftlichen Gegebenheiten (u.a. derselben Gesetzeslage zum § 218) leben.

❖ 25- bis 29-Jährige

1992 hätten von den damals 25- bis 29-jährigen westdeutschen Frauen 66,5 % eine ungewünschte Schwangerschaft ausgetragen; von den im Jahr 2000 befragten gleichaltrigen Frauen ist es nun mit 83,1 % die überwiegende Mehrheit. Im Vergleich zu den übrigen Altersgruppen ist dies mit einem Viertel der zweithöchste relative Anstieg. Etwas niedriger liegen die Anteile der Frauen, um 7,1 %, die ihre Schwangerschaft vielleicht abbrechen. Die Prozentwerte derer mit einer sicheren Abbruchsabsicht sind dagegen nahezu unverändert geblieben: 4,3 % (2000) gegenüber 4,6 % (1992) (Abbildung 7).

Abb. 7: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 25- bis 29-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000



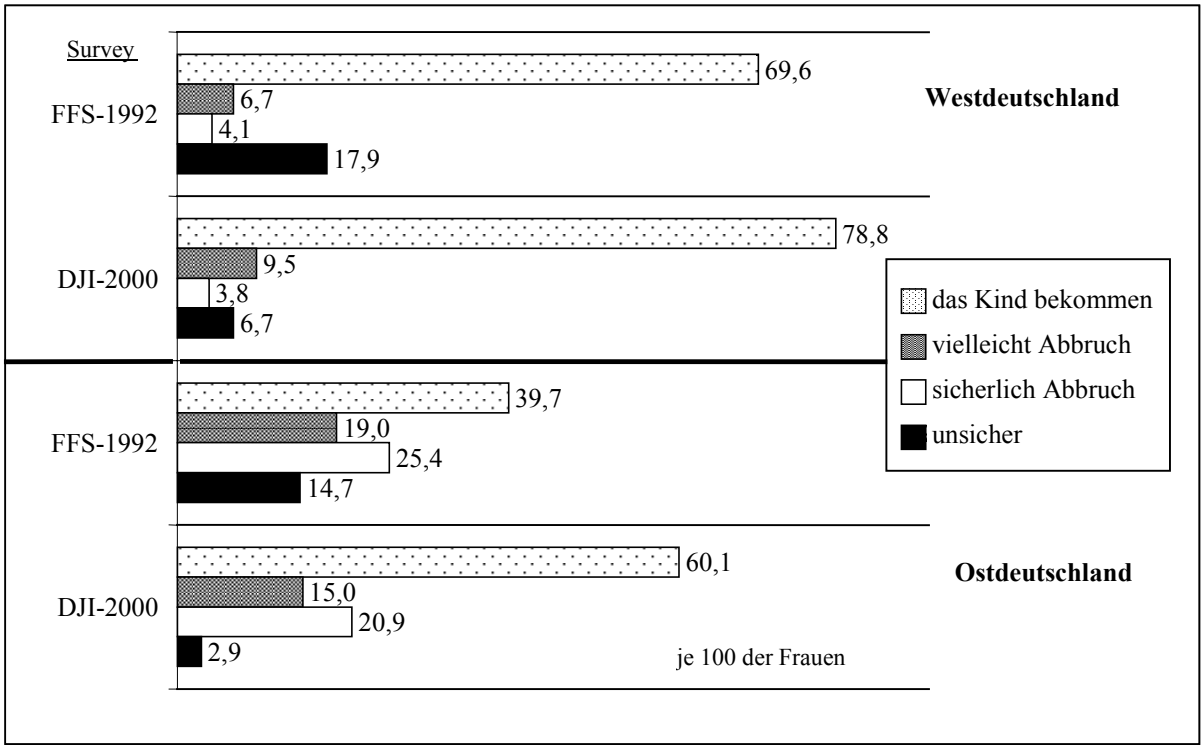
Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Wesentlich stärkere Veränderungen in diesen Verhaltensweisen lassen sich bei den ostdeutschen Frauen dieses Alters feststellen: Wollte bei der ersten Befragung etwas über die Hälfte von ihnen das Kind bekommen, waren es bei der zweiten Befragung rd. drei Viertel. Dies ist mit um 48,8 % der im Vergleich zu den anderen Altersgruppen stärkste prozentuale Anstieg. Demgegenüber sind die Anteile der Frauen stark gesunken, die einen Abbruch bevorzugen würden: um 44,4 % (vielleicht) und um 59,7 % (sicherlich). Oder anders ausgedrückt: Wollten 1992 von 100 der 25 bis 29 Jahre alten Frauen in den neuen Bundesländern rd. 36 vielleicht/sicherlich einen Abbruch, waren dies acht Jahre später rd. 17 von 100 der Frauen dieses Alters (Abbildung 7).

❖ **30- bis 34-Jährige**

Diese Altersgruppe wies in Westdeutschland 1992 den im Vergleich zu den übrigen Altersgruppen höchsten Anteil der Frauen auf, die bei einer nicht gewünschten Schwangerschaft trotzdem das Kind bekommen wollten (69,6 %). Bei den im DJI-2000 befragten Frauen war hier mit 78,8 % ein noch höherer Prozentsatz zu verzeichnen; dies ist jedoch im Vergleich zu den übrigen Frauengruppen der vergleichsweise geringste Anstieg (um 13,2 %). 2000 waren es zudem mehr Frauen, die vielleicht einen Abbruch durchführen lassen wollten: 9,5 % gegenüber 6,7 % (1992). Um 7,3 % niedriger lag dagegen der Anteil derjenigen, die sich voll und ganz für einen Abbruch entscheiden würden. Insgesamt ist somit eine etwas höhere potentielle Abbruchsneigung festzustellen: 13,3 % (2000) gegenüber 10,8 % (1992) (Abbildung 8).

Abb. 8: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 30- bis 34-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000



Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Im Vergleich weisen auch hier die 30- bis 34-jährigen ostdeutschen Frauen eine günstigere Entwicklung auf. Wollten 1992 von 100 der damals 30 bis 34 Jahre alten Frauen rd. 40 eine ungewollte Schwangerschaft austragen, waren es im Jahr 2000 von 100 der Frauen dieses Alters rd. 60. Hinzu kommt bei den zuletzt Genannten eine geringere Abbruchsneigung: Hätten sich 1992 von 100 der Frauen 19 vielleicht für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden, waren es acht Jahre später 15. Oder: 1992 wollten 25,4 % der Frauen mit Sicherheit einen Abbruch, 2000 waren es 20,9 %. Insgesamt lag somit die potentielle Abbruchsneigung im Jahr 2000 mit um 17,7 % um einiges niedriger (Abbildung 8).

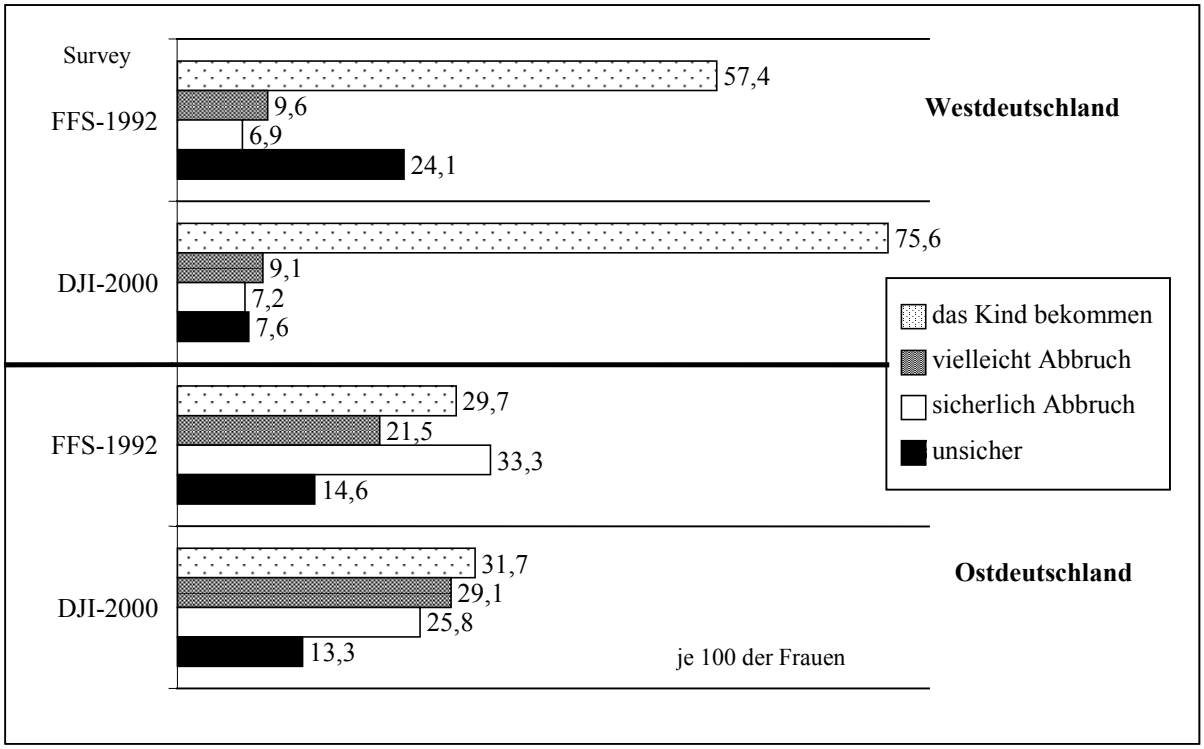
❖ 35- bis 39-Jährige

Die Gruppe der 35- bis 39-Jährigen weist im Vergleich zu den jüngeren die geringsten Veränderungen im möglichen Verhalten bei einer nicht gewünschten Schwangerschaft auf.

Auffällig ist hier nur bei den westdeutschen Frauen der im Jahr 2000 weitaus höhere Anteil derjenigen, die sich für das Kind entscheiden würden: 75,6 % gegenüber 57,4 % (1992). Nur geringfügig verändert haben sich die Anteile der Frauen, die vielleicht bzw. sicherlich eine ungewollte Schwangerschaft unterbrechen würden. D.h. die potentielle Abbruchsneigung der im DJI-2000 befragten 35- bis 39-jährigen Frauen unterscheidet sich kaum von der der im FFS-1992 befragten (16,3 % gegenüber 16,5 %) (Abbildung 9).

Dies gilt ebenso für die gleichaltrigen ostdeutschen Frauen. Zwar würden sich im Jahr 2000 um 22,5 % weniger Frauen voll und ganz für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Dem stehen jedoch um 35,3 % mehr Frauen gegenüber, die vielleicht das Kind nicht austragen würden. D.h. die gesamte potentielle Abbruchsneigung weist im Endeffekt ein fast identisches und relativ hohes Niveau auf: 54,8 % (1992) und 54,9 % (2000) aller ostdeutschen Frauen im Alter von 35

Abb. 9: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von 35- bis 39-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000



Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

bis 39 Jahren. So sind es 2000 auch kaum mehr Frauen als acht Jahre zuvor, die das Kind bekommen würden, 31,7 % gegenüber 29,7 % (Abbildung 9).

Zusammenfassend kann man feststellen, dass gerade die jüngeren Frauen in West- und Ostdeutschland sich in ihrem möglichen Verhalten bei einer nicht gewünschten Schwangerschaft angenähert haben, was durchaus als eine Reflexion der seit 1996 für die alten und neuen Bundesländer einheitlich geltenden Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch gewertet werden kann.

Bei der ältesten Frauengruppe (35- bis 39-Jährige), bei denen die Verhaltensunterschiede zwischen West und Ost am auffälligsten sind, schlägt zu Buche, dass gerade die ostdeutschen Frauen, im Gegensatz zu ihren Altersgenossinnen in Westdeutschland, relativ früh ihre Kinder geboren haben (im Schnitt bekamen die Frauen im Alter von 23 Jahren ihr erstes Kind) und somit zum jeweiligen Zeitpunkt der beiden Erhebungen ihre Familienbildung weitestgehend abgeschlossen haben. Und, wie frühere Untersuchungen bereits zeigen, besteht ein enger Bezug zwischen Abbruchswahrscheinlichkeit von ungewollten Schwangerschaften und erfülltem Kinderwunsch (siehe u.a. Roloff 1997).

3.2.2 nach der Partnerschaft

Ob sich Frauen für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, steht zweifelsohne in engem Bezug damit, ob sie in einer festen Partnerschaft leben oder nicht.

Von den 2 177 westdeutschen Frauen, die zum Zeitpunkt des FFS-1992 verheiratet waren, wollte mit 72 % die überwiegende Mehrheit bei einer unvorhergesehenen Schwangerschaft vermutlich das

Kind bekommen; von den Nicht verheirateten, die damals in einer festen Partnerschaft lebten (rd. 56 % aller nicht verheirateten Frauen), waren es mit 59,5 % zwar um einiges weniger, aber auch noch die Mehrheit.

Für einen Abbruch hätten sich von den damals befragten Ehefrauen 6,6 % wahrscheinlich und 3,5 % ganz bestimmt entschieden. Bei den in einer nichtehelichen Partnerschaft Lebenden war die Bereitschaft, eine nicht gewünschte Schwangerschaft abzubrechen, mit 9,6 % (vielleicht) bzw. 7,6 % (sicherlich) ebenfalls noch relativ gering.

Von den zum Zeitpunkt der ersten Erhebung ohne einen Partner lebenden nicht verheirateten Frauen wollte, und dies ist m.E. nicht sehr verwunderlich, noch nicht einmal die Hälfte bei einer ungewollten Schwangerschaft das Kind trotzdem bekommen. Rd. jede Fünfte von ihnen hätte eher einen Abbruch vorgezogen. Darunter waren es 13,3 % der Frauen, die dies nicht als einen absoluten Entscheid ansehen wollten; dagegen wollten 7,7 % ganz bestimmt einen Abbruch. Im Vergleich zu den Frauen mit einem festen Partner war zudem eine große Unsicherheit bei den alleinstehenden Frauen festzustellen: 30,7 % von ihnen wussten im Falle einer ungewollten Schwangerschaft nicht, wie sie sich entscheiden würden; von den nicht verheirateten Frauen mit einem Partner waren es mit 21,6 % und von den Ehefrauen mit 16,5 % um einiges weniger (Tabelle 6).

Tab. 6: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von Frauen mit und ohne festen Partner in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000 -

	Verheiratete		Nicht verheiratete Frauen			
			mit Partner		ohne Partner	
Von 100 der Frauen würden	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Alte Bundesländer						
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	72,0	84,7	59,5	76,9	45,9	65,3
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	6,6	6,7	9,6	10,5	13,3	14,0
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	3,5	3,1	7,6	5,9	7,7	8,4
- sich unsicher sein	16,5	5,0	21,6	6,4	30,7	10,4
Insgesamt - in Personen	2177	929	940	408	885	427
Neue Bundesländer						
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	42,7	55,8	50,0	70,3	36,1	41,8
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	19,4	17,8	14,5	15,2	15,0	23,9
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	24,5	17,8	18,0	9,6	26,1	25,9
- sich unsicher sein	12,3	8,7	16,3	4,1	22,8	8,5
Insgesamt - in Personen	625	197	172	125	180	101

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Im Gegensatz zu den westdeutschen verheirateten Frauen wollte von den im FFS-1992 befragten ostdeutschen Ehefrauen mit 42,7 % noch nicht einmal die Hälfte im Falle einer ungewollten Schwangerschaft das Kind trotzdem bekommen. Fast genau so viele, 43,9 %, würden sich (darunter 24,5 % voll und ganz) für einen Abbruch entscheiden.

Ebenfalls im Gegensatz zu den Westdeutschen waren es im Vergleich zu den Verheirateten prozentual mehr Nicht verheiratete mit einem Partner (von allen nicht verheirateten Frauen hatten 48,6 % einen festen Partner), die eine nicht gewollte Schwangerschaft ausgetragen hätten; und zwar war es genau die Hälfte der Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. 32,5 % von ihnen hätten die Schwangerschaft abbrechen lassen, worunter der Anteil derer mit „vielleicht Schwangerschaftsabbruch“ 14,5 % ausmachte.

Von den ostdeutschen Nicht verheirateten ohne einen festen Partner würde über ein Drittel eine ungewünschte Schwangerschaft mit einer Geburt beenden. Während sich die Prozentwerte derjenigen, die vielleicht die Schwangerschaft abbrechen würden, zwischen West und Ost nur wenig quantitativ unterschieden, 15 gegenüber 13,3 %, waren die Unterschiede bei denjenigen, die sicherlich einen Abbruch vorziehen würden, auffällig, über ein Viertel in den neuen Bundesländern, dahingegen keine 10 % in den alten Bundesländern.

Was den Anteil der „Unsicheren“ anbetrifft, so lag dieser im Vergleich zu den westdeutschen Frauen bei den ostdeutschen Frauen sowohl mit als auch ohne festen Partner zwar niedriger, war aber im Vergleich zu den übrigen Antwortmöglichkeiten in Ostdeutschland ebenfalls recht hoch. Dabei waren es auch hier die alleinstehenden Frauen, die den höchsten Prozentwert aufwiesen; d.h. knapp ein Viertel von ihnen wusste nicht, wie sie sich bei einer ungewollten Schwangerschaft verhalten würden (Tabelle 6).

Bei den acht Jahre später im DJI-2000 befragten Frauen lässt sich Folgendes feststellen: Bei den westdeutschen Frauen sowohl mit als auch ohne Partner ist im Vergleich zu den im FFS-1992 Befragten eine bei weitem höhere Bereitschaft gegeben, eine ungewünschte Schwangerschaft austragen zu wollen. So liegt bei den Nicht verheirateten ohne Partner dieser Anteil um allein 42,3 % höher; bei den Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und bei den Ehefrauen macht dieser relative Anstieg 29,2 bzw. 17,6 % aus. Dagegen hat sich die bereits 1992 relativ niedrige Abbruchsneigung bei den westdeutschen Frauen nur unwesentlich verändert. So waren es 2000 9,8 % der Ehefrauen und 16,4 % der Nicht verheirateten mit einem Partner (gegenüber 10,1 bzw. 17,2 % im Jahr 1992), die sich vielleicht oder sicherlich für einen Abbruch entscheiden würden; von den nicht verheirateten Frauen ohne Partner waren es hier mit um 6,7 % etwas mehr (Tabelle 6).

Ganz anders stellt sich dies bei den im DJI-2000 befragten ostdeutschen Frauen dar. Hier sind es bei den Frauen mit einem festen Partner jetzt weniger, die eine nicht gewünschte Schwangerschaft unterbrechen würden. Darunter liegt insbesondere der Anteil derer, die sich voll und ganz dazu entschließen würden, gegenüber den acht Jahre zuvor befragten analogen Frauengruppen erheblich niedriger: um 46,7 % bei den in einer nichtehelichen Partnerschaft lebenden Frauen und, nicht ganz so stark, um 27,3 % bei den Ehefrauen. Doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei diesen Frauen weiterhin eine im Vergleich zu den westdeutschen Frauen höhere potentielle Abbruchsneigung zu verzeichnen ist: bei den Ehefrauen insgesamt 35,6 % gegenüber 9,8 % (West) bzw. bei den Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften 24,8 % gegenüber 16,4 % (West). Die Bereitschaft zu einem Abbruch ist zudem im Vergleich zu 1992 bei den nicht verheirateten ostdeutschen Frauen ohne einen festen Partner ebenfalls recht hoch: 49,8 % von ihnen würden das ungewollte Kind nicht austragen wollen; von der im FFS-1992 befragen analogen Frauengruppe waren es 41,1 %. Während dabei der Anteil derer, die sicherlich einen Abbruch vornehmen lassen würden, geringfügig um 0,8 % gesunken

ist, stieg der bei denen, die sich vielleicht dazu entschließen würden, um beachtliche 59,3 %. Entsprechend niedrig, 41,8 %, ist der Prozentsatz der ostdeutschen Alleinstehenden, die das Kind bekommen wollen (bei den entsprechenden westdeutschen Frauen macht dieser Anteil 65,3 % aus); er liegt damit aber immerhin noch um 15,8 % höher als 1992. Dagegen sind es bei den in nichtehelichen Partnergemeinschaften lebenden ostdeutschen Frauen gegenüber der ersten Befragung um ein Vielfaches mehr, die das ungewollte Kind trotzdem bekommen wollen: war dies bei den 1992 befragten Frauen genau die Hälfte, sind es jetzt 70,3 %. Damit weist diese Frauengruppe den geringsten prozentualen Unterschied zu den Westdeutschen auf; hier sind 76,9 % der mit einem festen Partner zusammenlebenden nicht verheirateten Frauen zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft bereit. Obwohl auch bei den im DJI-2000 befragten ostdeutschen Ehefrauen der Anteil derer, die das Kind bekommen wollen, höher als bei den 1992 Befragten ausfällt, 55,8 % gegenüber 42,7 %, liegt dieser weiterhin unter dem entsprechenden westdeutschen Wert von 84,7 % (Tabelle 6).

3.2.3 nach der Zahl bereits vorhandener Kinder

3.2.3.1 Ehefrauen

Abgesehen von den bestehenden Partnerbeziehungen haben zweifelsohne auch bereits vorhandene Kinder ihren Einfluss auf die Verhaltensentscheidungen bei einer nicht gewollten Schwangerschaft.

Bevor ich mich zunächst der Analyse möglicher Verhaltensweisen verheirateter Frauen in Abhängigkeit von ihrer Kinderzahl in West- und Ostdeutschland zuwende, möchte ich einen allgemeinen Überblick über den Verheiratetenanteil und die Kinderzahl der befragten Frauen in den Jahren 1992 und 2000 geben.

Von 100 der 1992 befragten westdeutschen Frauen waren rd. 57 verheiratet. Von diesen hatten rd. 16 % keine, 29 % ein, 39 % zwei und 17 % drei oder mehr Kinder. Die im Jahr 2000 befragten Frauen wiesen einen etwas geringeren Verheiratetenanteil von rd. 53 % auf. Etwas geringer ist zudem der Anteil der kinderlosen Ehefrauen, der jetzt rd. 13 % ausmacht. Etwas höher ist der Anteil der verheirateten Frauen mit zwei (um 7 %) und derer mit drei und mehr Kindern (ebenfalls rd. 7 %).

Wesentlich stärkere Unterschiede 2002 gegenüber 1992 lassen sich bei den ostdeutschen Frauen feststellen. Im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen ist ein gegenüber dem Befragungsjahr 1992 wesentlich geringerer Verheiratetenanteil zu verzeichnen: Waren von den 1992 befragten Frauen rd. 67 % verheiratet, waren es von den acht Jahre danach befragten Frauen mit rd. 47 % nicht einmal mehr die Hälfte. Zudem sind jetzt mehr ostdeutsche Ehefrauen kinderlos: rd. 12 % (2000) gegenüber rd. 6 % (1992), womit fast das Niveau der westdeutschen Ehefrauen erreicht wird. Hier schlägt außerdem zu Buche, dass die im DJI-2000 befragten ostdeutschen Ehefrauen jetzt anteilig weniger ein oder zwei Kinder haben. Hatten rd. ein Drittel der verheirateten Frauen im FFS 1992 ein Kind und rd. 48 % zwei Kinder, machen diese Anteile bei den Frauen im DJI-2000 rd. 29 % bzw. 45 % aus. Nur der Anteil der Frauen mit 3 oder mehr Kindern ist mit rd. 14 % nahezu gleich geblieben.

Hinterfragt man nunmehr, welche Veränderungen in den möglichen Verhaltensweisen bei ungewollter Schwangerschaft bei den verheirateten Frauen in Abhängigkeit ihrer Kinderzahl auftraten, lässt sich für die Frauen in den alten Bundesländern feststellen, dass der Anteil derjenigen, die das Kind auch bei einer unerwünschten Schwangerschaft bekommen wollen würden, bei allen im FFS-1992 befragten Ehefrauen, egal ob und wie viele Kinder sie hatten, relativ hoch war: z.B. waren es von denen ohne Kinder 72,6 % und von denen, die bereits drei oder mehr Kinder hatten, 70,8 %. Das heißt

auch, dass relativ wenige einen Abbruch bevorzugt hätten. Darunter lag der Anteil derer, die vielleicht bzw. sicherlich die Schwangerschaft unterbrochen hätten, mit 13,1 % bei den Ehefrauen ohne Kindern noch am höchsten; im Gegensatz dazu waren es von den Frauen mit drei und mehr Kindern 6,6 %. Jedoch lässt sich bei den zuletzt Genannten ein hoher Prozentsatz an Unsicheren feststellen: rd. jede Fünfte wusste nicht, wie sie sich bei einer nicht gewünschten Schwangerschaft entscheiden würde. Dieser Anteil lag um so niedriger, je weniger Kinder die Ehefrauen bereits hatten. So waren 13,3 % jener mit einem Kind sich über ihr Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nicht schlüssig, bei den kinderlosen Ehefrauen lag dieser Prozentwert mit 14 % dann wieder etwas höher. Im Gegensatz zu den verheirateten Frauen, die bereits Kinder hatten, waren auch unter den im DJI-2000 befragten Ehefrauen ohne Kinder vergleichsweise viele Verhaltensunsichere, rd. 10%, während bei den übrigen Frauengruppen dieser Anteil nun keine 5 % mehr ausmacht.

Auch bei den im Jahr 2000 befragten westdeutschen Ehefrauen ist, unabhängig von ihrer Kinderzahl, die potentielle Abbruchsneigung relativ gering. Bei den Ehefrauen ohne Kinder ist sie gegenüber 1992 auf die Hälfte gesunken, bei denen mit einem Kind um 11,2 %. Bei den Frauen mit zwei Kindern liegt der Anteil der zum Abbruch Neigenden jetzt um 19,6 % höher. Dieser ist dagegen bei den Frauen mit drei oder mehr Kindern unverändert geblieben – allerdings mit der kleinen Einschränkung, dass es jetzt 3 gegenüber 3,6 % sind, die vielleicht und, umgekehrt, 3,6 % gegenüber 3 %, die sicherlich einen Abbruch vorziehen würden. Andererseits lässt sich bei den Ehefrauen mit drei und mehr Kindern der vergleichsweise höchste relative Anstieg derer feststellen, die eine nicht gewünschte Schwangerschaft austragen würden: waren es von den im Jahr 1992 Befragten 70,8 %, sind es von den acht Jahre später Befragten 88,1 % bzw. um 24,4 % mehr. Bei den übrigen Frauengruppen ist der Anteil derer, die das Kind bekommen wollen, ebenfalls, aber nicht ganz so stark gestiegen – um 13,8 % bei den kinderlosen Ehefrauen, um 15,3 % bei denen mit einem Kind und um 18,3 % bei denen mit zwei Kindern (Tabelle 7).

Tab. 7: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von verheirateten Frauen nach der Kinderzahl in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	Kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 u.m. Kinder	
Von 100 der Frauen würden	1992	2000	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland								
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	72,6	82,6	76,0	87,6	69,3	82,0	70,8	88,1
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	9,2	6,5	5,7	5,9	7,5	8,7	3,6	3,0
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	3,9	0,0	4,1	2,8	3,2	4,1	3,0	3,6
- sich unsicher sein	14,0	10,1	13,3	3,7	18,0	4,3	20,9	4,6
Ostdeutschland								
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	60,0	73,1	56,4	79,4	33,7	37,6	34,9	49,9
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	11,4	16,2	15,2	12,4	23,0	26,2	19,8	3,6
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	8,6	0,0	15,2	7,1	30,7	23,9	31,4	35,6
- sich unsicher sein	14,3	10,7	11,8	1,1	12,3	12,3	12,8	10,9

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Betrachtet man diese Entwicklung bei den ostdeutschen Ehefrauen, so fällt zum einen auf, dass der Unsicheren-Anteil, außer bei den Frauen mit einem Kind, bei den im DJI-2000 gegenüber den im FFS-1992 Befragten nur wenig gesunken ist, darunter am „stärksten“ noch bei den kinderlosen Frauen – von 14,3 % auf 10,7 % bzw. um rd. ein Viertel; bei den Frauen mit drei und mehr Kindern sind es auch noch beachtliche 14,8 % weniger. Bei den Frauen mit zwei Kindern blieb dieser Anteil unverändert bei 12,3 % und liegt damit im Vergleich zu den übrigen Frauengruppen jetzt am höchsten. Nur bei den Ehefrauen, die bereits ein Kind haben, sind es jetzt um ein Vielfaches an Unsicheren weniger, d.h. waren 1992 von 100 dieser Frauen rd. 12 nicht sicher, wie sie sich bei einer ungewollten Schwangerschaft verhalten würden, war es von 100 der acht Jahre später befragten Frauen nur noch eine. Dagegen liegt bei diesen Frauen der Anteil derer, die das Kind bekommen würden, jetzt bei weitem höher – waren es 1992 56,4 %, ist es 2000 mit 79,4 % die überwiegende Mehrheit. Dies trifft ebenso für die kinderlosen Ehefrauen zu: bereits 1992 wiesen diese mit 60 % derer, die eine ungewünschte Schwangerschaft austragen wollten, den vergleichsweise höchsten Wert auf; dieser macht nun bei den im Jahr 2000 befragten kinderlosen verheirateten Frauen 73,1 % aus. Auch bei den Frauen mit drei und mehr Kindern ist eine relativ günstige Entwicklung festzustellen: Waren es von 100 der im FFS-1992 Befragten rd. 35, war es von im DJI-2000 Befragten rd. die Hälfte, die sich für das Kind entscheiden würden. Das bedeutet auch, dass die potentielle Abbruchsneigung dieser Frauen insgesamt gesunken ist – von 51,2 % auf 39,2 %. Doch, etwas näher betrachtet, ist dies ausschließlich auf den bei weitem niedrigeren Anteil der Frauen, die sich vielleicht zu einem Schwangerschaftsabbruch entschließen würden, zurückzuführen. 1992 lag dieser bei 19,8 %, im Befragungsjahr 2000 dagegen nur noch bei 3,6 %. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Frauen, die das Kind sicherlich nicht ausgetragen hätten: 35,6 % (2000) gegenüber 31,4 % (1992).

Kaum verändert hat sich das Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft bei den ostdeutschen Ehefrauen, die bereits zwei Kinder haben. So ist hier die bereits 1992 recht hohe Bereitschaft zu einem Abbruch auch 2000 festzustellen: Hätten im FFS-1992 53,7 % der Frauen vielleicht bzw. sicherlich einen Abbruch dem Austragen des Kindes vorgezogen, waren es mit 50,1 % der im DJI-2000 befragten Frauen auch noch überdurchschnittlich viele. Allerdings liegt jetzt der Anteil derer, die sich voll und ganz für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden hätten, um 22,1 % niedriger und der Prozentwert derer, die vielleicht eine Abbruch wollten, um 13,9 % höher.

Im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Frauengruppen einerseits und zu allen westdeutschen Ehefrauen, insbesondere derjenigen mit zwei Kindern, andererseits waren und sind es von den ostdeutschen verheirateten Frauen mit zwei Kindern die wenigsten, die ein weitere Schwangerschaft austragen wollten: 1992 waren es 33,7 % und 2000 mit 37,6 % auch nicht erheblich mehr (Tabelle 7).

Inwieweit in der fast unverändert niedrigen Bereitschaft zum Austragen eines ungewollten Kindes bzw. inwiefern mit der hohen Abbruchsneigung der ostdeutschen verheirateten Mütter mit zwei Kindern das Leitbild einer Zweikinderfamilie (siehe auch *Voll*, 2001) stärker als bei der analogen westdeutschen Frauengruppe zum Tragen kommt, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Wie noch zu sehen sein wird, sind hierfür zudem die zwischen West und Ost unterschiedliche Erwerbsbeteiligung der Frauen, die unterschiedliche Bewertung der finanziellen Lage und die Konfessionszugehörigkeit von hoher Relevanz.

3.2.3.2 Nicht verheiratete Frauen ohne und mit Partner

Bevor ich nun zur Analyse des möglichen Verhaltens nicht verheirateter Frauen mit und ohne Partner, ohne und mit Kindern bei einer ungewollten Schwangerschaft übergehe, möchte ich auch hier einen allgemeinen Überblick über den Stand dieser Lebensformen in den Jahren 1992 und 2000 geben.

Von 100 der im FFS-1992 befragten westdeutschen nicht verheirateten Frauen lebten rd. 56 in einer festen Partnerschaft. Die überwiegende Mehrheit, rd. 82 %, hatte keine Kinder. Von den Frauen mit Kindern hatten rd. zwei Drittel ein Kind. Von den acht Jahre später im DJI-2000 befragten westdeutschen nicht verheirateten Frauen war es knapp die Hälfte, die mit einem Partner zusammenlebten. Ihr Kinderlosenanteil lag mit rd. 69 % um einiges unter dem der im Jahr 1992 befragten Frauen. Dies ist auf die höheren Prozentsätze der Frauen mit einem Kind (rd. 19 % gegenüber 11 %) und der Frauen mit zwei und mehr Kindern (rd. 12 % gegenüber 6 %) zurückzuführen.

Eine fast gegenläufige Tendenz weisen hier die ostdeutschen nicht verheirateten Frauen auf. So liegt zum einen der Anteil derer mit einem festen Partner mit rd. 55 % (2000) gegenüber rd. 49 % (1992) höher. Zum anderen weisen diese einen, allerdings geringfügig, höheren Kinderlosenanteil, rd. 48 % gegenüber 44 %, auf, was insbesondere durch den niedrigeren Anteil der Frauen mit zwei oder mehr Kindern determiniert ist: Hatte im Jahr 1992 ein Viertel der Frauen zwei und mehr Kinder, waren es von den im Jahr 2000 befragten Frauen 17 %. Höher liegt dagegen der Anteil derer mit einem Kind – rd. 35 % gegenüber 31 %.

Bei den westdeutschen Frauen ohne einen festen Partner ergibt sich Folgendes. Von 100 dieser Frauen waren 1992 rd. 28 alleinerziehend. Davon hatte die Mehrheit, rd. 63 %, ein Kind. Dieser Anteil liegt bei dem im DJI-2000 befragten alleinerziehenden Frauen mit rd. 56 % niedriger. D.h. es sind jetzt mehr Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern vertreten. Insgesamt waren 2000 nahezu genau so viele der westdeutschen Frauen ohne Partner alleinerziehend (rd. 28 %) wie 1992.

Auch hier ergibt sich für die ostdeutschen Frauen ohne Partner ein gegenläufiges Bild. Waren von 100 der im FFS-1992 befragten Frauen rd. 58 alleinerziehend, waren es von denen im DJI-2000 rd. 49. In beiden Jahren liegen somit diese Anteile im Vergleich zu den westdeutschen Frauen bei weitem höher, was ja auch in den insgesamt höheren Nichtehelichenquoten der Lebendgeborenen in Ostdeutschland zum Ausdruck kommt.

Im Gegensatz zu den westdeutschen Alleinerziehenden liegt jedoch bei den ostdeutschen alleinstehenden Frauen mit Kindern der Anteil derer mit einem Kind im Jahr 2000 gegenüber 1992 höher – 61 % gegenüber rd. 55 %.

Betrachtet man nun als erstes das mögliche Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft der westdeutschen nicht verheirateten Frauen, die in einer festen Partnerschaft leben, unter dem Aspekt, ob sie Kinder haben oder nicht, ergibt sich Folgendes.

Das Kind bekommen wollten 1992 prozentual fast gleich viele Frauen ohne und mit Kindern – 59,8 % bzw. 58 %. Bei den im DJI-2000 befragten Frauen lässt sich hier jedoch ein erheblicher Unterschied feststellen. So sind es jetzt 80,3 % der Frauen ohne Kinder, die eine nicht gewünschte Schwangerschaft austragen würden; dies sind 34,3 % mehr als 1992. Dieser Anteil macht bei den Frauen mit Kindern 69,5 % aus und liegt somit gegenüber 1992 um 19,8 % höher. Gestiegen ist bei der zuletzt genannten Frauengruppe die Bereitschaft zu einem möglichen Schwangerschaftsabbruch, d.h. hätten von 100 der im FFS-1992 befragten in einer festen Partnerschaft lebenden Frauen mit Kindern rd. 11 vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen, waren es von 100 der im DJI-2000 befragten analogen Frauengruppe rd. 17; bei den kinderlosen Frauen mit einem Partner sank dieser Anteil 2000 gegenüber 1992 von 9,3 auf 7,5 %. Der Anteil derer mit einem ganz bestimmt gewollten Schwangerschaftsabbruch ist ebenfalls gesunken: bei den Frauen mit Kindern von 8,6 % auf 5,5 % und bei denen ohne Kinder von 7,3 % auf 6 %.

Bei beiden Frauengruppen im FFS-1992 war eine relativ hohe Verhaltensunsicherheit anzutreffen – 21,9 % (ohne Kinder) bzw. 20,4 % (mit Kindern). Diese war bei den Frauen im DJI-2000 mit 6,2 % bzw. nahezu identischen 6,7 % bei weitem niedriger (Tabelle 8).

Tab. 8: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von nicht verheirateten Frauen ohne und mit Kindern und nach der Partnerschaft in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	Mit Partner[1)]				Ohne Partner			
	ohne Kinder		mit Kindern		ohne Kinder		mit Kindern	
Von 100 der Frauen würden	1992	2000	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland								
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	59,8	80,3	58,0	69,5	47,6	68,8	41,4	56,2
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	9,3	7,5	11,1	17,4	13,7	12,7	12,3	17,6
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	7,3	6,0	8,6	5,5	4,8	7,1	15,2	11,7
- sich unsicher sein	21,9	6,2	20,4	6,7	31,5	9,5	28,7	12,7
Ostdeutschland								
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	52,6	74,5	47,9	66,4	44,2	57,0	30,1	26,2
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	13,2	14,9	15,6	15,4	14,3	17,7	15,5	30,2
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	11,8	5,0	22,9	13,9	11,7	17,7	36,9	34,2
- sich unsicher sein	19,7	5,6	13,5	3,7	29,9	7,7	17,5	9,4

[1)] Einschließlich in Scheidung lebende Frauen

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Im Vergleich zu den westdeutschen war 1992 bei den ostdeutschen in einer festen Partnerschaft lebenden Frauen ohne und mit Kindern eine geringere Bereitschaft zum Austragen eines ungewollten Kindes zu verzeichnen: für 52,6 % der kinderlosen Frauen und für 47,9 % der Frauen mit Kindern wäre dies der Fall gewesen. Diese Bereitschaft lag nun bei den im DJI-2000 befragten analogen Frauengruppen um einiges höher. So sind es jetzt bei denen ohne Kinder rd. drei Viertel und bei denen mit Kindern rd. zwei Drittel, die eine ungewollte Schwangerschaft nicht abbrechen lassen würden. Die prozentualen Unterschiede zu den westdeutschen Frauen machen somit nur noch 5,8 bzw. 3,1 Prozentpunkte aus (vgl. Tabelle 8).

Bei den ostdeutschen Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind im Jahr 2000 gegenüber 1992 sowohl bei denen ohne als auch bei denen mit Kindern die Anteile derer auffällig niedriger, die sich sicherlich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden würden: 5 % gegenüber 11,8 % (Frauen ohne Kinder) und 13,9 % gegenüber 22,9 % (Frauen mit Kindern). Dagegen sind die Prozentwerte derer, die vielleicht eine Interruption vornehmen lassen würden, fast unverändert geblieben (vgl. Tabelle 8). Wie bei den westdeutschen liegt auch bei den ostdeutschen nicht verheirateten Frauen mit einem festen Partner, egal ob sie Kinder hatten oder nicht, in der Befragung 2000 der Anteil der Verhaltensunsicheren gegenüber der Befragung 1992 um etliches niedriger: war es von

denen ohne Kinder 1992 noch rd. jede Fünfte, waren es 2000 keine 10 % mehr. Bei den Frauen mit Kindern lag dieser Wert um 9,8 Prozentpunkte niedriger (Tabelle 8).

Im Vergleich zu den eben beschriebenen Probandengruppen war 1992 sowohl in West- als auch Ostdeutschland bei den nicht verheirateten Frauen, die in keiner festen Partnerschaft lebten, jedoch bereits Kinder hatten, der Anteil derjenigen, die bei einer ungewünschten Schwangerschaft das Kind bekommen gewollt hätten, relativ niedrig: in den alten Bundesländern war es mit 41,4 % noch nicht einmal die Hälfte und in den neuen Bundesländern waren es mit 30,1 % noch weniger. Dagegen hätten 52,4 % der ostdeutschen Frauen ohne Partner, aber mit Kindern, sich vielleicht oder sicherlich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden, worunter der Anteil derer mit einem festen Entschluss zum Schwangerschaftsabbruch mit 36,9 % auffällig hoch lag. Im Vergleich hierzu wären 27,5 % der westdeutschen Frauen, darunter 15,2 % sicherlich, für eine Interruption bereit gewesen; somit liegen diese Anteile wesentlich unter denen der ostdeutschen Alleinerziehenden.

Während die potentielle Abbruchsneigung bei den im Jahr 2000 befragten westdeutschen Alleinerziehenden prozentual nur unwesentlich höher als 1992 war (29,3 zu 27,5 %), stieg diese bei den analogen ostdeutschen Frauen von 52,4 auf 64,4 %. Dies ist auf den um allein das Zweifache höheren Anteil der Frauen zurückzuführen, die vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen würden. Im Gegensatz zu allen übrigen Frauengruppen (in West und Ost) ist bei den ostdeutschen Alleinerziehenden der Anteil derer, die ein weiteres (nicht gewünschtes) Kind bekommen wollten, von 30,1 % auf 26,2 % gesunken; umgekehrt ist dieser dagegen bei den westdeutschen Alleinerziehenden von 41,1 % auf 56,2 % gestiegen (Tabelle 8).

Von den nicht verheirateten Frauen ohne Partner und ohne Kinder wollte 1992, und dies trifft für West und Ost gleichermaßen zu, noch nicht einmal die Hälfte das Kind bekommen: 47,6 % im Westen und 44,2 % im Osten. Von den im Jahr 2000 befragten Frauen ohne Partner und ohne Kinder würden nun anteilig mehr, 68,8 % der Westdeutschen und 57 % der Ostdeutschen, eine ungewünschte Schwangerschaft austragen wollen. Jedoch lässt sich im Westen eine, zwar geringfügig, und im Osten eine erheblich höhere Bereitschaft zu einem Schwangerschaftsabbruch festzustellen. D.h., waren es von den westdeutschen nicht verheirateten kinderlosen Frauen ohne festen Partner 1992 18,5 %, waren es 2000 19,8 %, was durch den nun höheren Anteil derer mit einem sichereren Entscheid für eine Interruption determiniert ist (7,1 % gegenüber 4,8 %). Von 100 der analogen ostdeutschen Frauengruppe wollten 1992 26, dagegen im Jahr 2000 rd. 35 einen Schwangerschaftsabbruch. Darunter sind die Anteile sowohl derer mit einem wahrscheinlichen Abbruch von 14,3 % auf 17,7 % als auch derer mit einem festen Entschluss zum Abbruch von 11,7 % auf ebenfalls 17,7 % gestiegen (Tabelle 8).

Wie bereits erwähnt, können diese Veränderungen im Verhalten bei einer ungewünschten Schwangerschaft nicht losgelöst von solchen sozioökonomischen Merkmalen wie Beteiligung am Erwerbsleben, finanzielle Situation, Konfessionszugehörigkeit u.ä. analysiert werden. Auf diese soll im Folgenden etwas näher eingegangen werden.

3.3 Mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen

3.3.1 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Von 100 der im FFS-1992 befragten westdeutschen Frauen waren rd. 47 erwerbstätig, rd. 2 arbeitslos, rd. 13 Auszubildende bzw. Studentinnen und rd. 36 Hausfrauen. Für die im DJI-2000 befragten westdeutschen Frauen ergibt sich Folgendes: Der Hauptteil, 53 %, der Frauen ist auch hier erwerbstätig, etwas weniger als 1992, d.h. knapp ein Drittel sind Hausfrauen. Mit rd. 9 % ist der Anteil der in einer Ausbildung bzw. einem Studium befindlichen Frauen ebenfalls niedriger. Der Arbeitslosenanteil ist jetzt mit rd. 3 % dagegen etwas höher.

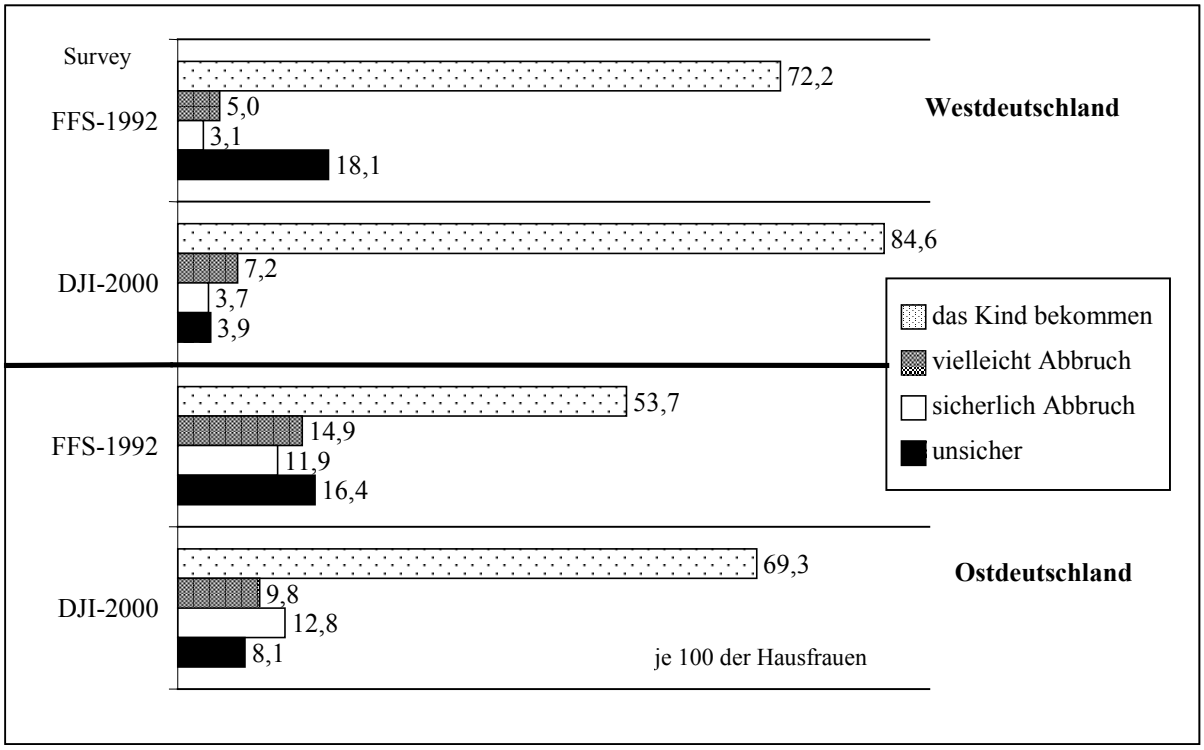
Bei den ostdeutschen Frauen war die Arbeitslosigkeit in beiden Erhebungen um ein Vielfaches höher. 1992 kamen auf 100 erwerbstätige Frauen rd. 34 und im Jahr 2000 rd. 35 Arbeitslose. Insgesamt war im ersten Befragungsjahr 1992 die Mehrheit der ostdeutschen Frauen, 58,2 %, erwerbstätig, 21,3 % waren arbeitslos, 10,7 % in einer Ausbildung bzw. einem Studium stehend. Im Vergleich zu den westdeutschen Frauen waren um ein Vielfaches weniger Ostdeutsche, d.h. „nur“ 7,2 % Hausfrauen. Dieser Hausfrauenanteil liegt bei den acht Jahre später befragten ostdeutschen Frauen erheblich höher: er beträgt jetzt 14,8 %. Demzufolge sind 2000 nur noch 55,1 % der ostdeutschen Frauen Erwerbstätige; 19,2 % Arbeitlose und 9,3 % Auszubildende/Studentinnen.

Geht man nunmehr zur Analyse der möglichen Verhaltensweisen bei ungewollten Schwangerschaften unter dem Aspekt der Erwerbsbeteiligung der Frauen über und betrachtet zunächst die Hausfrauen, so ergibt sich für diese, dass in der Befragung 1992 sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern, jedoch in unterschiedlicher Quantität, der Anteil derjenigen, die eine ungewollte Schwangerschaft austragen würden, im Vergleich zu den übrigen Probandengruppen am höchsten war: 72,2 % in den alten und 53,7 % in den neuen Bundesländern. Auch bei den im DJI-2000 befragten west- und ostdeutschen Frauen war die Bereitschaft zum Austragen der Schwangerschaft bei den Hausfrauen am höchsten. Dabei lag diese gegenüber 1992 noch höher: 84,6 % der westdeutschen und 69,3 % der ostdeutschen Hausfrauen (vgl. Abbildung 10).

Von den westdeutschen Hausfrauen des Jahres 2000 neigten etwas mehr zu einem Abbruch als die Hausfrauen des Jahres 1992: Wollten 1992 8,1 % (vielleicht/sicherlich) einen Abbruch, waren es 2000 10,9 %. Darunter stieg der Anteil derer, die sich vielleicht für einen Abbruch entschließen würden, von 5 auf 7,2 %.

Bei den ostdeutschen Hausfrauen im DJI-2000 ist dagegen die Bereitschaft für eine eventuelle Interruption um einiges niedriger als bei denen im FFS. D.h. von 100 der im FFS-1992 befragten Hausfrauen hätten sich rd. 15 vielleicht für einen Abbruch entschieden, von 100 der im DJI-2000 Befragten waren es rd. 10. Bei denen, die ganz bestimmt das Kind nicht haben wollten, liegen die Prozentwerte nur minimal auseinander: 11,9 % (1992) zu 12,8 (2000) (vgl. Abbildung 10).

Abb. 10: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von west- und ostdeutschen Hausfrauen, 1992 und 2000



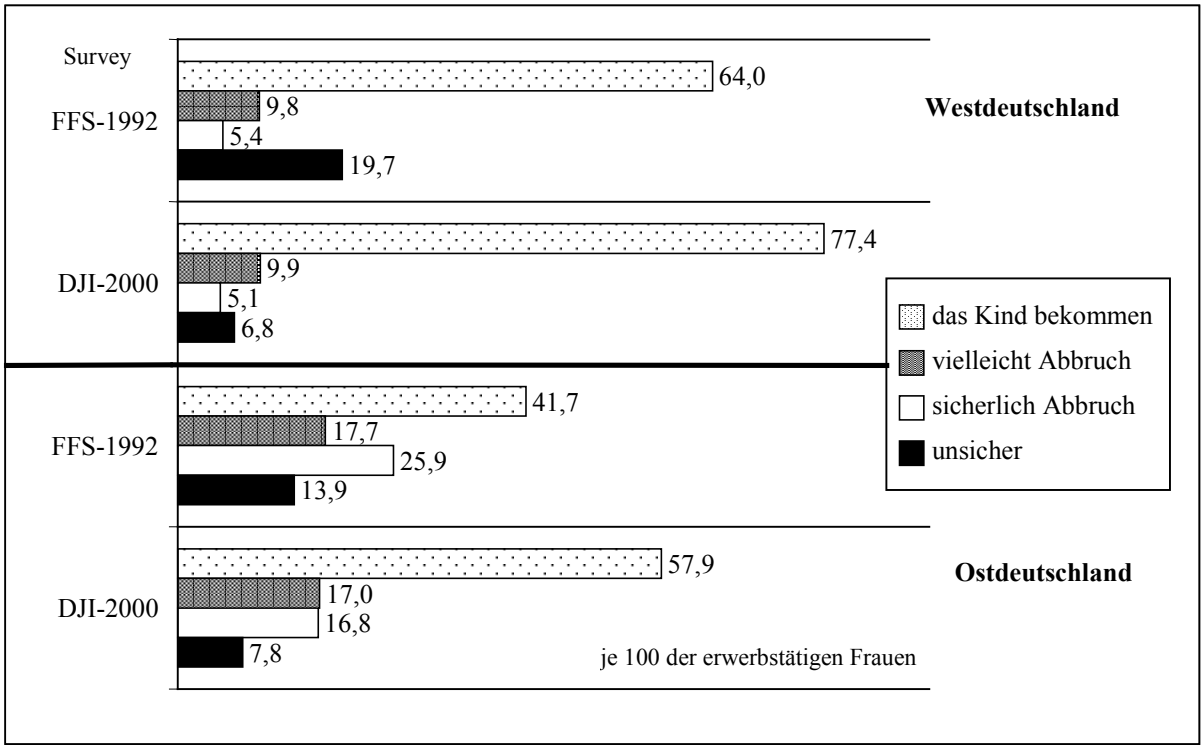
Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Während bei den westdeutschen Frauen 1992 neben den Hausfrauen auch die Erwerbstätigen noch mehrheitlich eine ungewollte Schwangerschaft ausgetragen hätten (64 %), war dies bei den ostdeutschen Frauen nicht der Fall. Hier war es mit 41,7 % noch nicht einmal die Hälfte, und dies gilt ebenso für die Auszubildenden/Studentinnen (42,4 %) und für die Arbeitslosen (43,7 %).

Betrachtet man diese Gruppen in West und Ost im Einzelnen, so ergibt sich zunächst für die Erwerbstätigen Folgendes (Abbildung 11): Bei den ostdeutschen erwerbstätigen Frauen lag der Unsicherenanteil 2000 gegenüber 1992 um einiges niedriger, 7,8 gegenüber 13,9 %. Hinzu kommt zudem ein niedrigerer Prozentwert der erwerbstätigen Frauen, die sich sicherlich für einen Abbruch entschieden hätten: waren es 1992 noch 25,9 %, waren es 2000 16,8 %. Die Anteile derer, die vielleicht eine Interruption vornehmen lassen würden, blieben mit 17,7 % (1992) und 17 % (2000) nahezu gleich. Insgesamt liegt somit bei den erwerbstätigen Frauen des Jahres 2000 die Bereitschaft zum Austragen einer nicht gewünschten Schwangerschaft gegenüber der der Frauen des Jahres 1992 um allein 38,8 % höher.

Von den westdeutschen erwerbstätigen Frauen im DJI-2000 wollten 77,4 % das Kind bekommen; dies sind gegenüber denen in FFS-1992 um 20,9 % mehr. Die Anteile derer mit einem wahrscheinlichen und derer mit einem sicherlich gewünschten Schwangerschaftsabbruch sind nahezu unverändert geblieben (vgl. Abbildung 11). Dagegen sind in der zweiten im Vergleich zur ersten Befragung bei weitem weniger Verhaltensunsichere anzutreffen: Wussten 1992 von den erwerbstätigen Frauen 19,7 % nicht, wie sie sich bei einer ungewollten Schwangerschaft entscheiden würden, betrug dieser Anteil bei den Frauen im DJI-2000 nur noch 6,8 %.

Abb. 11: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von erwerbstätigen Frauen West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

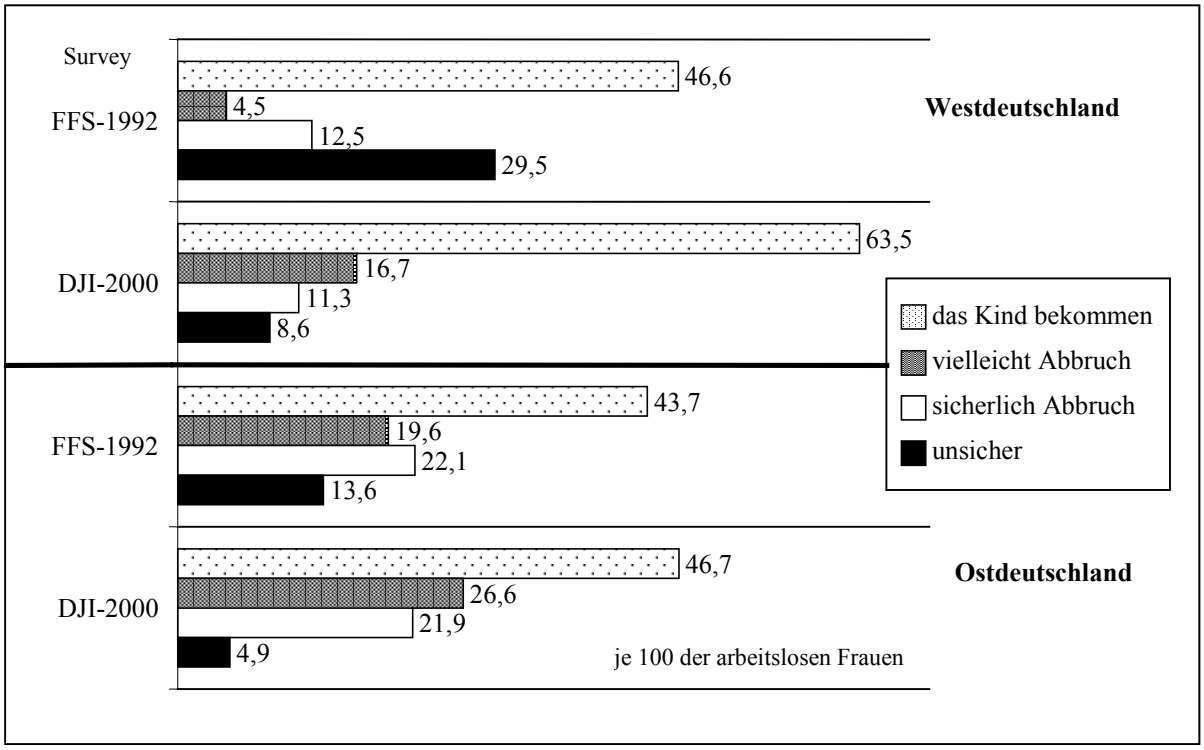


Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Von den westdeutschen Frauen, die zum Zeitpunkt der Erhebung 1992 arbeitslos waren, würden nur 46,6 % das Kind bekommen wollen; 29,5 % von ihnen wussten nicht, wie sie sich in diesem Falle verhalten hätten und 17 % hätten die Schwangerschaft, darunter 12,5 % sicherlich, abbrechen lassen. Die acht Jahre später befragten arbeitslosen Frauen in Westdeutschland wären eher bereit, eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen: Ihr Anteil macht jetzt 63,5 % aus. Auffällig ist jedoch der zugleich höhere Prozentwert derer, die sich vielleicht für einen Abbruch entscheiden würden – 16,7 % gegenüber wenige 4,5 % im Jahr 1992. Mit Bestimmtheit eine Interruption wollten im Vergleich zu 1992 um 9,6 % weniger Frauen. Bei weitem weniger als im FFS-1992 sind im DJI-2000 in ihrem Verhalten unsichere arbeitslose Frauen anzutreffen (vgl. Abbildung 12).

Im Vergleich zu den alten Bundesländern war der Prozentsatz der ostdeutschen arbeitslosen Frauen im Erhebungsjahr 1992, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch vielleicht oder sicherlich entscheiden würden, mit 41,7 % um ein Vielfaches höher. Während bei den im DJI-2000 befragten Arbeitslosen der Anteil derjenigen mit einer Option für einen sicheren Abbruch nahezu unverändert ist: 21,9 % gegenüber 22,1 % (1992), liegt dagegen der Anteil derer, die vielleicht einen Schwangerschaftsabbruch wollen, jetzt um 35,7 % wesentlich höher. Somit weisen die ostdeutschen arbeitslosen Frauen auch die vergleichsweise geringste Veränderung in der Bereitschaft, das Kind bekommen zu wollen, auf: Waren es von denen im FFS-1992 43,7 % sind es von denen im DJI-2000 46,7 %, (Abbildung 12).

Abb. 12: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von arbeitslosen Frauen West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000



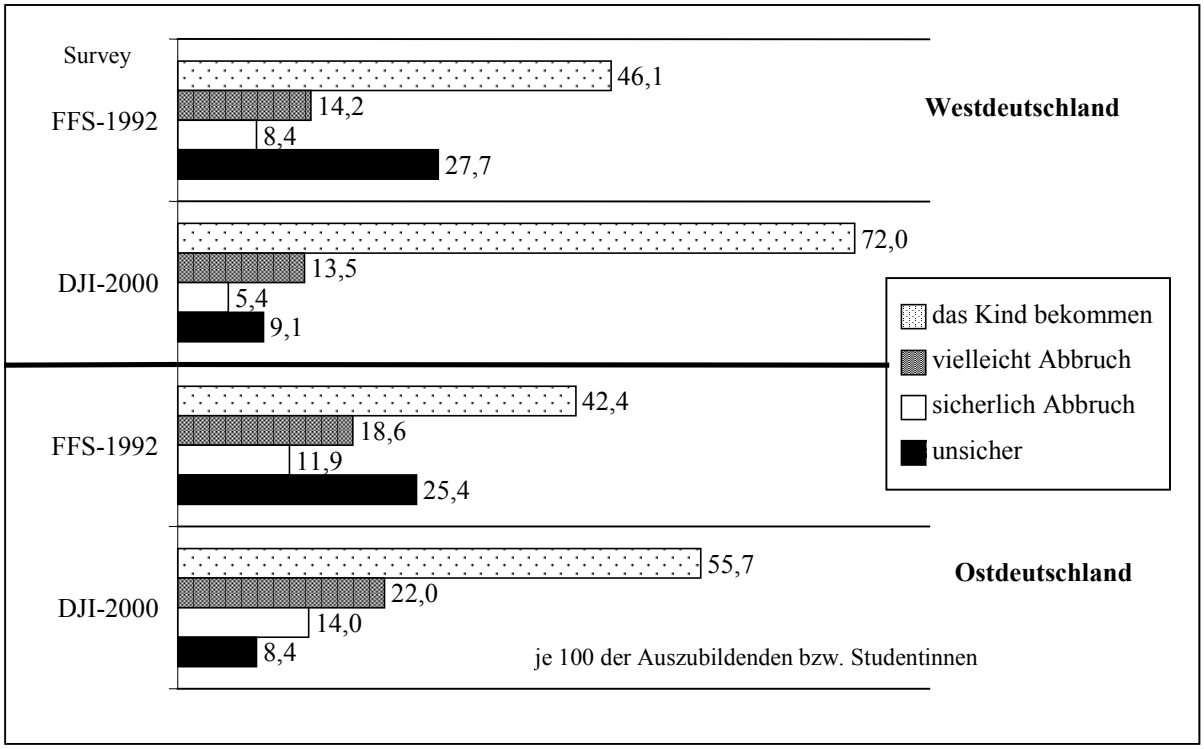
Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Wie bei den arbeitslosen Frauen scheint auch bei den in der ersten Erhebung befragten Auszubildenden und Studentinnen die Geburt eines ungewollten Kindes nicht wünschenswert gewesen zu sein: So hätten von den westdeutschen Frauen im Falle einer ungewollten Schwangerschaft nur 46,1 % das Kind behalten wollen, 14,2 % hätten vielleicht und 8,4 % sicherlich eine Interruption durchführen lassen. Auffällig hoch war zudem mit 27,7 % der Anteil derer, die sich bei einer ungewollten Schwangerschaft nicht sicher waren, wofür sie sich entschließen würden (Abbildung 13).

Ein etwas anderes Bild ist bei den im FFS-1992 erfassten ostdeutschen Auszubildenden und Studentinnen zu verzeichnen. Hier würde mit 42,4 % ebenfalls nicht einmal die Hälfte ein ungewolltes Kind bekommen wollen. Jedoch waren im Vergleich zu den Westdeutschen anteilig mehr zu einem Schwangerschaftsabbruch bereit: 18,6 % vielleicht und 11,9 % sicherlich. Ins Auge fällt (wie auch bei den westdeutschen Frauen) der relativ hohe Prozentsatz an Verhaltensunsicheren von rd. einem Viertel (Abbildung 13). Bei sowohl den westdeutschen als auch ostdeutschen Auszubildenden/Studentinnen ist der Unsicherenanteil im DJI-2000 um ein Vielfaches niedriger: 9,1% der westdeutschen und 8,4 % der ostdeutschen Frauen.

Im Westen ist die Mehrheit der zum Zeitpunkt des DJI-2000 in einer Ausbildung bzw. einem Studium befindlichen Frauen, 72 %, bereit, eine ungewollte Schwangerschaft austragen zu wollen; gegenüber 1992 sind dies beachtliche 56,2 % mehr. Somit ist auch eine geringere Abbruchsneigung bei diesen Frauen gegeben (vgl. Abbildung 13).

Abb. 13: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von Auszubildenden und Studentinnen, West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000



Datenquelle: FFS und DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Diese Entwicklung ist bei den im DJI-2000 befragten ostdeutschen Auszubildenden/Studentinnen im Vergleich zum FFS-1992 gegenläufig: Zwar liegt der Anteil derer, die eine ungewünschte Schwangerschaft nicht abbrechen lassen würden, mit 55,7 % höher. Gestiegen ist allerdings auch die Abbruchsneigung: 22 % würden vielleicht und 14 % sicherlich einen Abbruch bevorzugen; dies sind somit gegenüber 1992 um 18,3 bzw. 17,6 % mehr (vgl. Abbildung 13).

Gerade bei dieser Probandengruppe (und dies gilt auch für die analoge westdeutsche Gruppe) kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die relativ hohe potentielle Abbruchsneigung weniger als ein genereller Verzicht auf Kinder, sondern vielmehr als ein zeitlicher Aufschub der Geburt von Kindern (hier aus Gründen der noch laufenden Ausbildung) zu interpretieren ist.

3.3.2 nach der Einschätzung der finanziellen Lage

Sowohl in West- als auch Ostdeutschland sind in der Erhebung 2000 mehr mit ihrer finanziellen Situation zufriedene Frauen anzutreffen als in der Erhebung 1992. So liegt der Anteil derer, die ihre finanzielle Situation für sehr gut bzw. gut halten, bei den westdeutschen Frauen im DJI-2000 bei 70,5 % gegenüber 57,5 % der im FFS-1992 befragten Frauen; in Ostdeutschland machte dieser Unterschied 53,3 % zu 38,8 % aus, womit, trotz dieser positiven Entwicklung, bei den ostdeutschen Frauen weiterhin ein gegenüber den westdeutschen Frauen um etliches geringerer Zufriedenenanteil zu verzeichnen ist, Dies steht u.a. in engem Bezug zu dem weitaus höheren ostdeutschen Arbeitslosenanteil[12]. Somit sind in Ostdeutschland auch im Vergleich zu Westdeutschland relativ mehr mit der

[12] Zu bedenken ist zudem, dass in den neuen Bundesländern die Löhne/Gehälter derzeitig im Schnitt nur 90 % des Westniveaus ausmachen.

finanziellen Situation weniger Zufriedene festzustellen. Im FFS-1992 schätzten 11 % der westdeutschen und 24,1 % der ostdeutschen Frauen ihre Finanzlage als weniger gut bzw. schlecht ein. Dieser Anteil machte bei den im DJI-2000 befragten Frauen 6,1 % (West) und 14,6 % (Ost) aus, lag demnach gegenüber der ersten Erhebung um einiges niedriger. Gesunken ist zudem der Anteil der Befragten mit einer eher ambivalenten Haltung (weder gut noch schlecht) zu ihrer Finanzlage: gegenüber 1992 sind dies bei den westdeutschen Frauen um 25,7 % und bei den ostdeutschen Frauen um 13,5 %.

In der Analyse der Verhaltensweisen bei unerwünschter Schwangerschaft in Kombination mit der Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation sollen nur die beiden „Extrem"-Gruppen „sehr gut/gut" und „weniger gut/schlecht" gegenübergestellt werden.

Beide Erhebungen ergeben sowohl für West- als auch für Ostdeutschland eindeutig, dass die Frauen mit einer positiven Bewertung ihrer finanziellen Lage eher bereit sind, das Kind bei einer nicht gewollten Schwangerschaft behalten zu wollen. So wollten dies im FFS 1992 67,9 % der westdeutschen Befragten, die ihre finanzielle Lage als sehr gut/gut, dagegen nur 53,8 % derjenigen, die diese als weniger gut/schlecht bezeichneten; bei den ostdeutschen Frauen betrug dieser Unterschied 47,6 % zu 39,6 %. Bei den im DJI-2000 befragten west- und ostdeutschen Frauen lässt sich eine insgesamt höhere Bereitschaft zum Austragen einer nicht gewünschten Schwangerschaft feststellen. Und dies gilt sowohl für die Frauen mit einer günstigen als auch für diejenigen mit einer weniger günstigen Einschätzung der finanziellen Lage. Allerdings sind die Anteile der Frauen, die das Kind bekommen wollen, bei der erstgenannten Gruppe weitaus höher: Würden von den im Jahr 2000 befragten westdeutschen Frauen, die ihre finanzielle Situation als sehr gut/gut einschätzen, 81,1 % das Kind behalten wollen, sind es von denen mit einer weniger guten bzw. schlechten Bewertung ihrer Finanzen 63 %; bei den analogen ostdeutschen Frauengruppen machen diese Anteile jetzt 62 % bzw. 51,7 % aus (Tabelle 9).

Tab. 9: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft und Einschätzung der finanziellen Lage der Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	Die finanzielle Lage ist:			
	sehr gut/gut		weniger gut/schlecht	
Von 100 der Frauen würden	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland				
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	67,9	81,1	53,8	63,0
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	8,0	9,0	11,0	14,1
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	3,8	4,0	9,0	15,2
- sich unsicher sein	18,7	5,4	22,6	6,0
Ostdeutschland				
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	47,6	62,0	39,6	51,7
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	18,5	16,2	17,8	19,2
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	20,2	13,6	26,7	25,0
- sich unsicher sein	12,8	7,6	14,7	4,1

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Das bedeutet umgekehrt, dass die Frauen mit einer weniger positiven Einschätzung der finanziellen Lage eine höhere Bereitschaft zur Interruption aufweisen. Von den westdeutschen Frauen im FFS-1992, die ihre finanzielle Situation als ungünstig ansahen, wollte jede Fünfte, darunter 9 % sicherlich, eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen lassen. Im Gegensatz dazu waren es von denen mit einer positiven Bewertung ihrer Finanzen 11,8 %, darunter wenige 3,8 % mit einem sehr wahrscheinlichen Entscheid für eine Interruption.

Bei im Vergleich zu den westdeutschen Frauen insgesamt weitaus höheren Anteilen lagen 1992 diese prozentualen Unterschiede zwischen den analogen ostdeutschen Probandengruppen nicht so weit auseinander: Von den Frauen mit einer nicht so guten Bewertung ihrer Finanzen wollten 44,5 %, darunter 26,7 % sicherlich, einen Abbruch; von den Frauen mit einer günstigen Bewertung waren es 38,7 %, darunter 20,2 % sicherlich (Tabelle 9).

Während bei den im DJI-2000 befragten westdeutschen Frauen die potentielle Abbruchsneigung bei denen, die ihre finanzielle Lage für sehr gut/gut halten, im Vergleich zu 1992 mit um 10,2 % nicht ganz so stark gestiegen ist, ist bei den Frauen mit einer weniger guten bzw. schlechten Einschätzung ihrer Finanzen eine auffällig höhere Bereitschaft zu einer Interruption gegeben: 14,1 % wollten vielleicht und 15,2 % sicherlich einen Schwangerschaftsabbruch; im Vergleich zur analogen Frauengruppe des FFS-1992 sind dies um 28,2 bzw. um beachtliche 68,9 % mehr.

Bei den ostdeutschen Frauen lassen sich noch stärkere Veränderungen feststellen. So sind von den im DJI-2000 befragten Frauen mit einer positiven Beurteilung ihrer Finanzlage 29,8 %, darunter 13,6 % sicherlich zu einem Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft bereit; und dies sind gegenüber 1992 um 23, darunter um 32,7 % (sicherlich) weniger. Fast gleich hoch ist allerdings die Abbruchsneigung bei den Frauen geblieben, die ihre finanzielle Lage für weniger gut/schlecht bewerten. D.h. von 100 dieser im DJI-2000 befragten Frauen würden rd. 44, darunter ein Viertel sicherlich, einen Abbruch vornehmen lassen (Tabelle 9).

Anhand dieser Ergebnisse kann man folgern, dass die finanzielle Situation eher für einen Abbruch einer nicht gewünschten Schwangerschaft ausschlaggebend ist als eine veränderte Gesetzeslage zum § 218, die jedoch den Entschluss zu einer Interruption sowohl unterstützen als auch erschweren kann.

3.4 Mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft nach der Religiosität

3.4.1 nach der Konfessionszugehörigkeit

Im FFS-1992 waren von 100 der westdeutschen Frauen 45 evangelisch und (ebenso viele) 45 katholisch; 7 gehörten keiner Konfession an. Dagegen waren von 100 der ostdeutschen Frauen 73 konfessionslos, rd. jede Fünfte war evangelisch und nur 5 katholisch.

Von den im DJI-2000 befragten westdeutschen Frauen gehören 11,9 % keiner Konfession an, 37,2 % sind katholisch und 44,2 % evangelisch. Bei den ostdeutschen Frauen liegt der Anteil der Konfessionslosen mit 80,3 % gegenüber 1992 noch höher, 15,1 % gehören der evangelischen und 2,8 % der katholischen Kirche[13] an.

Anhand der Ergebnisse des FFS-1992 lässt sich sowohl für die alten als auch neuen Bundesländer eindeutig feststellen, dass die katholischen und evangelischen Frauen im Vergleich zu denen, die

[13] Die Fallzahl beträgt hier nur 12, so dass die Interpretation der Befragungsergebnisse dieser Probandengruppe im DJI-2000 nur als tendenziell zu werten ist.

keinerlei Glaubensrichtung angehörten, eher dazu bereit waren, eine nicht gewünschte Schwangerschaft auszutragen. Dabei hatten die Katholikinnen die höchsten Anteile zu verzeichnen. 67,3 % der westdeutschen Katholikinnen wollten das Kind einer ungewollten Schwangerschaft behalten; mit 63,4 % war es von denen, die evangelisch sind, zwar etwas weniger, aber ebenfalls fast zwei Drittel. Immerhin 52 % der Frauen, die keiner Konfession angehören, würden die Schwangerschaft austragen. Dagegen würden sich von den Konfessionslosen 21 % zu einem Abbruch, darunter 9,3 % sicherlich, entschließen, von den evangelischen Frauen waren es 14,9 %, darunter 5,6 % sicherlich, und von den katholischen Frauen 11,2 %, darunter wenige 4 % sicherlich (Tabelle 10).

Ein ähnliches Bild ergab sich bei den im FFS-1992 befragten ostdeutschen Frauen. Allerdings muss hier nochmals vermerkt werden, dass der Anteil der Befragten, die einer Konfession angehörten, mit noch nicht einmal einem Viertel sehr niedrig war.

Auch in Ostdeutschland weisen die katholischen Frauen (bei allerdings im Vergleich zu den Westdeutschen insgesamt niedrigen Prozentwerten) den höchsten Anteil derer auf, die eine nicht geplante Schwangerschaft austragen würden: Waren es von ihnen 58 %, waren es von den evangelischen Befragten 45,9 % und von denen ohne Konfession 41,2 %. Auffällig waren, im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen, die Unterschiede zwischen den katholischen und evangelischen Probandinnen, die mit Sicherheit die Schwangerschaft abgebrochen hätten: 8 % der katholischen, dahingegen 21,1 % der evangelischen Frauen. Von den Frauen ohne eine Glaubensrichtung wären, im Vergleich zu den evangelischen Frauen nicht erheblich mehr, 24,6 %, ganz bestimmt für einen Abbruch gewesen; insgesamt betrachtet, lag jedoch deren potentielle Abbruchsneigung im Vergleich zu den beiden anderen Frauengruppen mit 44,5 % am höchsten. Von den evangelischen Frauen hätten 33,5 % und von den Katholikinnen 24 % vielleicht oder sicherlich eine Interruption vornehmen lassen (Tabelle 10).

Tab. 10: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft nach der Konfessionszugehörigkeit der Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	Konfession: katholisch		evangelisch		keine	
Von 100 der Frauen würden	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland						
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	67,3	82,7	63,4	76,5	52,0	66,9
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	7,2	9,0	9,3	9,6	11,7	11,9
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	4,0	2,9	5,6	5,5	9,3	11,8
- sich unsicher sein	20,7	4,8	19,6	7,7	23,8	8,3
Ostdeutschland						
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	58,0	76,6	45,9	62,9	41,2	54,1
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	16,0	10,4	12,4	16,2	19,9	19,1
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	8,0	13,0	21,1	10,0	24,6	19,4
- sich unsicher sein	16,0	0,0	18,4	8,9	13,6	7,4

[+] Die Fallzahlen der ostdeutschen Katholikinnen waren für 2000 nicht repräsentativ

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Für die im DJI-2000 befragten Frauen trifft ebenso zu, dass die der katholischen Kirche angehörenden west- und ostdeutschen Frauen am ehesten zum Austragen einer nicht gewollten Schwangerschaft bereit sind. Dabei liegen bei ihnen, aber auch bei den evangelischen Frauen und denen ohne Konfession die Anteile gegenüber 1992 höher. So wollen jetzt in Westdeutschland 82,7 % der katholischen, 76,5 % der evangelischen und 66,9 % der Frauen ohne Kirchenzugehörigkeit das nicht geplante Kind bekommen. Diese höheren Anteile sind größtenteils auf die weitaus niedrigeren Prozentwerte an Unsicheren zurückzuführen. Waren z.B. 19,6 % der im FFS-1992 befragten evangelischen Frauen sich ihres Verhaltens bei einer ungewollten Schwangerschaft nicht sicher, sind es von denen im DJI-2000 Befragten 7,7 % (vgl. Tabelle 10).

Hinsichtlich der potentiellen Abbruchsneigung sind bei allen westdeutschen Frauen 2000 gegenüber 1992 keine auffälligen prozentualen Unterschiede festzustellen. D.h. die katholischen Frauen neigen weiterhin am wenigsten, dagegen die Frauen, die keinerlei Glaubensrichtung angehören, am ehesten dazu, eine ungewünschte Schwangerschaft nicht austragen zu wollen (vgl. Tabelle 10).

Etwas anders stellt sich dies für die ostdeutschen Frauen dar. Wie bereits erwähnt, weisen auch hier die im DJI-2000 befragten Frauen, egal ob sie einer Konfession angehören oder nicht, im Vergleich zu 1992 beachtlich höhere Anteile derer auf, die ein ungewolltes Kind trotzdem bekommen wollen würden: 76,6 % der Katholikinnen, 62,9 % der evangelischen Frauen und 54,1 % der Frauen ohne Konfession; dies entspricht einem relativen Anstieg gegenüber 1991 von um 32,1, 37 und 31,3 %. Abgesehen davon, dass diese höheren Anteile ebenfalls den niedrigeren Unsicherenanteilen geschuldet sind, ist dies, im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen, zudem insgesamt niedrigere Anteile der Abbruchswilligen (insbesondere der fest Entschlossenen) zurückzuführen. So würden von den evangelischen und den keiner Kirche angehörigen Frauen, im Vergleich zu den analogen Frauengruppen des Jahres 1992, um 21,8 bzw. 13,5 % weniger einen Abbruch und darunter um (allein) 52,6 bzw. 21,1 %e weniger ganz bestimmt einen Abbruch einem Austragen der Schwangerschaft vorziehen (Tabelle 10).

Wie bei dem Zufriedenheitsmaß mit der finanziellen Lage kann man auch hier annehmen, dass für die Option für oder gegen das Austragen einer ungewollten Schwangerschaft eher die jeweilige Konfessionszugehörigkeit als eine veränderte Gesetzeslage zum § 218 maßgebend ist. Deutlich wird dies auch, untersucht man das mögliche Verhalten bei einer nichtgewünschten Schwangerschaft unter dem Aspekt, welche Rolle Gott im persönlichen Leben der Frauen spielt.

3.4.2 nach der Wichtigkeit von Gott im persönlichen Leben

Auf die Frage „Wie wichtig ist Gott in ihrem Leben?“ antworteten von 100 der westdeutschen Frauen im FFS-1992 rd. 39, das ist „sehr bzw. ziemlich wichtig“, rd. 27 mit „ziemlich bzw. völlig unwichtig“, und für rd. 34 war dies weder wichtig noch unwichtig. Bei den acht Jahre später im DJI-2000 befragten Frauen lag der Prozentsatz derer, für die Gott in ihrem Leben sehr/ziemlich wichtig ist, mit 47,2 % höher, dagegen mit 21,8 % „ziemlich/völlig unwichtig“ und mit 31 % „weder/noch“ niedriger.

Für die Mehrheit der ostdeutschen Frauen spielte sowohl im FFS-1992 (73,6 %) als auch im DJI-2000 (76,9 %) Gott eine nur geringe bzw. gar keine Rolle; für nur wenige 10,4 % bzw. 9,9 % der Frauen war Gott wichtig. 16,1 % der Frauen im FFS-1992 und 13,2 % derer im DJI-2000 hatten eine ambivalente Haltung.

Die zuletzt genannte, ebenso die analoge westdeutsche, Gruppe soll bei der folgenden Analyse unberücksichtigt bleiben. Vorab sei zudem festgehalten, dass die Frauen, die der katholischen Kirche angehören, den vergleichsweise höchsten Anteil derer aufweisen, denen Gott in ihrem Leben sehr

bzw. ziemlich wichtig ist. Ein Beispiel aus dem DJI-2000 soll an dieser Stelle genügen. Sehr bzw. ziemlich wichtig in ihrem Leben war Gott für 55,7 % der westdeutschen katholischen, 41,6 % der evangelischen, dagegen nur für 22,7 % der Frauen ohne Konfession.

Betrachtet man die möglichen Verhaltensweisen bei einer ungewollten Schwangerschaft zum einen von Frauen, für die Gott im Leben eine wichtige Rolle spielt, und zum anderen von Frauen, für die dies nicht zutrifft, so ergibt sich Folgendes.

Im FFS-1992 waren sowohl in West- als auch in Ostdeutschland unter jenen, für die Gott im Leben sehr bzw. ziemlich wichtig ist, weitaus mehr bereit, ein ungewolltes Kind trotzdem bekommen zu wollen, als unter denjenigen Frauen, für die Gott unwichtig ist: 74,6 % gegenüber 49,5 % (West) bzw. 63,5 % gegenüber 39,7 % (Ost). Dementsprechend groß sind die prozentualen Unterschiede bei den Abbruchswilligen. Von den westdeutschen Frauen, die Gott für ihr Leben als wichtig ansahen, wollten relativ wenige, 8,4 %, darunter 2,4 % sicherlich, einen Abbruch. Dagegen waren 21,6 % der Frauen, für die Gott ohne Bedeutung war, für eine Interruption, darunter 9,7 % sicherlich. Bei den analogen ostdeutschen Frauengruppen lagen diese Anteile gegenüber dem Westen insgesamt höher. Aber auch hier sind die religiösen Frauen weniger abbruchswillig. D.h. von ihnen wollten 21,9 %, darunter 10,4 % sicherlich, einen Abbruch. Die Anteile bei den nicht religiösen Frauen lagen dagegen mit 44,1 bzw. 25,4 % bei weitem höher (Tabelle 11).

Tab. 11: Mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft nach der Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben bei Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	Gott ist sehr/ziemlich wichtig		Ziemlich/völlig unwichtig	
Von 100 der Frauen würden	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland				
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	74,6	84,2	49,5	67,4
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	6,0	7,2	11,9	14,0
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	2,4	3,5	9,7	9,4
- sich unsicher sein	15,6	4,8	26,4	8,0
Ostdeutschland				
- vermutlich das Kind bekommen und behalten	63,5	78,8	39,7	52,9
- vielleicht die Schwangerschaft abbrechen lassen	11,5	7,7	18,7	20,2
- sicherlich die Schwangerschaft abbrechen lassen	10,4	10,4	25,4	20,2
- sich unsicher sein	12,5	3,1	15,3	6,3

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Bei den acht Jahre später im DJI-2000 befragten west- und ostdeutschen Frauen lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen. Ganz allgemein gesehen ist jedoch bei allen, egal ob Gott für sie wichtig oder unwichtig ist, eine höhere Bereitschaft zum Austragen einer nicht gewünschten Schwangerschaft gegeben. Bei den westdeutschen Frauen ist dies einem gegenüber 1992 bei weitem niedrigeren Anteil

an Verhaltensunsicheren geschuldet: War z.B. von den Frauen, für deren Leben Gott so gut wie keine Rolle spielt, im FFS-1992 etwas über ein Viertel sich ihres Verhaltens bei einer ungewollten Schwangerschaft nicht sicher, macht dieser Anteil bei diesen Frauen im DJI-2000 keine 10 % aus (vgl. Tabelle 11). Höher gegenüber 1992 ist bei beiden westdeutschen Frauengruppen der Anteil derer, die zu einem Abbruch tendieren würden: um 27,4 % bei den Frauen, für die Gott eine wichtige Rolle spielt, und (etwas weniger) um 8,3 % bei den Frauen, für die Gott unwichtig ist. Bei den Letzteren ist dieser höhere Prozentwert dem um 17,6 % höheren Anteil derjenigen geschuldet, die vielleicht eine Interruption vornehmen lassen würden (vgl. Tabelle 11).

Im Gegensatz dazu sind die im DJI-2000 befragten ostdeutschen Frauen insgesamt weniger zu einem Abbruch bereit als die im FFS-1992 Befragten. Allerdings beruht dies bei den Frauen, für deren Leben Gott wichtig ist, ausschließlich auf dem um ein Drittel niedrigeren Anteil derer mit einem „Vielleicht-Abbruch"; die Anteile der Frauen, die sicherlich die Schwangerschaft abbrechen würden, sind dagegen mit 10,4 % unverändert geblieben. Bei den Frauen, die Gott für nicht wichtig ansehen, liegen die Anteile derer, die vielleicht eine Interruption vorziehen würden, zwar um 8 % höher, jedoch sind die Anteile derer, die ganz bestimmt einen Abbruch wollen, stark um 20,5 % gesunken. Somit ist bei diesen Frauen letztendlich eine höhere Bereitschaft zum Austragen eines Kindes gegeben. Dies ist zudem, und dies gilt ebenso für die religiösen Frauen, dem um ein Vielfaches niedrigeren Unsicheren-Anteil geschuldet (vgl. Tabelle 11). Von den Frauen, denen Gott im Leben wichtig ist, sind es gegenüber 1992 um 24,1 % mehr, die das Kind bekommen wollen, und von den nicht religiösen Frauen sind es um 33,2 % mehr (vgl. Tabelle 11).

Insgesamt wird deutlich, und dies bestätigen auch andere Untersuchungsergebnisse (siehe u.a. *Voll* 2001), dass eine hohe Religiosität der Frauen einen durchaus günstigen Einfluss auf deren mögliches Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft ausüben kann.

Abschließend kann man zu dem Kapitel „Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft" festhalten, dass im Jahr 2000, zum Zeitpunkt einer für West- und Ostdeutschland einheitlich existierenden Gesetzeslage zum § 218, eine allgemein höhere Bereitschaft besteht, eine nicht gewünschte Schwangerschaft austragen zu wollen, als 1992, zu Zeiten einer im Westen praktizierten Indikationen-, im Osten dagegen praktizierten Fristenlösung. Und gerade von den 1992 Befragten war ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz sich ihres Verhaltens bei einer eventuell ungewollten Schwangerschaft nicht sicher. Dieser Anteil lag bei den später befragten Frauen bei weitem niedriger und dies – insbesondere in Ostdeutschland – zu Gunsten eines höheren Anteils der zum Austragen der Schwangerschaft bereiten Frauen. Wenngleich sie aktuell gering ist, liegt die Abbruchsneigung im Osten im Vergleich zum Westen immer noch höher.

4. Die Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen, 1992 und 2000

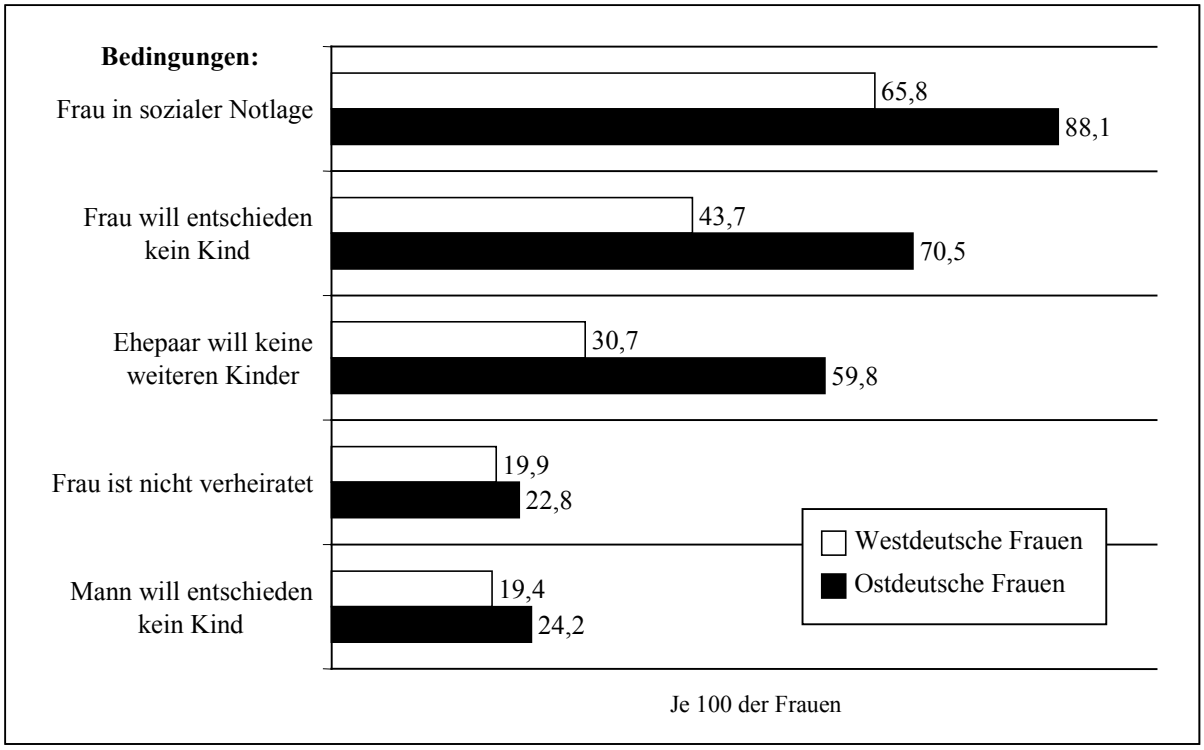
4.1 Allgemeiner Überblick

Bei der Fragestellung, unter welchen Bedingungen ein Schwangerschaftsabbruch akzeptiert bzw. gebilligt werden würde, lässt sich sowohl für die im FFS-1992 als auch im DJI-2000 befragten Frauen ganz allgemein feststellen, dass die ostdeutschen Frauen Schwangerschaftsabbrüche unter allen in den Fragebögen vorgegebenen möglichen Bedingungen, wenngleich mit unterschiedlicher Quantität, eher akzeptieren würden als die westdeutschen Frauen.

Betrachtet man hierzu als erstes die Befragungsergebnisse des FFS-1992, so ergibt sich Folgendes.

Am ehesten würden sowohl die west- als auch ostdeutschen Frauen einen Schwangerschaftsabbruch akzeptieren, wenn sich die Frau in einer sozialen Notlage befindet. So würden hier 65,8 % der westdeutschen und mit 88,1 % die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Frauen für einen Abbruch sein. Auffällig sind zudem die prozentualen Unterschiede bei dem für einen Schwangerschaftsabbruch gegebenen Anlass „wenn eine Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will“: Hier hätte mit 43,7 % der westdeutschen Frauen noch nicht einmal die Hälfte, dagegen mit 70,5 % die Mehrheit der ostdeutschen Frauen einen Abbruch gebilligt. Auch bei der Bedingung „wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte“ differierte die Akzeptanzbreite: 30,7 % der Westdeutschen, dagegen 59,8 % der Ostdeutschen würden hier einer Interruption zustimmen. Etwas näher lagen die Prozentwerte bei den west- und ostdeutschen Frauen nur bei der Frage „Frau ist nichtverheiratet“ (19,9 % bzw. 22,8 %). und „Mann will kein Kind“ (19,4 % bzw. 24,2 %). Der zuletzt genannte Grund wurde insgesamt im Vergleich zu den anderen im FFS vorgegebenen akzeptablen Gründen von den west- und ostdeutschen Befragten am wenigsten für einen Abbruch gebilligt (Abbildung 14).

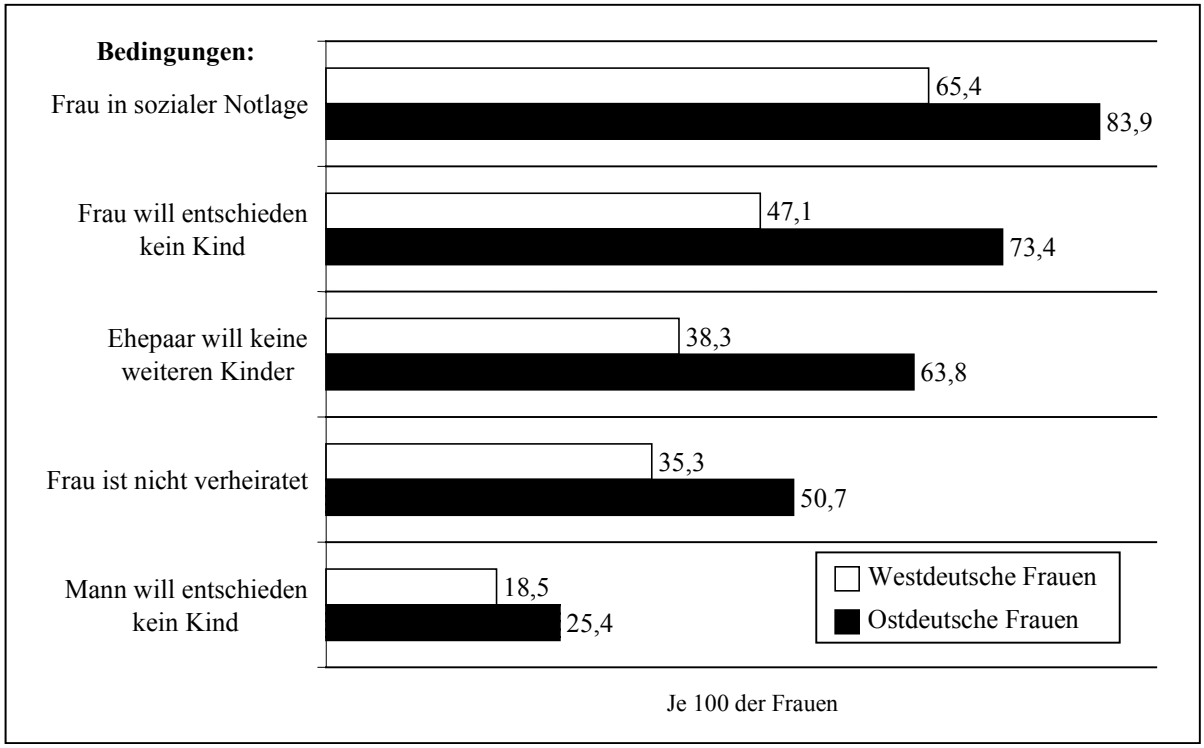
Abb. 14: Allgemeine Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs[1)] in West- und Ostdeutschland, 1992



[1)] von 100 der Befragten antworteten mit „ja, akzeptiere“; dies gilt für alle folgenden Ausführungen

Datenquelle: FFS; BiB, J. Roloff

Abb. 15: Allgemeine Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs in West- und Ostdeutschland, 2000



Datenquelle: DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Abbildung 15, die die Einstellungen von im DJI-2000 befragten Frauen zum Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen aufzeigt, bestätigt ebenfalls die Tatsache, dass ostdeutsche eher als westdeutsche Frauen geneigt sind, einen Schwangerschaftsabbruch zu akzeptieren.

Im Einzelnen betrachtet differieren die Akzeptanzanteile der im DJI-2000 befragten Frauen zum Teil wesentlich zu denen der acht Jahre früher im FFS befragten Frauen. So lässt sich bei folgenden Bedingungen eine höhere bzw. niedrigere Akzeptanz feststellen (Differenz: DJI-2000 gegenüber FFS-1992 in +/- Prozent):

	West	Ost
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	+24,8	+6,7
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	+7,8	+4,1
- wenn die Frau sich in sozialen Notlage befindet	-0,6	-4,8
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	-4,6	+5,0

Auffällig ist die bei den westdeutschen Frauen um rd. ein Viertel gestiegene Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs in dem Falle, wenn ein Ehepaar keine weiteren Kinder haben möchte; bei den ostdeutschen Frauen machte dieser relative Anstieg „nur“ 6,7 % aus.

Besonders zu erwähnen sind die starken Abweichungen in den Einstellungen sowohl der west- als auch ostdeutschen Frauen zum Schwangerschaftsabbruch, „wenn die Frau nicht verheiratet ist“: Hätten von den westdeutschen Frauen im FFS-1992 19,9 % dann einen Schwangerschaftsabbruch

gebilligt, waren es von den Frauen im DJI-2000 35,3 %, d.h. um beträchtliche 77,4 % mehr. Bei den analogen ostdeutschen Frauengruppen ist dieser Unterschied noch stärker: 50,7 % (2000) gegenüber 22,8 % (1992), d.h. um über das Zweifache mehr. Kurz gesagt: Die Frauen sind jetzt in einem überaus stärkerem Maße bereit, diese Begründung für einen Schwangerschaftsabbruch zu akzeptieren (vgl. Abbildungen 14 und 15).

Was gerade zu dieser veränderten Einstellung geführt haben könnte, soll anhand der nachfolgenden Analyse der Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen im Zusammenhang mit dem möglichen Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft, dem Alter, Partnerschaft, Kinderzahl sowie der Konfessionszugehörigkeit und Religiosität der Probandinnen versucht werden zu klären.

4.2 Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs vs. mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft

Untersucht man die Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen in Bezug auf das Verhalten bei ungewollten Schwangerschaften, so kann man anhand der Ergebnisse sowohl des FFS-1992 und als auch des DJI-2000 eindeutig feststellen, dass die Frauen die vielleicht oder sicherlich[14] eine nicht gewünschte Schwangerschaft abbrechen lassen würden, eher einen Schwangerschaftsabbruch, und dies bei allen im FFS bzw. DJI vorgegebenen Bedingungen, akzeptieren würden, als die Frauen, die das Kind trotzdem bekommen würden. Besonders auffällig sind hier die prozentualen Unterschiede bei der Frage „wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte“: Billigten hier von den im FFS-1992 befragten westdeutschen Frauen, die das Kind bekommen wollten, 19,9 % einen Abbruch, waren es von denen, die zu einer Interruption tendierten, mit 61,9 %, um etliches mehr. Bei den analogen Frauengruppen im DJI-2000 machte diese Differenz 31 zu 73,9 % aus (vgl. Tabelle 12).

Bei den ostdeutschen Frauen lassen sich bei diesem Motiv für einen Abbruch „Ehepaar möchte keine weiteren Kinder“ ebenfalls die vergleichsweise höchsten prozentualen Unterschiede feststellen: Von den Frauen im FFS, die eine ungewollte Schwangerschaft austragen wollten, würden 44,6 % einen Abbruch akzeptieren, mit 78,2 % der Frauen mit einer Abbruchsneigung waren es dagegen wesentlich mehr; bei den acht Jahre später befragten analogen Frauengruppen machte dieser Unterschied 48 % zu 85,5 % (vgl. Tabelle 12).

Betrachtet man zunächst etwas näher die Gruppe der westdeutschen Frauen, so ist hier in der Mehrheit der vorgegebenen Bedingungen die Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen der im DJI-2000 Befragten gegenüber denen des Jahres 1992 gestiegen; und dies gilt sowohl für die zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft bereiten als auch für die abbruchswilligen Frauen. Hätte z.B. ein Drittel der im FFS befragten westdeutschen Frauen, die eine nicht gewünschte Schwangerschaft abgebrochen hätten, einen Abbruch unter der Bedingung gebilligt, dass die Frau nicht verheiratet ist, waren es von der im DJI befragten analogen Frauengruppe knapp zwei Drittel, d.h. um das Doppelte mehr. Im Vergleich dazu lag diese Akzeptanz bei den Frauen, die das Kind bekommen wollten, 2000 gegenüber 1992 sogar um das Zweieinhalbfache höher. Bei den verhaltensunsicheren Frauen sind es im Jahr 2000 gegenüber 1992 um 28,9 % weniger, die einen Abbruch unter o.a. Voraussetzung akzeptieren würden. Auch bei allen übrigen möglichen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch liegt jetzt die Akzeptanzbereitschaft der Verhaltensunsicheren niedriger, und dies besonders auffällig bei der Frage „wenn sich die Frau in einer sozialen Notlage befindet“: Hätten 1992 noch über drei Viertel

[14] Wegen fast identischer Antworten bei der Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen von Frauen, die vielleicht, und von Frauen, die sicherlich eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen lassen würden, sind diese beiden Gruppen im Folgenden zusammengefasst worden.

der sich ihres Verhaltens bei einer ungewollten Schwangerschaft nicht sicheren Frauen dem zugestimmt, war es von diesen Frauen im Jahr 2000 nur noch knapp die Hälfte (vgl. Tabelle 12).

Tab. 12: Akzeptanz des Abbruchs vs. mögliches Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft von west- und ostdeutschen Frauen, 1992 und 2000

	Verhalten bei ungewollter Schwangerschaft (Frauen = 100)					
	Kind bekommen		eventuell/sicher Abbruch		unsicher	
Antworten = Ja	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland						
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	12,0	29,4	33,1	65,3	33,6	23,9
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	19,9	31,0	61,9	73,9	43,1	28,2
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	33,1	39,4	74,9	81,7	56,0	39,0
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	58,4	60,3	87,9	90,8	76,1	44,3
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	13,1	16,0	35,2	30,4	27,9	11,5
Ostdeutschland						
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	14,7	36,5	28,1	71,1	29,8	40,1
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	44,6	48,0	78,2	85,5	55,0	47,7
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	58,3	59,4	84,8	93,4	68,3	54,2
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	81,9	75,3	95,1	94,7	87,1	68,4
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	18,4	17,4	30,2	35,8	23,6	23,9

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Bei den ostdeutschen Frauen lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen. Auch hier sind die im Jahr 2000 befragten Frauen gegenüber denen des Jahres 1992 eher bereit, unter bestimmten Voraussetzungen eine Interruption zu billigen. Hätten z.B. 28,1 % der zu einer Interruption bereiten Frauen des Jahres 1992 einem Abbruch zugestimmt, wenn die Frau nicht verheiratet gewesen wäre, waren es von den Frauen des Jahres 2000 mit 71,1 % um ein Vielfaches, d.h. um das Zweieinhalbfache mehr. Bei den Frauen, die eine unerwünschte Schwangerschaft austragen wollten, lag diese Akzeptanz ebenfalls um das Zweieinhalbfache höher. Die ostdeutschen Verhaltensunsicheren des Jahres 2000 sind ebenso, im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen, eher bereit, einen Abbruch unter der Bedingung „Frau ist nicht verheiratet“ zu billigen, als deren analoge Gruppe des Jahres 1992 (40,1 % gegenüber 29,8 %). Bei den übrigen Motiven sind auch diese Frauen (wie die westdeutschen Verhaltensunsicheren) jetzt weniger als die von 1992 bereit, eine Interruption zu akzeptieren; nur bei der Bedingung „wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will“ liegen die Prozentwerte fast gleich auf (vgl. Tabelle 12).

4.3 Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs und Alter

Betrachtet man die möglichen Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch im Zusammenhang mit dem Alter der Frauen, so lässt sich als erstes feststellen, dass in beiden Erhebungen (FFS und DJI) sowohl in West- als auch Ostdeutschland bei allen Frauen, egal welchen Alters, die Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs dann am höchsten ist, wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet. Jedoch fällt der Jahresvergleich recht unterschiedlich aus. So sind von den im Jahr 2000 befragten 20- bis 24-jährigen westdeutschen Frauen im Vergleich zu den acht Jahre zuvor Befragten um 4,9 % weniger bereit, einen Abbruch bei einer sozialen Notlage zu billigen; bei den 25- bis 29-Jährigen liegt diese Bereitschaft mit um 9,3 % noch niedriger (vgl. Tabelle 13).

Tab. 13: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs und Alter der Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	20- bis 24 Jahre		25- bis 29 Jahre		30- bis 34 Jahre		35- bis 39 Jahre	
Antworten = Ja, akzeptiere	1992	2000	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland								
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	23,3	34,2	19,8	32,7	16,7	33,8	20,5	39,5
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	31,0	31,6	32,4	37,3	27,1	38,1	33,6	43,3
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	47,5	45,5	45,1	43,9	37,8	46,5	44,9	51,0
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	67,1	63,8	70,0	63,5	60,6	64,5	65,0	68,6
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	20,2	16,3	18,7	16,3	16,3	19,2	23,3	20,7
Ostdeutschland								
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	24,0	44,0	24,2	47,1	23,4	46,1	19,4	62,4
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	53,9	57,3	60,7	61,6	61,9	62,3	61,4	70,6
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	69,5	68,3	72,2	68,2	70,2	69,8	70,1	84,0
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	87,7	77,1	88,7	77,3	88,9	85,3	87,3	91,3
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	22,5	21,4	23,9	18,4	25,0	25,4	24,6	32,8

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Bei den ostdeutschen Frauen des Jahres 2000 ist die Akzeptanz eines Abbruchs bei einer sozialen Notlage noch geringer als 1992, d.h. bei den 20-bis 24-Jährigen um 12,1 % und bei den 25- bis 29-Jährigen um (fast identisch) 12,9 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der ostdeutschen Frauen, die einem Abbruch bei einer sozialen Notlage zustimmen würden, im Vergleich zu westdeutschen Frauen bei weitem höher liegt – und dies gilt zum einen für beide Erhebungsjahre und zum anderen für alle Altersgruppen (vgl. Tabelle 13).

Zu vermerken ist zudem, dass auch die 30- bis 34-jährigen ostdeutschen Frauen im Jahr 2000 im Vergleich zu denen im Jahr 1992 um 4,0 % weniger einem Abbruch zustimmen würden, wenn die

Schwangere sich in einer sozialen Notlage befinden würde. Dies trifft allerdings für die gleichaltrigen westdeutschen Frauen nicht zu: hier liegt (umgekehrt) die aktuelle Akzeptanz um 6,4 % höher. Dies ist ebenso bei der ältesten Frauengruppe, den 35- bis 39-Jährigen, und hier sowohl in West- als auch Ostdeutschland der Fall (vgl. Tabelle 13).

Aber nicht nur bei dem Motiv „soziale Notlage“ ist die Akzeptanz der im DJI-2000 gegenüber dem im FFS-1992 befragten unter 30-jährigen Frauen niedriger. Zum einen stimmen jetzt von diesen Frauen in West- und Ostdeutschland, darunter im stärkeren Maße jeweils die 25- bis 29-jährigen, weniger einem Abbruch zu, wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will. Bei den 25 bis unter 30 Jahre alten Frauen im Westen waren es um 2,7 % weniger, im Osten um 5,5 % weniger als im FFS; nur minimal niedriger, um 0,6 %, ist dieser Anteil bei den 30- bis 34-jährigen Ostdeutschen (Tabelle 13).

Zum anderen würden von den 20- bis unter 30 Jahre alten west- und ostdeutschen Frauen im DJI-2000 im Vergleich zu denen im FFS-1992 einen Abbruch dann weniger billigen, wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will: Hätten z.B. von den 20- bis 24-jährigen westdeutschen Frauen 1992 dann 20,2 % einem Abbruch zugestimmt, waren es bei den gleichaltrigen Frauen acht Jahre später 16,3 %, somit um immerhin 19,3 % weniger. Oder: Waren von den im FFS befragen ostdeutschen 25- bis 29-jährigen Frauen 23,9 % für einen Abbruch unter o.a. Bedingung, waren es von denen im DJI 18,4 % bzw. um 23 % weniger (Tabelle 13).

Um ein Vielfaches höher liegt die Toleranzbreite der im DJI-2000 befragten west- und ostdeutschen Frauen bei der Bedingung „wenn die Frau nicht verheiratet ist“, und hier auffällig bei den 35- bis 39-jährigen ostdeutschen Frauen: Hätten von diesen im Jahr 1992 nur 19,4 % einem Schwangerschaftsabbruch zugestimmt, war es von den im Jahr 2000 gleichaltrigen Frauen mit 62,4 % die Mehrheit (vgl. Tabelle 13).

Bei den westdeutschen Frauen sind es ebenfalls die 35- bis 39-Jährigen, die bei o.a. Fragestellung im DJI-Familiensurvey den vergleichsweise höchsten prozentualen Unterschied gegenüber den gleichaltrigen Frauen im FFS aufweisen: Hätten 1992 20,5 % (dieser Anteil war somit gegenüber dem der gleichaltrigen ostdeutschen Frauen nur unwesentlich höher) einen Abbruch gebilligt, wenn die Frau nicht verheiratet gewesen wäre, waren es im Jahr 2000 39,5 %, d.h. um fast das Doppelte mehr. Doch liegt damit dieser Akzeptanzwert (und prozentuale Unterschied) noch bei weitem unter dem der 35 bis 39 Jahre alten ostdeutschen Frauen.

In diesem Zusammenhang sei nochmals an die wesentlich höhere Nichtehelichenquote in den neuen Bundesländern erinnert: 41,8 % aller Lebendgeborenen des Jahres 1992 waren nichtehelich, in den alten Bundesländern waren es dagegen 11,6 %, und im Jahr 2000 betrug der Anteil nichtehelich Geborener im Westen 18,6 % und im Osten 51,5 %.

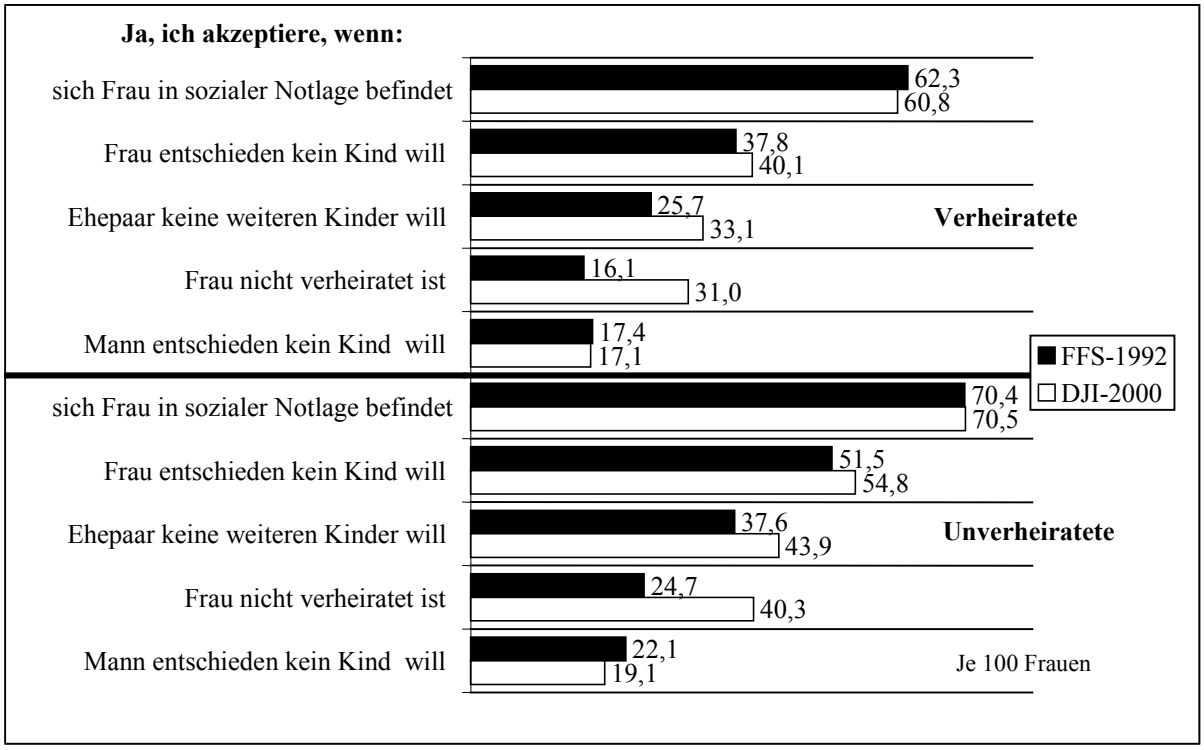
Inwieweit die, insbesondere bei den 35- bis 39-jährigen west- und ostdeutschen Frauen, aktuell höhere Toleranz eines Abbruchs unter der Bedingung, dass die betroffene Frau nicht verheiratet ist, negative Erfahrungen unverheirateter Mütter, vor allem Alleinerziehender, widerspiegelt, die von den Frauen in der zweiten Erhebung möglicherweise stärker empfunden werden als von den Frauen in der ersten Erhebung, muss an dieser Stelle dahin gestellt bleiben. Ein kleines Indiz hierfür gibt es, hinterfragt man die Zufriedenheit Alleinerziehender mit ihrer Finanzlage 1992 und 2000: 53,5 % der im FFS befragten westdeutschen alleinerziehenden Frauen schätzten ihre finanzielle Situation als sehr gut bzw. gut ein; von den DJI-Probandinnen waren es dagegen nur 34,8 %. Nicht ganz so groß ist dieser Unterschied, jedoch bei insgesamt deutlich geringerer Zufriedenheit, bei den ostdeutschen Alleinerziehenden: 29,3 % (1992) gegenüber 22,3 % (2000).

Anhand der Tabelle 13 ist des Weiteren zu ersehen, dass außer bei dem Grund „Frau ist nicht verheiratet“ auch bei dem „wenn das Paar keine weiteren Kinder mehr möchte“ die Akzeptanz einer Interruption 2000 gegenüber 1992 bei allen Frauengruppen höher liegt, und dies insbesondere bei den 30- bis 34-jährigen westdeutschen Frauen: Hätten 27,1 % von ihnen im FFS einen Abbruch gebilligt, wenn das Paar keine Kinder mehr möchte, waren es von den Frauen im DJI 38,1 %, d.h. um allein 40,6 % mehr. Insgesamt liegt in beiden Erhebungen die Akzeptanz der west- und ostdeutschen Frauen, egal wie alt sie sind, bei diesem Grund höher als bei dem „Frau ist nicht verheiratet“ (vgl. Tabelle13).

4.4 Nicht verheiratete und verheiratete Frauen und ihre Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs

In den alten Bundesländern weisen die sowohl im FFS-1992 als auch im DJI-2000 befragten nicht verheirateten Frauen bei allen möglichen Motiven für einen Schwangerschaftsabbruch eine gegenüber den Verheirateten höhere Akzeptanz auf. Besonders auffällig sind diese Unterschiede bei „Frau möchte entschieden kein Kind“: hier lag die Akzeptanz der Nicht verheirateten gegenüber den Ehefrauen 1992 um 36,2 % und 2000 ebenso (fast identisch) um 36,7 % höher (vgl. Abbildung 16).

Abb. 16: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs bei verheirateten und nicht verheirateten Frauen in Westdeutschland, 1992 und 2000 -



Datenquelle: FFS; DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Anhand der Abbildung 16 ist zudem zu sehen, dass sowohl bei den verheirateten als auch unverheirateten westdeutschen Frauen die Akzeptanz eines Abbruchs, wenn die Frau nicht verheiratet ist, bei den im Familiensurvey befragten Frauen gegenüber denen im FFS deutlich höher liegt: Hätten von 100 der verheirateten Frauen 1992 rd. 16 einem Schwangerschaftsabbruch unter dieser Bedingung zugestimmt, waren es von 100 der im Jahr 2000 Befragten rd. 31. Und: 24,7 % der im FFS befragten

nicht verheirateten Frauen hätten dann einen Abbruch gebilligt, von den acht Jahre später Befragten waren es mit 40,3 % um Einiges mehr.

Eine höhere Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen 2000 gegenüber 1992 lässt sich unter einigen weiteren Bedingungen feststellen (vgl. auch Abbildung 16):

	Verheiratete	Nicht verheiratete
• wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	+28,8 %	+16,8 %
• wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	+6,1 %	+6,4 %

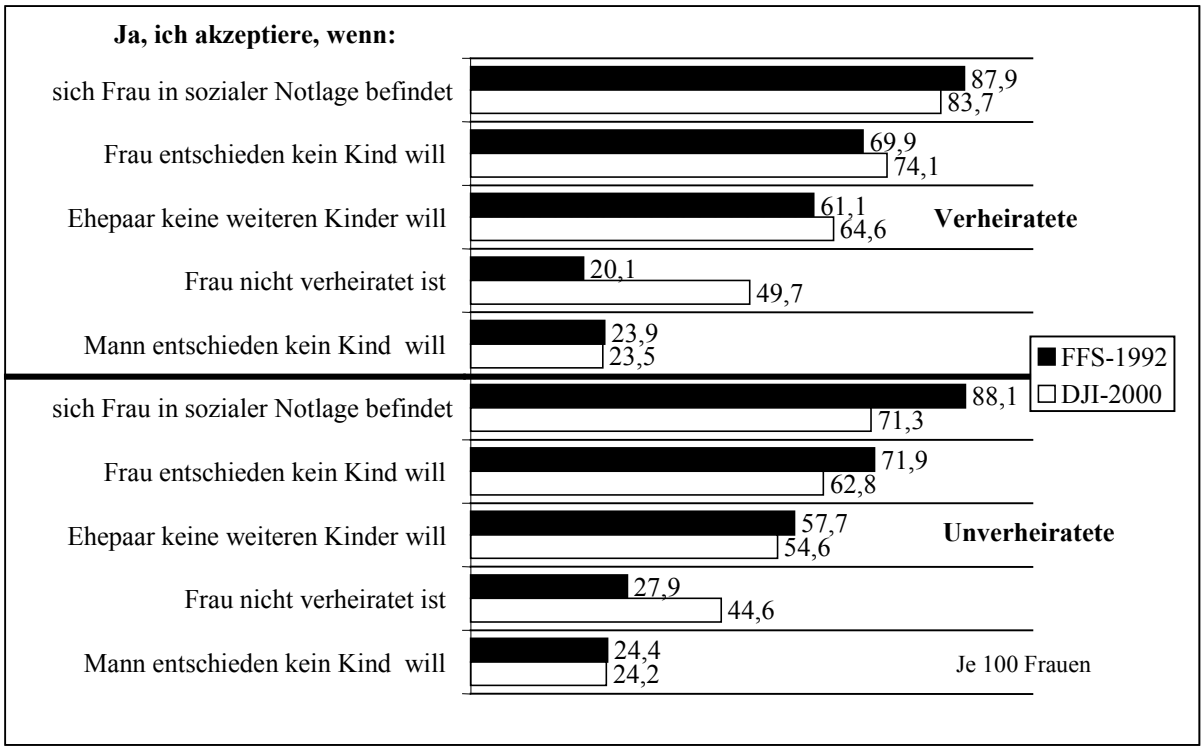
Fast gleich hoch bzw. (etwas) niedriger liegt die Zustimmung:

	Verheiratete	Nicht verheiratete
• wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	-2,4 %	+0,1 %
• wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	-1,7 %	-13,6 %

Auch bei den im FFS-1992 befragten ostdeutschen nicht verheirateten Frauen ist die Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs im Vergleich zu der der Ehefrauen höher, und dies insbesondere bei der Fragestellung „Frau ist nicht verheiratet“: hier hätten gegenüber den Verheirateten um 38,8 % mehr Nicht verheiratete einem Abbruch zugestimmt (vgl. Abbildung 17).

Anders als bei den westdeutschen Ergebnissen ist, mit Ausnahme „Mann will entschieden kein Kind“, bei den im DJI-2000 befragten nicht verheirateten ostdeutschen Frauen bei allen übrigen Gründen eine gegenüber den verheirateten Frauen geringere Akzeptanzbereitschaft gegeben: Würden z.B. von 100 Ehefrauen rd. 84 bei einer sozialen Notlage der betroffenen Frau einen Abbruch billigen, sind es von 100 der nicht verheirateten Frauen rd. 71, demnach um rd. 12 weniger (vgl. Abbildung 17).

Abb. 17: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs bei verheirateten und nicht verheirateten Frauen in Ostdeutschland, 1992 und 2000



Datenquelle: FFS; DJI-Familiensurvey; BiB, J. Roloff

Interessant ist auch, dass, im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen, die ostdeutschen nicht verheirateten Frauen im DJI-2000, außer bei „Frau ist nichtverheiratet“, gegenüber der Vergleichsgruppe im FFS-1992 bei allen möglichen Gründen seltener einem Schwangerschaftsabbruch zustimmen; d.h. die Prozentwerte liegen insgesamt niedriger, z.B. bei „Frau in sozialer Notlage“ um 19,1 %. Nur im Falle, wenn die Frau nicht verheiratet ist, sind es im Jahr 2000 bei weitem mehr, die dann einen Abbruch akzeptieren würden: Waren es 1992 27,9 % der Nicht verheirateten, waren es im Jahr 2000 44,6 % bzw. um 59,9 % mehr (vgl. Abbildung 17).

Bei den ostdeutschen Ehefrauen im Familiensurvey war diese Differenz noch höher: Wäre rd. jede Fünfte der im FFS-1992 befragten verheirateten Frauen für einen Abbruch gewesen, wenn die Frau nicht verheiratet gewesen wäre, war es rd. die Hälfte der im DJI-2000 befragten Ehefrauen. Eine höhere Akzeptanzbereitschaft der Ehefrauen 2000 gegenüber 1992 war, und dies im Gegensatz zu den nicht verheirateten Ostdeutschen, zudem gegeben bei „Frau will entschieden kein Kind“ (um 6 %) und „Ehepaar möchte keine weiteren Kinder“ (um 5,7 %). Einem Abbruch wird jetzt seltener (um 4,8 %) im Falle einer sozialen Notlage zugestimmt. Eine fast unveränderte Akzeptanz lässt sich bei dem Grund „Mann will entschieden kein Kind“ feststellen (23,9 % zu 23,5) (vgl. Abbildung 17).

In engem Zusammenhang mit der Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs unter gegebenen Voraussetzungen ist zu sehen, ob die Frauen in einer festen Partnerschaft leben und bereits Kinder haben.

4.5 Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs von nicht verheirateten Frauen nach der Partnerschaft und bereits vorhandenen Kindern

4.5.1 Nicht verheiratete Frauen ohne festen Partner

Vergleicht man als erstes die nicht verheirateten westdeutschen Frauen, die zum Zeitpunkt des FFS-1992 keinen festen Partner hatten, nach dem Vorhandensein von Kindern, so lässt sich feststellen, dass bei den Frauen ohne Kinder eine im Vergleich zu denen mit Kindern grundsätzlich höhere Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen gegeben war. Dabei wies das Motiv „soziale Notlage“ den vergleichsweise höchsten prozentualen Unterschied mit um rd. 17 % auf. Nur im Falle, dass der Mann entschieden kein Kind wollte, hätten weniger partner- und kinderlose Frauen einer Interruption zugestimmt.

Für die im DJI-2000 befragten analogen westdeutschen Frauengruppen ergibt sich ein anderes Bild. So sind es jetzt nahezu gleich so viele partnerlose Frauen ohne und mit Kindern, die einen Abbruch akzeptieren würden, wenn die Frau nicht verheiratet ist (41,6 % bzw. 41 %); und bei beiden liegen die Prozentwerte jetzt gegenüber den Frauen im FFS um ein Vielfaches höher; 1992 waren es nur 22,7 bzw. 17,5 %.

Insgesamt ist die Akzeptanz 2000 im Vergleich zu 1992 bei den Alleinerziehenden höher als bei den partner- und kinderlosen Frauen: So waren es bei dem Motiv „wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder möchte“ bei den kinderlosen Frauen 2000 gegenüber denen im Jahr 1992 20,4 % mehr, die dann einem Abbruch zustimmen würden; bei den Alleinerziehenden sind es mit 40,5 % deutlich mehr. Während von Letzteren ebenso bei „wenn Frau absolut kein Kind will“ und im Falle einer sozialen Notlage ein Abbruch eher akzeptiert wird (gegenüber 1992 um 35,5 bzw. 12,8 %), liegt diese Zustimmung bei den partnerlosen Frauen ohne Kinder niedriger (um 2,8 bzw. 10,3 %). Nur bei dem Grund „wenn der Mann entschieden kein Kind will“, stellt sich die Lage anders dar. Während bei

den alleinerziehenden Frauen 1992 und 2000 der Anteil derer, die einem Abbruch zustimmen würden, fast gleich hoch ist (19,7 % bzw. 19 %), liegt dieser bei den partner- und kinderlosen Frauen des Jahres 2000 mit 23,2 % gegenüber 17,7 % (1992) etwas höher (vgl. Tabelle 14).

Betrachtet man des Weiteren die ostdeutschen nicht verheirateten Frauen ohne festen Partner, so lässt sich feststellen, dass, parallel zur westdeutschen Vergleichsgruppe, die Akzeptanz im Jahr 1992, und hier ohne Ausnahmen, bei denen ohne Kinder höher war: Hätten z.B. knapp drei Viertel der Frauen ohne Kinder einen Abbruch gebilligt, wenn das Ehepaar keine weiteren Kinder mehr wünschte, waren es von den Frauen mit Kindern knapp zwei Drittel. Oder: Wären 82,4 % der kinderlosen Frauen für einen Abbruch gewesen, wenn die Frau unbedingt kein Kind gewollt hätte, waren es von den Frauen mit Kindern mit 70,7 % um einiges weniger (vgl. Tabelle 14).

Im Gegensatz zu den westdeutschen ist auch bei den im DJI-2000 befragten ostdeutschen nicht verheirateten kinderlosen Frauen ohne festen Partner, außer beim Motiv „soziale Notlage“, eine gegenüber den Alleinerziehenden höhere Akzeptanz zu verzeichnen. Würden z.B. von 100 kinderlosen Frauen rd. 61 einen Abbruch billigen, wenn die Frau nicht verheiratet ist, sind es rd. 51 der Alleinerziehenden. Insgesamt käme dieses Motiv bei beiden Untersuchungsgruppen in einem höheren Maße für einen Abbruch in Frage als bei den acht Jahre früher befragten Frauen; d.h. die Anteile liegen bei den Frauen ohne Kinder und bei denen mit Kindern gegenüber 1992 jeweils um über das Zweifache höher (vgl. Tabelle 14).

Tab. 14: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs 1992 und 2000 von nicht verheirateten Frauen[1)] ohne festen Partner in West- und Ostdeutschland

	ohne Kinder		mit Kindern	
Antworten = Ja, akzeptiere	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland				
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	22,7	41,6	17,5	41,0
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	36,2	43,6	33,1	46,5
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	53,9	52,4	45,9	62,1
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	76,0	68,2	65,0	73,3
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	17,7	23,2	19,7	19,0
Ostdeutschland				
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	29,4	60,8	21,7	51,0
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	72,2	70,6	61,8	65,3
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	82,4	84,0	70,7	83,3
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	94,1	76,5	89,1	93,8
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	27,8	33,3	24,1	27,1

[1)] Einschl. in Scheidung lebende Frauen

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Eine gegenüber 1992 höhere Akzeptanzbereitschaft lässt sich zudem bei den Alleinerziehenden feststellen, wenn die Frau entschieden kein Kind will: Waren es 1992 70,7 % dieser Frauen, sind es im Jahre 2000 nun 83,3 %. Damit ist dieser Prozentwert mit dem Anteil der kinderlosen Frauen, die o.a. Grund für einen Schwangerschaftsabbruch akzeptieren (84 %), nahezu identisch (vgl. Tabelle 14).

Während die Akzeptanzanteile der im DJI-2000 befragten partner- und kinderlosen Frauen auch bei den übrigen gegebenen Bedingungen gegenüber 1992 höher liegen, ist der Anteil derer, die einer Inter-

ruption im Falle einer sozialen Notlage zustimmen würden, stark gesunken: Mit 94,1 % waren es im Jahr 1992 noch fast alle Frauen ohne Partner und ohne Kinder, bei den acht Jahre später befragten Frauen war es mit 76,5 % zwar auch noch die Mehrheit, aber nunmehr doch um etliches weniger (vgl. Tabelle 14).

Hinterfragt man in diesem Zusammenhang die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation der ostdeutschen kinderlosen Frauen ohne einen festen Partner, so bewerteten die im DJI-2000 Befragten im Schnitt ihre Finanzlage wesentlich günstiger als die Frauen im FFS-1992: Schätzten im FFS 35,3 % ihre Finanzlage als sehr gut bzw. gut ein, waren es von den acht Jahre später Befragten mit 53,3 % deutlich mehr. Und umgekehrt: Waren im Jahr 1992 von den alleinstehenden Frauen 29,4 % mit den Finanzen unzufrieden bzw. sehr unzufrieden, waren es im Jahr 2000 mit 15,6 % deutlich weniger.

Es ist somit anzunehmen, dass ein Abbruch wegen einer sozialen Notlage der Schwangeren um so weniger gebilligt wird, je größer die Zufriedenheit mit der persönlichen finanziellen Situation ist.

4.5.2 Nicht verheiratete Frauen mit festem Partner

Ebenso erheblich wie bei den westdeutschen nicht verheirateten Frauen ohne Partner sind, betrachtet man zunächst die Daten des FFS-1992, die Akzeptanzunterschiede bei den westdeutschen nicht verheirateten Frauen mit Partner: So wird bei den Frauen mit Partner aber ohne Kinder ein Abbruch unter den Bedingungen eher akzeptiert, wenn „das Paar keine weiteren Kinder möchte“ (um 17,1 %), „Frau entschieden kein Kind will“ (um 18,2 %) und bei einer sozialen Notlage (um 3,5 %). Eine stärkere Billigung eines Abbruches lässt sich dagegen bei den Frauen mit Kindern feststellen, wenn die Frau nicht verheiratet ist (um allein 35,1 %) und der Mann entschieden kein Kind will (um 30,2 %) (vgl. Tabelle 15).

Tab. 15: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs 1992 und 2000 von nicht verheirateten Frauen[1)] mit festem Partner in West- und Ostdeutschland

	ohne Kinder		mit Kindern	
Antworten = Ja, akzeptiere	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland				
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	17,4	37,1	23,5	45,3
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	37,6	38,8	32,1	51,1
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	54,0	52,1	45,7	61,1
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	75,9	71,6	73,3	78,4
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	18,2	15,0	23,7	27,0
Ostdeutschland				
- wenn die Frau nichtverheiratet ist	23,1	42,1	20,5	50,0
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	57,7	56,4	59,7	61,1
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	73,1	60,5	73,6	65,4
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	96,2	82,1	87,3	84,9
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	26,9	23,7	25,4	22,6

[1)] Einschl. in Scheidung lebende Frauen

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Bei den im DJI-2000 befragten westdeutschen Frauen, die in einer nichtehelichen Partnerschaft leben, stellt sich dies ganz anders dar. Hier sind bei allen gegebenen Motiven für einen Schwangerschaftsabbruch höhere Akzeptanzanteile bei denen mit Kindern zu verzeichnen. Besonders auffällig ist dies bei „wenn das verheiratete Paar keine weiteren Kinder mehr möchte“: Wären hier von den kinderlosen Frauen 38,8 % für eine Interruption, sind es bei denen mit Kindern 51,1 %. Bei diesem Abbruchsmotiv lässt sich zudem feststellen, dass der Prozentsatz derer, die dem zustimmen, bei den kinderlosen Frauen mit Partner 2000 gegenüber 1992 nur unerheblich höher liegt (38,8 % gegenüber 37,6 %). Bei den Frauen mit Partner und Kindern sind es dagegen in der Befragung 2000 gegenüber 1992 mit 59,2 % ein Vielfaches mehr (vgl. Tabelle 15).

Eine ähnliche Entwicklung ist beim Motiv „wenn die Frau entschieden kein Kind will“ zu verzeichnen. Während bei den kinderlosen Frauen mit Partner der Anteil derer, die dann einen Abbruch billigen würden, 2000 gegenüber 1992 um 3,5 % niedriger ist, liegt er bei den Frauen mit Kindern mit 33,7 % erheblich höher. Daraus kann man schließen, dass die in nichtehelichen Partnergemeinschaften lebenden Mütter in einem stärkeren Maße als die ohne Kinder die Entscheidungsfreiheit von Schwangeren akzeptieren. Inwieweit hier eigene Erfahrungen mit dem Leben mit Kindern (z.B. Verteuerung des Lebens) mit einfließen, lässt sich schwerlich feststellen. Ein kleines Indiz hierfür könnte sein, dass auch bei dem Motiv „soziale Notlage“ die Zustimmung der im DJI-2000 befragten Frauen mit Kindern im Vergleich zu den analogen Frauengruppen im FFS-1992 um 7 % höher liegt; bei den Frauen ohne Kinder sind es 2000 gegenüber 1992 dagegen um 5,7 % weniger, die o.a. Abbruchsmotiv akzeptieren würden. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass die soziale Notlage als Voraussetzung für einen Schwangerschaftsabbruch in beiden Befragungsjahren und bei allen Frauengruppen mit durchschnittlich drei Viertel den höchsten Akzeptanzwert aufweist (vgl. Tabelle 15).

Sowohl bei den Frauen ohne als auch mit Kindern ist 2000 eine gegenüber 1992 beachtlich höhere Akzeptanz eines Abbruchs gegeben „wenn die Frau nicht verheiratet ist“: bei den kinderlosen Frauen mit einem festen Partner um mehr als das Doppelte und bei denen mit Kindern um fast das Doppelte (vgl. Tabelle 15).

Wie bei den westdeutschen sind auch bei den im FFS-1992 befragten ostdeutschen Frauen mit einem festen Partner bei den einzelnen Bedingungen unterschiedliche, d.h. mal höhere, mal niedrigere Zustimmungsquoten zwischen denen ohne und denen mit Kindern festzustellen. Am augenfälligsten ist dies, bei allerdings insgesamt hohen Prozentwerten, beim Motiv „soziale Notlage“: Waren hier mit 96,2 %, sozusagen fast alle der kinderlosen Frauen mit Partner für einen Abbruch, waren es von denen mit Kindern mit 87,3 % um einiges weniger. Bei den acht Jahre später befragten Frauen war hier das Verhältnis mit 82,1 % (ohne Kinder) und 84,9 % (mit Kindern) fast ausgewogen.

Ebenso wie bei den westdeutschen in einer nichtehelichen Partnerschaft lebenden Müttern war bei den ostdeutschen Frauen mit Partner und Kindern im Jahr 2000, außer bei dem Motiv „wenn der Mann kein Kind will“, eine gegenüber den Frauen ohne Kinder höhere Akzeptanz zu verzeichnen. So sind es z.B. bei dem Motiv „wenn die Frau nicht verheiratet ist“ um 18,8 % mehr Frauen mit Kindern, die dann einen Abbruch billigen würden. Dieser mögliche Grund für einen Abbruch hat im Zeitvergleich auch bei den ostdeutschen Frauen die stärkste Veränderung erfahren: Wäre von den im FFS-1992 befragten Müttern in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft rd. jede Fünfte für eine Interruption gewesen, wenn die Frau nicht verheiratet ist, ist es von den im DJI-2000 Befragten die Hälfte; bei den kinderlosen Frauen mit Partner lag dieser Anteil 1992 bei 23,1 %, dagegen 2000 mit 42,1 % ebenfalls bei weitem höher. Die Akzeptanz bei den in einer nichtehelichen Partnerschaft lebenden kinderlosen Frauen ist 2000 gegenüber 1992 bei den übrigen Motiven niedriger, darunter relativ stark bei „wenn Frau kein Kind will“ (um 17,2 %) und bei sozialer Notlage (um 14,7 %). Dies trifft ebenso, allerdings

in einem relativ geringerem Maße, bei den Frauen mit Partner und Kindern zu. Nur das Motiv „Paar möchte keine weiteren Kinder“ (bei in den Jahren 1992 und 2000 insgesamt relativ hoher Akzeptanz) wird von den im Jahr 2000 befragten Frauen mit um 2,3 % mehr gebilligt (vgl. Tabelle 15).

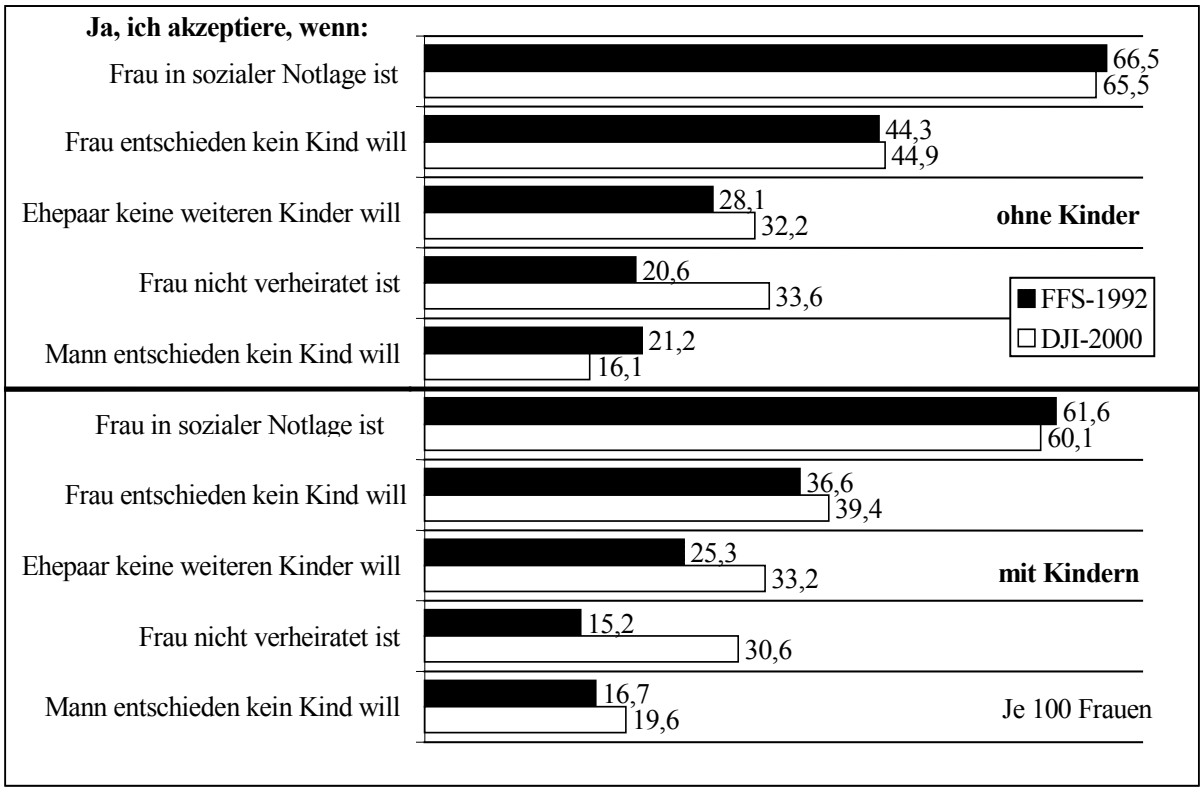
Ganz allgemein stimmen die in einer nichtehelichen Partnergemeinschaft lebenden ostdeutschen Frauen, sowohl ohne als auch mit Kindern, in beiden Befragungsjahren und bei allen gegebenen Akzeptanzgründen eher einem Schwangerschaftsabbruch zu als die vergleichbaren westdeutschen Frauengruppen.

4.6 Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs von verheirateten Frauen unter dem Aspekt des Vorhandenseins von Kindern und Anzahl der Kinder

4.6.1 Verheiratete Frauen ohne und mit Kindern

Betrachtet man zunächst die Befragungsergebnisse des FFS-1992, so lässt sich für die verheiraten westdeutschen Frauen feststellen, dass bei allen möglichen Gründen für einen Schwangerschafts-abbruch die Akzeptanzwerte der kinderlosen Ehefrauen im Vergleich zu denen mit Kindern höher liegen. Hätten z.B. von 100 der Ehefrauen ohne Kinder rd. 44 einem Abbruch zugestimmt, wenn die Schwangere absolut kein Kind wollte, waren es von 100 der Frauen mit Kindern rd. 37 (vgl. Abbildung 18).

Abb. 18: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen bei verheirateten Frauen ohne und mit Kindern in Westdeutschland, 1992 und 2000



Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

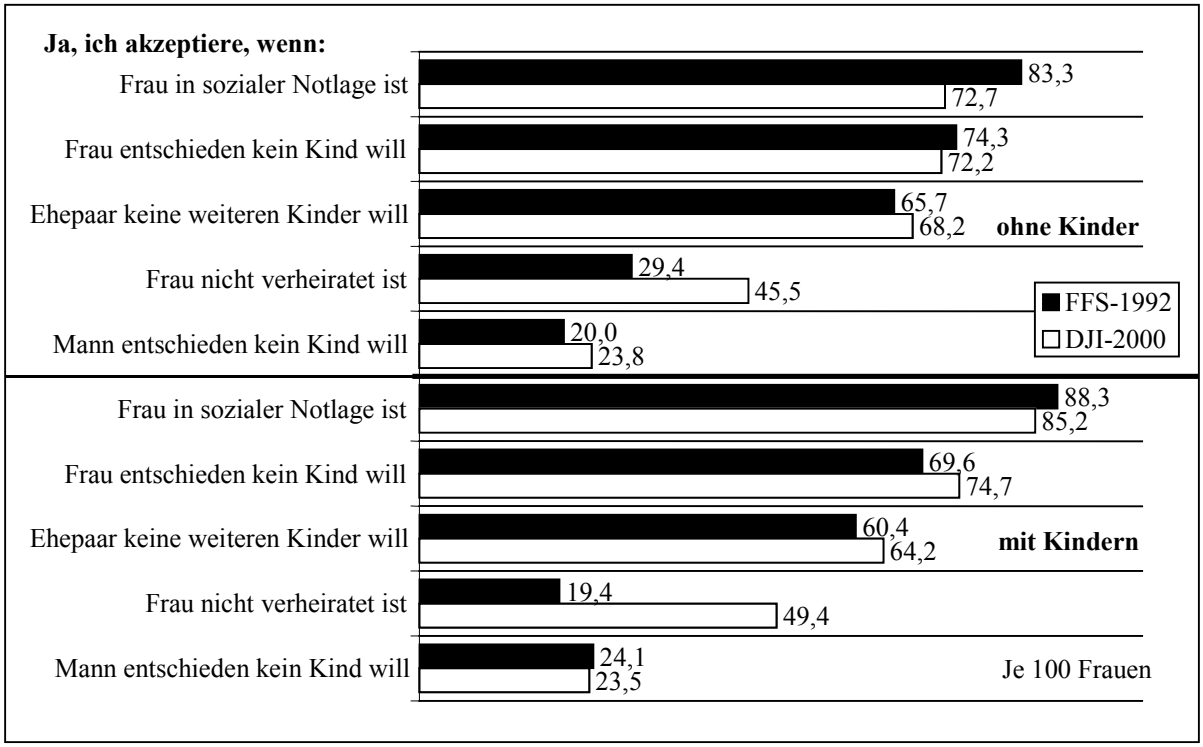
Die ostdeutschen verheirateten Frauen waren im Allgemeinen eher bereit als die Westdeutschen, einen Schwangerschaftsabbruch zu billigen (dies trifft für die Ergebnisse des FFS-1992 und DJI-2000 gleichermaßen zu). Doch lässt sich bei ihnen eine gegenüber den Müttern höhere Akzeptanz der Kinderlosen nicht ganz so durchgängig nachweisen wie bei den westdeutschen Ehefrauen. So traf dies 1992 nur für die Abbruchsgründe zu „wenn Frau nicht verheiratet ist (hier war der prozentuale Unterschied im Vergleich zu den übrigen Motiven am höchsten), „wenn das Ehepaar keine weiteren Kinder wollte“ und „wenn die Frau entschieden kein Kind will“. Dagegen lag die Akzeptanz der Ehefrauen mit Kindern im Falle einer sozialen Notlage und „wenn der Mann kein Kind will“ höher (vgl. Abbildung 19).

Anhand der Ergebnisse des DJI-2000 lässt sich feststellen, dass die westdeutschen kinderlosen Ehefrauen nicht mehr durchweg eher für einen Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Bedingungen plädieren als die Ehefrauen mit Kindern. So ist dies nur bei den Motiven „Frau ist nicht verheiratet“, „Frau will kein Kind“ und „Frau ist in einer sozialen Notlage“ noch der Fall. Zudem lassen sich im Zeitvergleich bei fast allen Motiven keine wesentlich großen Unterschiede feststellen. Z.B. lag der Akzeptanzwert 2000 gegenüber 1992 bei „Frau will entschieden kein Kind“ bei den Ehefrauen ohne Kinder um wenige 1,4 % höher. Dies gilt ebenso für das Motiv „soziale Notlage“, das insgesamt, 1992 und 2000, für einen möglichen Schwangerschaftsabbruch die meiste Zustimmung hat: hier sind es im Jahr 2000 gegenüber 1992 nur um 1,5 % weniger kinderlose Ehefrauen, die dann eine Interruption billigen würden. Auffällig mehr der im DJI-2000 befragten Ehefrauen ohne Kinder würden einen Abbruch akzeptieren, wenn die Frau nicht verheiratet ist: War es von den im FFS-1992 Befragten rd. jede Fünfte, ist es nun acht Jahre später rd. ein Drittel. Bei den Ehefrauen mit Kindern liegen zwar die Prozentwerte bei diesem Motiv 1992 und 2000 im Vergleich zu denen der Kinderlosen etwas niedriger, doch lässt sich auch hier ein um ein Vielfaches höherer Akzeptanzwert feststellen: Hätten von 100 der im Jahr 1992 befragten westdeutschen verheirateten Frauen mit Kindern rd. 15 einem Abbruch zugestimmt, wenn die Frau nicht verheiratet ist, sind es von 100 der acht Jahre später Befragten rd. 31 (vgl. Abbildung 18).

„Wenn die Frau nicht verheiratet ist“ - diesen Grund für eine Interruption billigen auch die ostdeutschen Ehefrauen im DJI-2000 eher als die Ehefrauen im FFS-1992: Waren 1992 von den Ehefrauen mit Kindern 19,4 % dann für einen Abbruch, sind es mit 49,4 % der im DJI-2000 Befragten um das Zweieinhalbfache mehr; bei den kinderlosen Frauen ist diese Differenz von 29,4 % (1992) zu 45,5 % (2000) ebenfalls beachtlich. Man kann zudem feststellen, dass im Jahr 2000 bei den verheirateten Müttern eine gegenüber den kinderlosen Ehefrauen etwas höhere Akzeptanz des o.a. Motivs gegeben war; 1992 war dies noch umgekehrt der Fall (vgl. Abbildung 19).

Auffällig ist auch das unterschiedliche Zustimmungsmaß im Jahr 2000 beim Motiv „soziale Notlage“: 85,2 % der Frauen mit Kindern, dagegen 72,7 % derer ohne Kinder. Von den zuletzt Genannten sind es zudem gegenüber 1992 um 12,7 % weniger, die das o.a. Motiv für einen Abbruch akzeptieren würden; bei den Ehefrauen mit Kindern ist diese Differenz mit 3,5 % 2000 gegenüber 1992 nicht ganz so groß (vgl. Abbildung 19).

Abb. 19: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen bei verheirateten Frauen ohne und mit Kindern in Ostdeutschland, 1992 und 2000



Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Das Motiv „soziale Notlage“ findet insgesamt bei den westdeutschen (hier zwar prozentual weniger) und ostdeutschen verheirateten Frauen ohne und mit Kindern die meiste Zustimmung für einen Schwangerschaftsabbruch.

4.6.2 Verheiratete Mütter nach der Anzahl ihrer Kinder

64,1 % der im FFS-1992 befragten westdeutschen Ehefrauen mit einem Kind, 61,1 % mit zwei und 58,3 % mit drei oder mehr Kindern wären für einen Schwangerschaftsabbruch gewesen, wenn die Schwangere sich in einer sozialen Notlage befunden hätte. Dabei lag, wie man sieht, diese Akzeptanz bei den Frauen mit drei oder mehr Kindern am niedrigsten (gegenüber denen mit einem Kind z.B. um 9 %). Von den im DJI-2000 befragten westdeutschen Ehefrauen mit drei und mehr Kindern waren es noch weniger, 48,1 %, die o.a. Abbruchsgrund billigen würden. Bei den beiden anderen Frauengruppen war der zeitliche Unterschied nicht so erheblich: Bei denen mit einem Kind sind es gegenüber denen von 1992 um 2,8 % weniger und (umgekehrt) bei denen mit zwei Kindern um 4,3 % mehr Frauen, die eine soziale Notlage als Grund für einen Abbruch akzeptieren würden (vgl. Tabelle 16).

Im Vergleich zu den westdeutschen Ehefrauen mit Kindern wird das Abbruchsmotiv „soziale Notlage“ bei den 1992 und 2000 befragten ostdeutschen Ehefrauen, unabhängig von deren Kinderzahl, viel stärker akzeptiert. Den vergleichsweise höchsten Prozentsatz weisen die Frauen mit zwei Kindern auf: 89,5 % im FFS und, fast identisch, 89,4 % im DJI-Survey. Bei den ostdeutschen Ehefrauen mit einem und drei oder mehr Kindern ist 2000 gegenüber 1992 die Zustimmung zu einem Schwangerschaftsabbruch wegen einer sozialen Notlage zwar um 7,1 bzw. 6 % niedriger, liegt aber im Vergleich zu den übrigen Abbruchsgründen weiterhin am höchsten (vgl. Tabelle 16).

Eine gegenüber dem FFS-1992 niedrigere Akzeptanz, und hier um beachtliche 27,5 %, ist zudem bei den ostdeutschen Ehefrauen mit einem Kind zu verzeichnen bei „wenn der Mann entschieden kein Kind will“. Bei den westdeutschen Ehefrauen mit einem Kind und auch bei denen mit drei oder mehr Kindern ist die Akzeptanz dieses Grundes mit der im FFS-1992 nahezu identisch. Dies gilt ebenso für die westdeutschen Frauen mit drei oder mehr Kindern beim Motiv „wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder möchte“.

Tab. 16: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs 1992 und 2000 vom verheirateten Frauen mit Kindern nach der Kinderzahl

	1 Kind		2 Kinder		3 u.m. Kinder	
Antworten = Ja, akzeptiere	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland						
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	16,9	33,3	13,7	30,1	16,1	27,5
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	27,1	35,0	22,7	34,7	28,2	27,3
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	40,2	41,6	35,2	40,5	33,6	33,5
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	64,1	62,3	61,1	63,7	58,3	48,1
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	17,7	17,3	16,7	18,8	14,8	14,4
Ostdeutschland						
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	20,3	43,9	19,8	52,4	16,1	56,0
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	56,8	63,2	64,4	66,3	55,7	60,0
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	69,9	71,9	71,2	79,8	63,6	64,0
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	88,8	82,5	89,5	89,4	82,8	77,8
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	22,2	16,1	26,6	27,7	20,7	25,9

Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Ansonsten ist bei allen übrigen Abbruchsgründen bei den im DJI-2000 befragten sowohl west- als auch ostdeutschen verheirateten Frauen eine gegenüber 1992 höhere Akzeptanz, wenngleich in prozentual unterschiedlichem Maße, gegeben. Auffällig ist dies insbesondere auch hier bei „wenn die Frau nicht verheiratet ist“: wären 16,1 % der ostdeutschen Ehefrauen mit drei oder mehr Kindern im FFS-1992 dann für einen Abbruch gewesen, sind es von denen im DJI-2000 56 %, d.h. um allein das Dreieinhalbfache mehr. Nicht ganz so stark, aber auch noch beachtlich ist dieser Anteil bei den Frauen mit einem bzw. zwei Kindern gestiegen – auf jeweils das 2,6fache. Interessant ist, dass gerade bei diesem Motiv im FFS-1992 die West-Ost-Unterschiede kaum relevant waren: z.B. war das Zustimmungsmaß bei den Ehefrauen mit drei oder mehr Kindern identisch. Bei den im DJI-2000 befragten Ehefrauen mit Kindern ist dies dagegen nicht der Fall, die West-Ost-Unterschiede sind hier erheblich. Würden z.B. 52,4 % der ostdeutschen Frauen mit zwei Kindern einem Abbruch zustimmen, wenn die Schwangere nicht verheiratet ist, sind es von den westdeutschen Frauen mit zwei Kindern 30,1 %. Bei den letztgenannten liegt der prozentuale Akzeptanzwert 2000 gegenüber 1992 „nur“ um das 2,2fache höher. Dies trifft ebenso zu für die Frauen mit einem Kind (um fast das Doppelte) und mit drei und mehr Kindern (um 70,8 %) (vgl. Tabelle 16).

Betrachtet man die übrigen möglichen Gründe für einen Abbruch, so sei an dieser Stelle noch die 2000 gegenüber 1992 relativ höhere Akzeptanz der westdeutschen Ehefrauen mit zwei Kindern beim Motiv „wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder möchte“ erwähnt: waren es hier 22,7 % der Frauen im FFS-1992, sind es von denen im DJI-2000 nunmehr 34,7 %, d.h. um 52,9 % mehr. Bei der ostdeutschen Vergleichsgruppe macht dieser relative Anstieg nur 3 % aus. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass bei der zuletzt genannten Gruppe erheblich höhere Prozentwerte gegeben waren und sind: 66,3 % der im DJI-2000 befragten ostdeutschen Ehefrauen mit zwei Kindern würden einem Abbruch zustimmen, wenn das Ehepaar keine weiteren Kinder wünscht, und dies sind gegenüber der westdeutschen Vergleichsgruppe fast das Doppelte (vgl. Tabelle 16).

4.7 Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs der Frauen nach ihrer Konfession und Religiosität

Bei der Analyse möglicher Verhaltensweisen bei einer ungewollten Schwangerschaft wurde bereits festgestellt, dass die Abbruchsneigung nicht losgelöst von der Konfessionszugehörigkeit und noch weniger von der Religiosität zu sehen ist.

In beiden Erhebungen, FFS-1992 und DJI-2000, ist sowohl bei den west- als auch bei den ostdeutschen Frauen (hier bis auf eine Ausnahme im Jahr 1992 bei „wenn die Frau nicht verheiratet ist“) die Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs bei den katholischen Befragten am geringsten. Hätten z.B. 40,3 % der im Jahr 1992 befragten westdeutschen Katholikinnen den Abbruchsgrund „Frau will entschieden kein Kind“ akzeptiert, waren es mit 44,6 % der evangelischen und 66,6 % der Befragten ohne Konfession (wesentlich) mehr. Diese Akzeptanz lag bei den im Jahr 2000 befragten Katholikinnen um 15,6 % noch niedriger, jedoch bei den evangelischen Frauen allein um rd. ein Viertel und bei denen ohne Kirchenbindung um 3,8 % höher Demnach stimmten im DJI-2000 34 % der Katholikinnen, 55,6 % der evangelischen und 69,1 % der Frauen ohne Konfessionszugehörigkeit in dem Falle einem Abbruch zu, wenn die Frau entschieden kein Kind will (vgl. Tabelle 17).

Bleibt man bei diesem Abbruchsmotiv, so lässt sich hier auch bei den im FFS-1992 befragten ostdeutschen Katholikinnen die niedrigste Akzeptanz feststellen: die Hälfte dieser Frauen, dagegen aber zwei Drittel der evangelischen und knapp drei Viertel der konfessionslosen Frauen hätten dann einen Abbruch gebilligt. Im Gegensatz zu den westdeutschen katholischen Frauen sind es von den im DJI-2000 befragten ostdeutschen Katholikinnen gegenüber 1992 um 20 % mehr, die für einen Schwangerschaftsabbruch wären, wenn die Schwangere entschieden das Kind nicht will. Bei den evangelischen Frauen und den Frauen ohne Kirchenbindung sind diese Anteile von 1992 zu 2000 leicht gestiegen (um 2,6 bzw. 3,1 %).

Betrachtet man die übrigen möglichen Gründe für einen Abbruch, so fallen, selbst bei den Katholikinnen, die im Jahr 2000 gegenüber 1992 höheren Akzeptanzwerte bei „wenn Frau nicht verheiratet“ ins Auge. So sind es um allein 62,4 % mehr westdeutsche und 53,8 % mehr ostdeutsche katholische Frauen, die in diesem Fall einen Abbruch billigen würden. Und besonders auffällig höher ist diese Zustimmung im Jahr 2000 gegenüber 1992 bei den beiden anderen Frauengruppen; d.h. bei den west- und ostdeutschen evangelischen Frauen sind es um 84,3 % bzw. um über das Doppelte und bei den west- und ostdeutschen Konfessionslosen um 73 % bzw. um ebenfalls über das Doppelte mehr (vgl. Tabelle 17).

Tab. 17: Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs und Konfessionszugehörigkeit von Frauen in West- und Ostdeutschland, 1992 und 2000

	Konfession: katholisch		evangelisch		Keine	
Antworten = Ja, akzeptiere	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Westdeutschland						
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	17,3	28,1	21,6	39,8	29,3	50,7
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	27,2	26,6	33,4	44,1	44,2	62,3
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	40,3	34,0	44,6	55,6	66,6	69,1
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	62,4	59,5	68,5	71,9	80,9	74,9
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	17,7	13,1	19,2	21,8	34,5	27,0
Ostdeutschland						
- wenn die Frau nicht verheiratet ist	26,0	40,0	19,7	46,0	23,5	52,3
- wenn ein verheiratetes Paar keine weiteren Kinder mehr möchte	46,0	45,5	50,5	58,1	63,6	66,1
- wenn die Frau entschieden erklärt, dass sie kein Kind will	50,0	60,0	66,0	67,7	73,8	76,1
- wenn die Frau sich in einer sozialen Notlage befindet	76,0	70,0	85,9	79,0	89,9	86,3
- wenn der Mann entschieden erklärt, dass er kein Kind will	20,4	10,0	20,8	24,2	25,6	26,3

Datenquelle: FFS-1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Weniger dagegen wird 2000 gegenüber 1992, bis auf eine einzige Ausnahme, ein Abbruch bei dem Motiv „soziale Notlage“[15] akzeptiert. Doch stellt sich dies für die west- und ostdeutschen Frauen unterschiedlich dar. Bei den westdeutschen Befragten im DJI-2000 sind es bei den Katholikinnen 4,6 % und bei denen ohne Konfessionszugehörigkeit 7,4 % weniger, dagegen bei den evangelischen Frauen, und dies ist die einzige Ausnahme, 5 % mehr, die einem Abbruch bei einer sozialen Notlage zustimmen würden. Insgesamt ist die Akzeptanz der katholischen Frauen in beiden Erhebungen, bei o.a. Motiv vergleichsweise am geringsten. Dies trifft ebenso für die analoge Frauengruppe in Ostdeutschland zu. Zwar liegt auch deren Akzeptanz bei den im DJI-Survey Befragten gegenüber denen im FFS-1992 um 7,9 % niedriger, doch weisen sie damit weiterhin im Vergleich zu den übrigen Frauengruppen den geringsten Prozentwert auf (vgl. Tabelle 17). Im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen sind es neben denen ohne Kirchenbindung hier auch die evangelischen Frauen, deren Zustimmung gegenüber der Vergleichsgruppe im FFS um 8 % niedriger liegt.

Auch wenn die Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs bei einer sozialen Notlage der Schwangeren bei den im DJI-Survey befragten Frauen, mit Ausnahme der westdeutschen evangelischen Frauen, geringer ausfällt als bei den im FFS Befragten, hat dieser Abbruchsgrund im Vergleich zu den übrigen Gründen weiterhin die höchste Priorität, und, wie gesagt, selbst bei den der katholischen Kirche angehörenden Frauen.

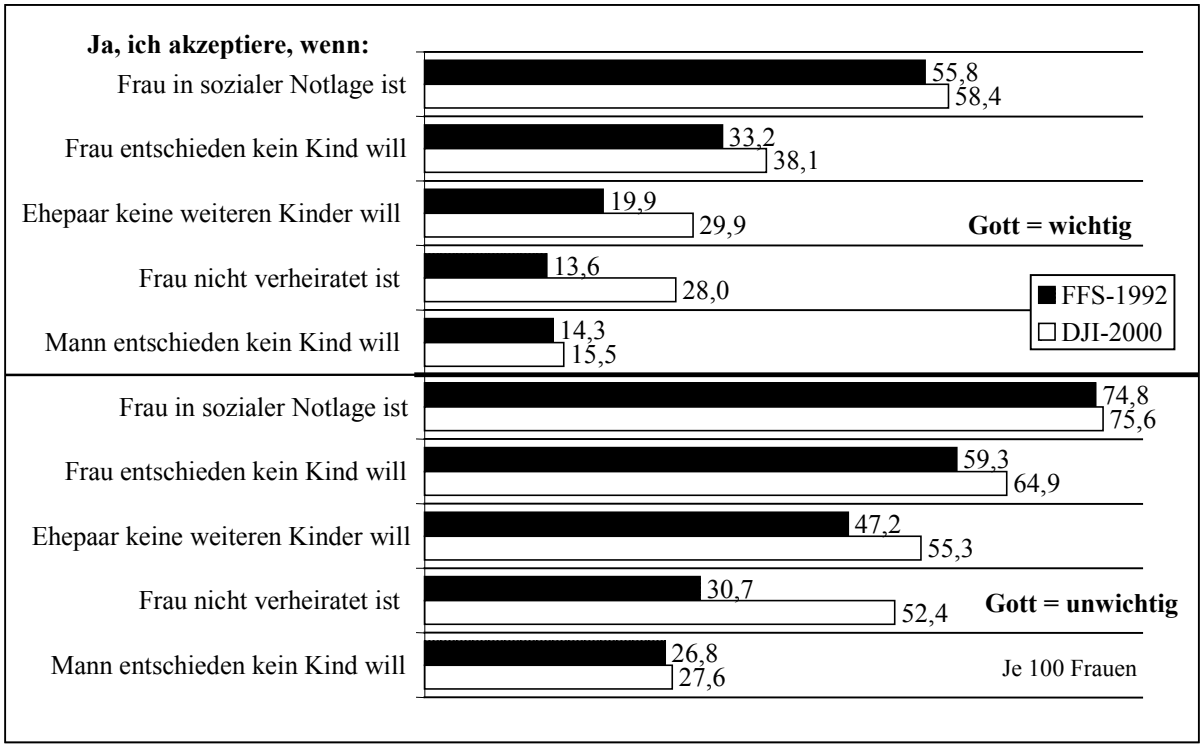
[15] Dies trifft, obgleich nicht für alle Frauengruppen, auch für das Motiv zu „wenn der Mann entschieden kein Kind will“. An dieser Stelle möchte ich mich nur auf das Motiv „soziale Notlage“ konzentrieren.

Dies gilt ebenso, fragt man nach der Religiosität der Frauen, die sich im Grad der Wichtigkeit Gottes in ihrem Leben widerspiegelt.

Vergleicht man hier, ebenso wie bei der Frage nach dem Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft, die beiden „Extrem"-Gruppen „Gott ist sehr/ziemlich wichtig" und „Gott ist ziemlich/völlig unwichtig" im persönlichen Leben, so kann man ganz allgemein feststellen: Je religiöser die Frauen sind, um so weniger akzeptieren sie einen Schwangerschaftsabbruch.

Am ehesten würden die Frauen, für die Gott eine sehr bzw. ziemlich wichtige Rolle in ihrem Leben spielt, noch einem Abbruch bei einer sozialen Notlage zustimmen. Dies trifft in beiden Erhebungen 1992 und 2000 für sowohl die west- als auch die ostdeutschen Frauen zu. Würden von dem im DJI-2000 befragten westdeutschen Frauen, die Gott für wichtig in ihren Leben ansehen, 58,4 % einen Abbruch im Falle einer sozialen Notlage billigen, sind es von den nichtreligiösen Frauen mit 75,6 % mehr. Dabei liegt diese Akzeptanz bei den Erstgenannten gegenüber denen im FFS um 4,7 % höher; bei den Frauen, für die Gott unwichtig ist, ist sie nur geringfügig um 1,1 % gestiegen (vgl. Abbildung 20).

Abb. 20: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen und Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben bei westdeutschen Frauen, 1992 und 2000 -



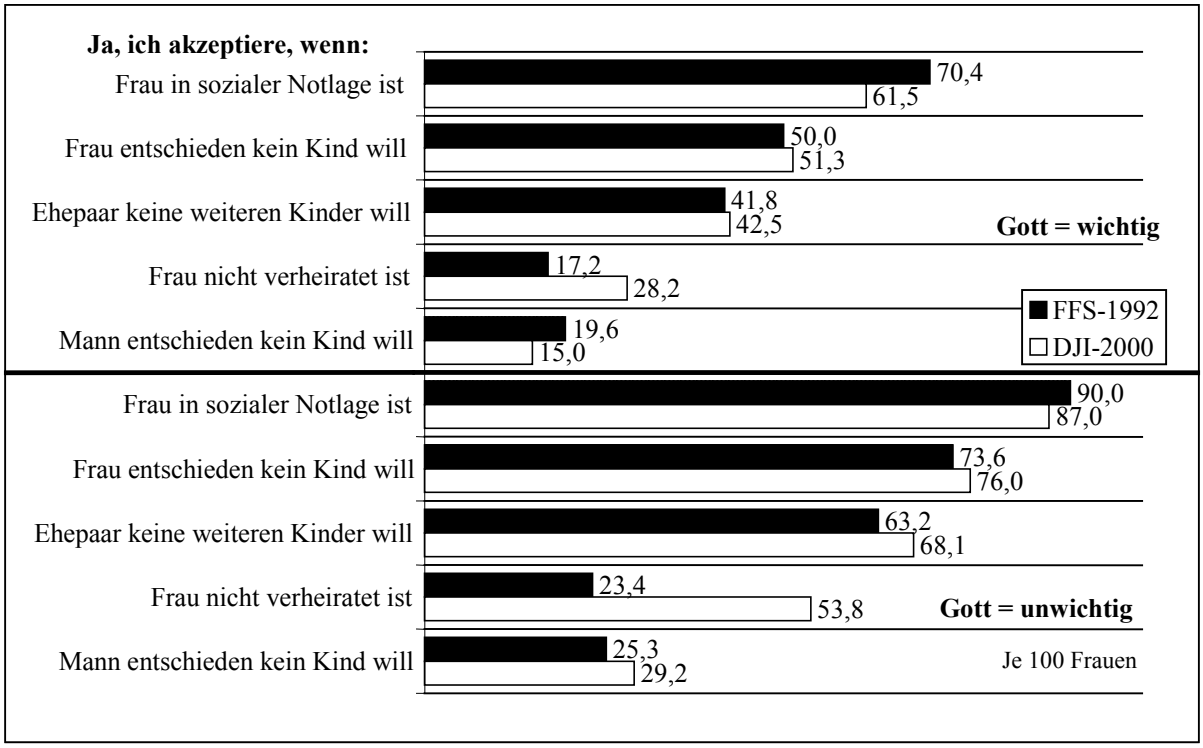
Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Die Mehrheit der ostdeutschen Frauen im FFS mit einer starken Bindung zu Gott, 70,4 %, wäre für einen Abbruch, wenn sich die Schwangere in sozialen Schwierigkeiten befände; von den nicht religiösen Frauen wären es dagegen mit 90 % fast alle. Dieses Zustimmungsmaß liegt bei den acht Jahre später Befragten nicht ganz so hoch: 61,5 % der Religiösen und 87 % der Nichtreligiösen (vgl. Abbildung 21).

Anhand der Abbildungen 20 und 21 ist zu sehen, dass der Abbruchsgrund „wenn die Frau nicht verheiratet ist", im FFS-1992 sowohl bei den west- als auch ostdeutschen Untersuchungsgruppen die vergleichsweise geringste Zustimmung fand; bei den im DJI-2000 Befragten hat dieser Grund stark an

Bedeutung gewonnen: So beträgt der Akzeptanzwert bei den Frauen, für die Gott wichtig ist, im Westen 28 % und im Osten, nahezu identisch, 28,2 %. Gegenüber 1992 sind dies das 2,1fache (Westen) und das 1,6fache (Osten). Bei den west- und ostdeutschen Frauen im DJI-2000, für die Gott unbedeutend ist, wird ein Abbruch im Vergleich zu denen im FFS ebenfalls in einem weitaus höherem Maße gebilligt, wenn die Schwangere nicht verheiratet ist: d.h. das Zustimmungsmaß liegt um 70,7 % bzw. das 2,3fache höher (vgl. Abbildungen 20 und 21).

Abb. 21: Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen und Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben bei ostdeutschen Frauen, 1992 und 2000 -



Datenquelle: FFS 1992 und DJI-Familiensurvey 2000; BiB, J. Roloff

Zusammenfassend zum Kapitel „Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen“ kann man festhalten, dass das Abbruchsmotiv „wenn die Frau nicht verheiratet ist“ im Vergleich zu allen übrigen möglichen akzeptablen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch den stärksten zeitlichen Unterschied aufweist. D.h. die Akzeptanz eines damit begründeten Abbruchs liegt bei den im Jahr 2000 befragten Frauen, also unter der Maßgabe einer für West- und Ostdeutschland nun einheitlichen Gesetzgebung zum § 218, bei weitem höher als bei den im Jahr 1992 Befragten. Dies trifft, in West- und Ostdeutschland gleichermaßen, am deutlichsten für folgende Gruppen zu:

- Frauen, die ein ungewolltes Kind vielleicht oder sicherlich nicht austragen würden;
- Frauen im höheren Alter (35- bis 39-Jährige);
- Alleinerziehende Frauen;
- In einer festen Partnerschaft lebende Mütter;
- Ehefrauen mit Kindern und
- Frauen ohne Konfessionszugehörigkeit und ohne Bindung zu Gott.

Inwieweit man hier von einem Wertewandel in Bezug auf Geburten von Kindern außerhalb einer Ehe sprechen kann, ist sehr fraglich. Die Daten der amtlichen Geburtenstatistik zeigen genau das Gegenteil: seit langem steigt, insbesondere im Osten, die Nichtehelichenquote der Lebendgeborenen. Auch folgende Befragungsergebnisse lassen solch einen Schluss nicht eindeutig zu:

Die große Mehrheit der im FFS-1992 befragten westdeutschen Frauen, 88,1 %, war der Meinung, dass „wenn eine alleinstehende Frau ein Kind, aber keine feste Partnerschaft mit einem Mann möchte, das akzeptiert werden sollte"; von den ostdeutschen Frauen waren es hier mit 95,1 % sogar fast alle. Dieser Anteil liegt bei den acht Jahre später im DJI befragten west- und ostdeutschen Frauen etwas, jedoch nicht gravierend, niedriger: 84,2 % der west- und 91,4 % der ostdeutschen Frauen.

Abschließend soll zum gesamten Themenkomplex „Verhalten bei einer ungewollten Schwangerschaft und Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen" ein Zitat von Ketting/van Praag (1985, 2) stehen, das bis heute seine Gültigkeit nicht verloren hat:

„Der Schwangerschaftsabbruch stellt ein komplexes Problem dar, bei dem verschiedene fundamentale menschliche Bedürfnisse miteinander in Konflikt geraten, sich ideologische Standpunkte gegenüberstehen und verschiedene Interessen – Frau/Frucht; Frau/Mann; Ehepaar/Arzt; Familie/Gesellschaft – zur Äußerung gelangen. Die Grundlage für die Verschiedenheit der Auffassungen und Haltungen zum Schwangerschaftsabbruch liegt in der Verschiedenheit der Ausgangspositionen und Interessen. Ethische und religiöse Standpunkte stehen pragmatischen Lösungen diametral gegenüber. Die Liberalisierung einer gesetzlichen Regelung bedeutet deshalb niemals das Ende der gesellschaftlichen Kontroverse."

5. Zusammenfassung

Ganz allgemein kann man festhalten, dass die Frauen, die im Familiensurvey 2000, also zum Zeitpunkt einer für West- und Ostdeutschland einheitlich existierenden Gesetzeslage zum § 218 befragt wurden, insgesamt eher bereit sind, eine nicht gewünschte Schwangerschaft austragen zu wollen, als die Frauen, die 1992 im FFS, d.h. zu Zeiten einer im Westen praktizierten Indikationen-, im Osten dagegen praktizierten Fristenlösung befragt worden sind. Dabei ist allerdings der verhältnismäßig hohe Prozentsatz der im Jahr 1992 befragten west- und ostdeutschen Frauen zu berücksichtigen, die sich ihres Verhaltens bei einer eventuell ungewollten Schwangerschaft nicht sicher waren. Dieser Anteil liegt bei den im Jahr 2000 befragten Frauen bei weitem niedriger und dies, insbesondere in Ostdeutschland, zu Gunsten eines höheren Anteils der zum Austragen der Schwangerschaft bereiten Frauen.

Des Weiteren ist zu vermerken, dass die im Jahr 2000 befragten ostdeutschen Frauen eine zwar geringere Abbruchsneigung als die acht Jahre zuvor Befragten aufweisen, doch ist diese weiterhin deutlich höher als bei den westdeutschen Frauen.

Im Einzelnen sei dazu festgehalten:

- Insbesondere die jüngeren Frauen in West- und Ostdeutschland haben sich in ihrem möglichen Verhalten bei einer nicht gewünschten Schwangerschaft angenähert. Dagegen haben sich bei der ältesten Frauengruppe die Verhaltensunterschiede zwischen West und Ost am wenigsten verändert und sind weiterhin am auffälligsten.
- Bei den westdeutschen Frauen im DJI-2000 ist sowohl bei denen mit als auch bei denen ohne einen festen Partner im Vergleich zu den im FFS-1992 Befragten eine bei weitem höhere Bereitschaft gegeben, eine ungewünschte Schwangerschaft austragen zu wollen. Bei den im

DJI-2000 befragten ostdeutschen Frauen mit einem festen Partner sind es jetzt weniger, die eine nicht gewünschte Schwangerschaft unterbrechen würden. Darunter würden insbesondere weniger Frauen mit Sicherheit einen Abbruch wollen. Bei den ostdeutschen Frauen ohne festen Partner sind dagegen nur unwesentliche Veränderungen festzustellen: Deren potentielle Abbruchsbereitschaft ist weiterhin relativ hoch.

- Von den ostdeutschen verheirateten Frauen mit zwei Kindern, sowohl im FFS als auch im Familiensurvey, wollten und wollen im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Frauengruppen und zu allen westdeutschen Ehefrauen, insbesondere denjenigen mit zwei Kindern, die wenigsten eine weitere Schwangerschaft austragen.
- Während die potentielle Abbruchsneigung der westdeutschen Alleinerziehenden 2000 gegenüber 1992 nur unwesentlich höher ist, ist diese dagegen bei den ostdeutschen Alleinerziehenden auffällig stärker.
- Bei den west- und ostdeutschen erwerbstätigen Frauen des Jahres 2000 ist die Bereitschaft, eine nicht gewünschte Schwangerschaft austragen zu wollen, gegenüber 1992 höher. Die ostdeutschen arbeitslosen Frauen weisen die vergleichsweise geringste Veränderung in der Bereitschaft, das Kind bekommen zu wollen, auf; d.h. bei den sowohl im FFS als auch im DJI-Survey Befragten liegt diese Bereitschaft relativ niedrig.
- Der FFS-1992 und der DJI-2000 belegen sowohl für West- als auch für Ostdeutschland eindeutig, dass die Frauen mit einer positiven Bewertung ihrer finanziellen Lage eher bereit sind, das Kind bei einer nicht gewollten Schwangerschaft zu behalten. Man kann zudem schlussfolgern, dass die finanzielle Situation eher für einen (Nicht-)Abbruch einer nicht gewünschten Schwangerschaft ausschlaggebend ist als eine veränderte Gesetzeslage zum § 218, die jedoch durchaus den Entschluss zu einer Interruption unterstützen, aber auch erschweren kann.
- Anhand der Ergebnisse beider Surveys lässt sich sowohl für die alten als auch neuen Bundesländer eindeutig feststellen, dass die katholischen und evangelischen Frauen im Vergleich zu denen, die keinerlei Glaubensrichtung angehörten, eher dazu bereit sind, eine nicht gewünschte Schwangerschaft auszutragen. Dabei hatten die Katholikinnen die höchsten Anteile zu verzeichnen. Neben der Konfessionszugehörigkeit hat die Religiosität in einem besonderem Maße Einfluss auf das Verhalten bei einer möglichen Schwangerschaft. Sehr religiöse Frauen neigen bei weitem mehr dazu, ein nicht gewünschtes Kind bekommen zu wollen. Man kann auch hier annehmen, dass die Konfessionszugehörigkeit und insbesondere die Religiosität für den Entscheid für oder gegen das Austragen einer ungewollten Schwangerschaft eher maßgebend ist als eine veränderte Gesetzeslage zum § 218.

Bei der Fragestellung, unter welchen Bedingungen ein Schwangerschaftsabbruch akzeptiert bzw. gebilligt werden würde, lässt sich sowohl für die im FFS-1992 als auch die im DJI-2000 befragten Frauen ganz allgemein feststellen, dass die ostdeutschen Frauen Schwangerschaftsabbrüche unter allen in den Fragebögen vorgegebenen möglichen Bedingungen eher akzeptieren würden als die westdeutschen Frauen. Im Großen und Ganzen unterscheiden sich die Akzeptanzanteile der im DJI-2000 befragten west- und ostdeutschen Frauen nicht auffällig von denen der acht Jahre früher im FFS befragten Frauen. Nur das Abbruchsmotiv „wenn die Frau nicht verheiratet ist“ weist im Vergleich zu allen übrigen möglichen akzeptablen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch den stärksten Zeitunterschied auf. Seine Akzeptanz für einen Abbruch liegt bei den im Jahr 2000 befragten Frauen, also unter der Maßgabe einer für West- und Ostdeutschland nun einheitlichen Gesetzgebung zum

§ 218, bei weitem höher als bei den im Jahr 1992 Befragten. Dies trifft, für West- und Ostdeutschland gleichermaßen, am deutlichsten für folgende Gruppen zu:

- Frauen, die ein ungewolltes Kind vielleicht oder sicherlich nicht austragen würden;
- Frauen im höheren Alter (35- bis 39-Jährige);
- Alleinerziehende Frauen;
- In einer festen Partnerschaft lebende Mütter;
- Ehefrauen mit Kindern und
- Frauen ohne Konfessionszugehörigkeit und ohne Bindung zu Gott.

Fazit der vorliegenden Analyse ist, dass die nun einheitliche Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch eine gewisse Wirkung zeigt: Die Bereitschaft zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft ist eher, dagegen eine Verhaltensunsicherheit weniger gegeben als zu Zeiten des in West und Ost unterschiedlichen Paragraphen 218.

Literaturverzeichnis

Laue, Evelyn, 2001: Schwangerschaftsabbrüche 2000. In: Wirtschaft und Statistik 12: 1027-1031

Ketting, Evert; van Praag, Philip, 1985: Schwangerschaftsabbruch – Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich, Tübinger Reihe, Bd. 5. Tübingen: DGVT

Roloff, Juliane, 1997: Schwangerschaftsabbruch in West- und Ostdeutschland – Analyse seiner Hintergründe, Fakten und Akzeptanz – unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des deutschen FFS (Fertility and Family Survey), Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 27, Hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden

Voll, Peter, 2001: Moral und Lebensstil: situative und normative Aspekte der Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 27 (2), 207-240